

## Die Demokratie in den spanisch sprechenden Republiken Lateinamerikas

Von George Pendle, London

Neue Ideen und alte Traditionen

Viele Lateinamerikaner<sup>1</sup> glauben, daß ihr Kontinent dazu berufen sei, eine neue Kultur hervorzu- bringen, in der die besten Ideen und Fähigkeiten der hoffnungslos dekadenten Alten Welt neu belebt und alles Veraltete und Belastende ausgeschieden werden würde. Das Zentrum unserer Kultur hat sich bereits von den Mittelmeerländern nach den dem Atlantik zugekehrten Ländern verlagert. Warum sollte es sich nicht in der nächsten Stufe der Entwicklung nach Süden verlagern, nach Gebieten, deren natürliche Hilfsquellen noch kaum erschlossen wurden und deren Bevölkerung einen gesunden Sinn für menschliche Werte hat und optimistisch in die Zukunft blickt? Es ist natürlich (werden die Lateinamerikaner sagen), daß neue Kulturen nicht ohne Auseinandersetzungen, Experimente und Störungen geschaffen werden können.

Die moderne Zeit der lateinamerikanischen Geschichte begann vor mehr als 150 Jahren. Unter den Führern der Bewegung für die Emanzipation der spanischen Kolonialbesitzungen gab es viele Theoretiker. Auf ihren Reisen im Ausland und durch die Lektüre ausländischer Bücher hatten diese „wohlmeinenden Schwärmer“ (wie sie Simón Bolívar nannte) die erregenden Ideen der französischen und der nordamerikanischen Revolution aufgenommen. In ihrer Vorstellung bestand eine enge Verbindung zwischen politischer und geistiger Unabhängigkeit. Der aus Venezuela stammende Francisco de Miranda diskutierte während seines Besuches in den Vereinigten Staaten mit den prominentesten Männern der damaligen Zeit über die Demokratie. Ein anderer Venezolaner, Andrés Bello, hielt sich lange Zeit in London auf und (neben vielen anderen Tätigkeiten) übersetzte dort Byron und Victor Hugo ins Spanische. Die Intelligenz stand unter dem Einfluß der Schriften französischer Autoren wie Montesquieu, Voltaire und Rousseau<sup>2</sup>.

Die reisenden „Schwärmer“ kehrten mit dem Wunsch nach Lateinamerika zurück, in ihren Heimatländern ideale Republiken mit Verfassungen nach dem Muster jener der Vereinigten Staaten, mit fortschrittlichen, frei gewählten Regierungen zu errichten. Doch fehlte diesen überzeugten Patrioten die politische Erfahrung, und die breite Masse der Bevölkerung, der sie nun die Einführung der parlamentarischen Demokratie vorschlugen, war unwissend, arm und an den patriarchalischen Absolutismus

Spaniens sowie die persönliche Führung der lokalen Caudillos gewöhnt.

Nach der Befreiung von Spanien (in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts) wurden die Verfassungen in entsprechender Form schriftlich niedergelegt und die Gesetze bekanntgemacht. Das Volk auf den Plazas rief *viva!*, wenn irgendein ehrgeiziger Offizier oder Politiker sie aufforderte, ihn im Namen von *La Democracia* oder *La Constitución* zu unterstützen. Das Ergebnis war ein autoritäres Regime in einer neuen Verkleidung. Die Erben der Begründer setzten ihre Bemühungen fort, eine repräsentative Regierung zu errichten, doch das Volk begnügte sich gewöhnlich weiterhin damit, *viva!* zu rufen. Ohne zu übertreiben, könnte man sagen, daß der Kampf zwischen den importierten demokratischen Ideen und der in den einzelnen Ländern bestehenden Tradition der persönlichen Führerschaft — dem *Caudillismo* — bis zum heutigen Tage das zentrale Thema der politischen Entwicklung darstellt. Wenn zeitweise ein mehr oder weniger demokratisches Regime errichtet wurde, so entwickelte es sich fast immer zu einer Diktatur oder wurde durch einen Staatsstreich gestürzt. Tatsache ist, daß die Vorliebe für eine persönliche Herrschaft immer ein viel echteres Kennzeichen der lateinamerikanischen Wesensart war als alle demokratischen Aspirationen (mögen diese auch noch so großen Beifall gefunden haben).

Das spanische Weltreich wurde durch die persönliche Loyalität zur Krone zusammengehalten, doch waren die Spanier und ihre in Lateinamerika lebenden Nachkommen genauso individualistisch wie die Bewohner des Mutterlandes. So war trotz aller Loyalität zur Krone die Umgehung des Gesetzes sehr verbreitet. „*Obedezco*“, sagten die spanischen Amerikaner, „*obedezco, pero no cumplo*“, „ich gehorche, aber ich erfülle nicht“. Als die Herrschaft Madrids durch die Aufstände und die Unabhängigkeitskriege beendet wurde, hatte der einzelne sogar noch größeren Spielraum. Und wie es üblich gewesen war, die Gebote der Krone unausgeführt zu lassen, so wurde es jetzt üblich, die republikanische Verfassung zu umgehen.

Außerdem wurde die Achtung vor der Krone durch die Einnischung der Militärs in zivile Angelegenheiten unterminiert. Während der Unabhängigkeitskriege waren die militärischen Führer selbstverständlich Volkshelden. Nachher „wollten Generale, die



Armeen befehligt hatten, Länder regieren...“ Die meisten Präsidenten-Diktatoren der ersten Zeit sowie die meisten kleineren Caudillos in den Städten und Provinzen waren militärische Führer, Veteranen der Revolutionsarmeen, ehrgeizige Befehlshaber in ihrem Bereich und in Argentinien Gaucho-Führer der Pampas<sup>3</sup>. Auch heute — außer in Costa Rica, Uruguay und gewöhnlich in Chile — sind die bewaffneten

Streitkräfte nach wie vor ein entscheidender Faktor in der nationalen Regierung. Kein Regime kann lange an der Macht bleiben, und keine Revolution hat Aussicht auf Erfolg, sofern sie nicht von einem großen Teil der bewaffneten Streitkräfte unterstützt wird. (Neben der Armee muß jetzt auch die Luftwaffe und manchmal die Marine in Rechnung gestellt werden.)

### Die soziale Basis

So ist es nicht erstaunlich, daß die Demokratie (wie sie in Europa und in den Vereinigten Staaten verstanden wird) in Lateinamerika auf so große Hindernisse stieß. Geschichte und Gewohnheit sind gegen sie. Unzählige Wahlen wurden auf die eine oder die andere Weise ungültig gemacht; die Regierungspartei gestattete den Oppositionsparteien nicht die Aufstellung von Kandidaten für die Wahl; Betrug in den Wahlzellen war so gebräuchlich, daß er nahezu die Regel darstellte; die Wahlergebnisse wurden willkürlich geändert; siegreiche Kandidaten wurden des Landes verwiesen.

Auch viele Lateinamerikaner, die ein Lippenbekenntnis für die demokratische Idee ablegen, glauben nicht wirklich, daß eine parlamentarische Regierung für die in ihren Ländern herrschenden Verhältnisse passend ist. Die wichtigste Ursache für ihre Zweifel gab Professor *Humphreys* treffend wieder: „Es kann keine politische Demokratie ohne ein gewisses Ausmaß an sozialer Demokratie geben. Und die soziale Struktur der meisten lateinischen Staaten ist noch äußerst undemokratisch. Die in fast allen Republiken so sehr in Erscheinung tretende Unwissenheit und Armut, die großen Unterschiede der Kultur in den Gesellschaftskörpern der Indianer- und Mestizenstaaten, die auffallenden sozialen Gegensätze, das System des Landbesitzes, welches die politische und soziale Macht in den Händen kleiner Minderheiten konzentrierte, stellen keine Grundlage dar, auf der sich das Gefüge einer demokratischen Regierung leicht errichten läßt<sup>4</sup>.“

Doch in diesem Jahrhundert hat sich die soziale Struktur gewandelt. Die Städte vergrößerten sich sehr schnell. Industrie und Handel ließen in diesen Städten einen Mittelstand und eine städtische Arbeiterklasse entstehen. Unterricht und Bildung, wofür in den ländlichen Bezirken nur sehr unzureichend vorgesorgt ist, sind den meisten Städten zugänglich. So wie vor 150 Jahren neue Ideen und Doktrinen aus Europa und den Vereinigten Staaten eingeführt wurden, so kamen in den letzten Jahrzehnten die

neuesten sozialen und wirtschaftlichen Theorien von jenseits des Atlantiks nach Lateinamerika. Es entstanden lokale Arbeiterparteien. Kommunistische Parteien — legale oder illegale — gibt es überall auf dem Kontinent. Uruguays Entwicklung zu einem „Wohlfahrtsstaat“ zu Beginn dieses Jahrhunderts<sup>5</sup> beweist, daß die Aufgabe, die neuen Ideen auf die lateinamerikanischen Verhältnisse anzuwenden, kein Ding der Unmöglichkeit wäre. Aber in Uruguay lassen sich trotz seiner bewegten Vergangenheit gewisse Veränderungen leichter durchführen, da es ein kleines, in sich geschlossenes Land mit einer relativ homogenen Bevölkerung ist. In anderen lateinamerikanischen Staaten ließ der Aufstieg der bisher unterdrückten sozialen Schichten einen neuen Typus von Caudillo entstehen, wie ihn General Juan *Perón* in Argentinien verkörperte, der die Arbeiter für ihre persönliche Gefolgschaftstreue durch soziale Maßnahmen und Beteiligung an der Lenkung der öffentlichen Angelegenheiten belohnte. Wenn auch vieles, was *Perón* während seiner beiden Amtszeiten tat, im Widerspruch zu unserem Begriff von Demokratie stand, so läßt sich doch nicht leugnen, daß er zweimal von einer sehr großen Mehrheit zum argentinischen Präsidenten gewählt wurde und daß seine Politik zu der Schaffung einer demokratischeren Sozial- und Wirtschaftsstruktur beitrug, was, wie Professor *Humphreys* in dem oben angeführten Buch feststellte, einer zwingenden Notwendigkeit entsprach. Wenn die Lateinamerikaner tatsächlich nach einer Möglichkeit suchen, ihre alte Tradition des *Caudillismo* mit der neueren, übernommenen Idee der parlamentarischen Demokratie zu verbinden, dann kann wohl gesagt werden, daß die Herrschaft *Peróns* mit allen ihren Unzulänglichkeiten immerhin einer der erfolgreichsten Versuche in dieser Richtung war<sup>7</sup>. Seine Karriere beweist allerdings auch die Richtigkeit der These des argentinischen Rechtsanwalts *Robirosa*, daß eine Mehrheitswahl nicht unbedingt eine Garantie für die Demokratie ist, da es sehr gut möglich ist, daß die Wähler einen Demagogen wählen<sup>8</sup>.

### Die Folgen des Zweiten Weltkriegs

Schon bald nach Beginn des Zweiten Weltkrieges begann *Perón*, seinen Aufstieg zur Macht vorzubereiten. Die demokratischen Ideen wurden damals auf beiden Seiten des Atlantiks auf die Probe gestellt.

Von Beginn bis zum Ende des Krieges wünschte die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung, daß ihre Länder neutral blieben. Sie wollten nicht in die Feindseligkeiten hineingezogen werden.



Europa war fern, nicht nur geographisch, sondern (aus dem Blickfeld Lateinamerikas) auch historisch; und der Ferne Osten lag so weit ab, daß er fast bedeutungslos war. Jedermann wußte, daß durch einen Kriegseintritt nichts gewonnen werden würde, während, solange die Republiken neutral blieben, die land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die Erzeugnisse des Bergbaus von den Kriegführenden nur allzu gerne gekauft werden würden. (Tatsächlich gingen fast alle Exporte an die Alliierten, da es diesen — unter großen Verlusten an Menschen und Schiffen — gelang, sich die Herrschaft über die Handelsrouten des Atlantik zu erhalten.)

Wenn man sich auch überall für die Neutralität entschieden hatte, so waren doch die Lateinamerikaner in ihren Sympathien geteilt. In den gebildeteren Schichten war die Mehrheit für die Alliierten. Der größte Einfluß von außen — durch Erziehung, Literatur und Handel — war immer von den nun gegen die Achse kämpfenden Nationen ausgegangen. Die „stummen Massen“ waren indifferent; aber die „ihre Stimme erhebenden“ Arbeiter folgten der Linie Moskaus, und als *Hitler* in die Sowjetunion einmarschierte, erklärten auch sie sich für die Alliierten. Auf Grund seiner deutschen und italienischen Abkunft hatte allerdings ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung — aus allen sozialen Klassen — den natürlichen Wunsch, daß die Achse nicht geschlagen würde, wenn auch nur sehr wenige von ihnen die von *Hitler* und *Mussolini* errichteten Regime bewunderten. Der katholische Klerus (der größtenteils spanischer Abkunft ist) war für *Franco* und gegen den Kommunismus und sympathisierte daher mit der Achse.

Die lateinamerikanischen Regierungen entschieden sich grundsätzlich für die Neutralität, doch taten sie es mit einigen Vorbehalten. Lange Zeit glaubten die meisten, daß die Alliierten kapitulieren würden, und so wollten sie mit den Siegern in guten Beziehungen stehen. Maßgebende militärische Kreise — viele Offiziere hatten eine deutsche Ausbildung genossen — waren überzeugt, daß die deutsche Armee unbesiegbar wäre. Ja, sie hätten es sogar ganz gerne gesehen, wenn in ihren eigenen Ländern totalitäre Regierungen eingesetzt worden wären. Die Nationalisten, sowohl Militärs wie Zivilisten, vertraten den sehr begründeten Standpunkt, daß durch den Krieg die Gelegenheit gegeben würde, die ausländischen Gesellschaften loszuwerden, die in Lateinamerika gewisse öffentliche Einrichtungen (Eisenbahnen und Elektrizitätswerke), Grundbesitz, Gruben und Fabriken besaßen; und tatsächlich waren die meisten der ausländischen Eigentümer Angehörige der alliierten Nationen — Briten, Franzosen und Nordamerikaner. Auch das klar ersichtliche Bestreben der Vereinigten Staaten, die Führung des panamerikanischen Blocks zu übernehmen, löste Mißtrauen und Verstimmung bei den Regierungen aus<sup>9</sup>.

Der japanische Angriff auf Pearl Harbour im Dezember 1941 trug den Krieg an die Ufer der westlichen Hemisphäre und stellte zum ersten Male die oft wiederholten Bekenntnisse zur panamerikanischen Solidarität auf die Probe. Die kleineren Republiken erklärten der Achse sofort den Krieg. Die größeren Nationen — außer Argentinien und Bolivien — brachen die diplomatischen Beziehungen ab.

In der vorliegenden Untersuchung soll auf die weitere Geschichte der lateinamerikanischen Politik nicht näher eingegangen werden<sup>10</sup>. Der Endsieg der Demokratien hinterließ jedoch einen tiefen Eindruck, und seine verspäteten Auswirkungen machen sich heute bemerkbar. Die Lateinamerikaner sind stolz darauf, daß ihre Länder „die Länder der Zukunft“ sind, und nach der Niederlage *Hitlers* glaubten viele, daß nicht demokratisch zu sein gleichbedeutend mit rückständig wäre.

Bei Kriegsende befanden sich in einigen Republiken noch einige Caudillo-Herrscher im Sattel; alle diese Herrscher, mit Ausnahme *Peróns*, hatten während des Krieges ausgezeichnete Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhalten. Es war völlig verständlich gewesen, daß in der kritischen Zeit die nordamerikanische Regierung jeden Staat — ob er nun demokratisch oder von einem Caudillo regiert war —, der nicht auf der feindlichen Seite in den Krieg eintrat und der lebenswichtige Rohstoffe lieferte, durch Waffen, Anleihen und Hilfen in jeder Form unterstützte<sup>11</sup>. Die Vereinigten Staaten durften in vielen Republiken Luft- und Flottenstützpunkte errichten, und dafür hatten sie dankbar zu sein, ohne Rücksicht auf die Art des Regimes, das ihnen diese Begünstigungen gewährte. Nach dem Sieg der Alliierten setzten die Vereinigten Staaten zum Kummer der Demokraten in den betreffenden Ländern ihre Unterstützungen an ihre Caudillo-Freunde fort und halfen ihnen dadurch, zu überleben. Die These Washingtons war nun, daß die „starken Männer“ die beste Verteidigung gegen die Ausbreitung des Kommunismus in ihren jeweiligen Ländern bildeten. So blühte der Weizen der Caudillos.

Im September 1955 wurde dann der eine bei der nordamerikanischen Regierung in Ungnade stehende Caudillo, General *Perón*, gestürzt. Eine in ihrer Zusammensetzung sehr gemischte Gruppe von Revolutionären hatte sich gegen ihn verschworen. Radikale und Konservative gehörten ihr an, streitbare Katholiken und Sozialisten, unzufriedene Offiziere der Armee, der Flotte und der Luftwaffe, Nationalisten, die den „Dollarimperialismus“ verurteilten, und begeisterte Bewunderer des *American way of life*. Sie alle handelten im Namen der Demokratie, und zweifellos stürzten sie einen Herrscher, der in den späteren Jahren seiner Regierungszeit immer intoleranter und gewalttätiger geworden war. Nach dem September 1955 gerieten die verschiedenen Gruppen untereinander in Streit. Die Militärjunta unter Ge-



neral Pedro Aramburu kam durch Gewalt und ein dem Lande aufgezwungenes Dekret für mehr als zwei Jahre an die Regierung. Doch schließlich wur-

den Präsidentschafts- und Kongreßwahlen abgehalten, und so war das letzte und eigentliche Ziel der Revolution erreicht.

### Die Folgen des Sturzes Peróns

Solange Perón argentinischer Präsident war, war die bloße Tatsache, daß er an der Macht war, für ganz Lateinamerika von Bedeutung. Vielen Lateinamerikanern jenseits der Grenzen seines eigenen Landes erschien er als der überragende Kämpfer für einige jener Ideen und Ziele, die ihnen am meisten am Herzen lagen: der Kampf um die „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ (die durch Industrialisierung und Beschränkung der Rechte des ausländischen Kapitals erreicht werden sollte); die Bildung eines lateinamerikanischen Blockes, der besser als jede einzelne Republik dem politischen und wirtschaftlichen Druck der Vereinigten Staaten standhalten könnte; Maßnahmen, die den „unterdrückten“ Klassen die Möglichkeit geben sollten, an der Gestaltung der Politik verantwortlich teilzuhaben; schließlich die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter durch Festsetzung von Minimallöhnen und durch soziale Einrichtungen und Maßnahmen. Für alle diese Ziele schien Perón einzutreten.

Außerdem sah man in Perón einen typischen lateinamerikanischen Caudillo, und andere Herrscher ahmten seine politischen Maßnahmen und seine Reden nach. So wurde zum Beispiel General Gustavo Rojas Pinilla, den man, als er im Jahre 1953 in Kolumbien die Macht ergriff, als demokratischen Befreier begrüßt hatte, in seinem Benehmen immer mehr ein Peronist. In seiner zunehmenden Intoleranz gegenüber jeglicher Kritik stellte Rojas Pinilla im Jahre 1955 die Presse unter strengste Zensur und verbot eine der bekanntesten lateinamerikanischen Zeitungen, den liberalen *El Tiempo* in Bogotá. Er stellte die Errichtung einer „neuen Ordnung“ in Aussicht, durch die eine gerechte Anwendung von Zwangsmaßnahmen gesichert werden sollte, „um die Exzesse einer mißverstandenen Freiheit zu beschränken“, und er verkündete: „Wir können nicht weiterhin auf romantischen Freiheitsprivilegien bestehen, wenn sich in unserem eigenen Lande die sozialen Probleme der modernen Zeit auf allen Seiten erheben.“ In Paraguay hatte General Alfredo Stroessner ähnliche Ideen.

Der Sturz Peróns hatte in vielen Ländern Rückwirkungen. Schon während des Jahres 1956 wiesen gewisse Zeichen darauf hin, daß dieses Ereignis für breite Kreise der Öffentlichkeit der Anlaß sein könnte, die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie und eine strengere Befolgung der aufgezzeichneten Verfassungen zu fordern. So traten die Präsidenten von Ecuador (Dr. José María Velasco Ibarra) und Peru (General Manuel A. Odria), nachdem ihre Amtszeit abgelaufen war, still und bescheiden zurück und überließen ihren neu erwählten Gegnern die Nachfolge<sup>12</sup>. Der aus seinem Amt scheidende

peruanische Diktator General Odria erlebte bei den Wahlen im Juni 1956 die Niederlage des von ihm nominierten Kandidaten, und obwohl der siegreiche Kandidat (Dr. Manuel Prado y Ugarteche) seinen Erfolg weitgehend den Stimmen der verbotenen APRA-Partei verdankte, wurde sein Amtsantritt nicht verhindert. Auch in Ekuador fanden im Juni 1956 Wahlen statt, und da sich die mächtige liberale Partei in drei Gruppen gespalten hatte, gewann ein Konservativer (Dr. Camilo Ponce Enriquez) mit nur 29 vH der abgegebenen Stimmen die Wahlen. Obwohl zu erwarten war, daß sich die Liberalen, die während der letzten sechzig Jahre an der Regierung gewesen, vielleicht mit Gewalt die Präsidentschaft sichern würden, traten sie demokratisch an dem festgesetzten Tage zurück.

In der Republik Honduras waren im Oktober 1956 die Wahlen — bei denen der Diktator Dr. Julio Lozano Diaz seine Stellung als Präsident konsolidieren wollte — so korrupt und von so vielen Gewaltaktionen begleitet, daß eine Gruppe entrüsteter Offiziere den Diktator absetzte und „im Namen der Republik“ die Macht ergriff. Im November 1957 wurde Dr. Ramon Villeda Morales zum neuen Präsidenten gewählt. In Haiti nahmen die Ereignisse einen ziemlich ähnlichen Verlauf. Im Dezember 1956 gab der Präsident, General Paul Eugène Magloire, seine Absicht bekannt, seine Herrschaft unter dem neuen Titel eines „Leiters der Exekutive“ zu verlängern. Zum Protest wurde im ganzen Lande ein Generalstreik organisiert, der so lange dauerte, bis eine Gruppe Offiziere Magloire bewog, in Jamaika Asyl zu suchen.

Diese Entwicklungstendenz setzte sich während des Jahres 1957 fort und schien von der Römisch-Katholischen Kirche gebilligt zu werden. Bis zu ihrem Streit mit Perón (1954 bis 1955) folgte die Kirche in Lateinamerika in der Regel dem Grundsatz, die Partei des starken persönlichen Herrschers zu ergreifen, sogar dann, wenn bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der (angeblichen) Unterdrückung des Kommunismus dieser seinen Gegnern die bürgerlichen Rechte vorenthielt. Doch im Laufe des Jahres 1957 waren die geistlichen Würdenträger anscheinend zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Verteidigung der politischen Freiheit letzten Endes im Interesse der Kirche liege. Als der kolumbianische Diktator Rojas Pinilla seine Anhänger aufforderte, ihm ihren Treueid „vor Gott“ zu leisten, und seine Absicht verkündete, sich für weitere vier Jahre zum Präsidenten „wählen“ zu lassen, unterstützte der Klerus in aller Offenheit die Demonstranten, die die Abdankung des Diktators verlangten. Rojas Pinilla mußte im Mai 1957 abdanken, und eine Militärjunta



übernahm die Macht. Die beiden rivalisierenden Parteien entschlossen sich zur Zusammenarbeit und wählten am 4. Mai 1958 einen Zivilisten, Alberto Llenas Camargo, zum Präsidenten. Im selben Monat warf der Erzbischof von Caracas öffentlich dem Diktator von Venezuela, General Marcos Pérez Jiménez,

vor, daß er sich nicht um das Wohl der Bauern kümmere. In Kuba widersetzte sich während des Jahres 1957 (und auch später) eine Gruppe von Guerillas der Herrschaft des Diktators der Insel, General Fulgencio Batista, und der Klerus sympathisierte mit den Rebellen.

### Die Revolution in Venezuela

Zu Beginn des Monats Dezember 1957 hielt sich der Diktator von Venezuela, trotz der Kritik des Erzbischofs, für nicht besonders gefährdet. Seine unangenehmsten Gegner waren seit langem im Gefängnis oder im Exil. Er hatte keine finanziellen Probleme, die nicht durch die aus den Petroleumabgaben in die staatliche Schatzkammer fließenden Einnahmen gelöst werden konnten. Pérez Jiménez selbst stand bei der Regierung der Vereinigten Staaten, den großen Oelgesellschaften und den führenden Persönlichkeiten der Industrie und Wirtschaft in großem Ansehen. Seine Armee, seine Luftwaffe und Polizei, gegen die er sich immer sehr freigebig gezeigt hatte, waren gut bewaffnet und in der Lage, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Was die Masse der Bevölkerung betraf, so glaubte Pérez Jiménez, daß sie zu wohlhabend sei, um Schwierigkeiten zu verursachen; und er entwarf von der Demokratie ein abschreckendes Bild: „Man stelle sich“, sagte er, „ein von politischen Kämpfen erschüttertes Land vor, verschiedene Parteien, von denen jede versucht, durch von Drohungen und Schmähungen erfüllte Reden, in die Versprechungen und Angebote eines künftigen Wohlstandes eingestreut sind, Stimmen zu gewinnen; Straßen in Städten und Ortschaften, die von grell bemalten Plakaten und Anschlägen mit Aufrufen strotzen; eine Bevölkerung, die sich in fruchtlosen Diskussionen und seelischen Kämpfen in Schreien und Tumulten verliert.“ Und Pérez Jiménez fügte hinzu: „Mein Land ist nicht bereit für die Demokratie.“

Das war, in moderner Diktion, die Wiederholung der These eines anderen Venezolaners, eines viel größeren als Pérez Jiménez: nämlich des Befreiers Simón Bolívar. Professor Parkinson hat nachgewiesen, daß „jede moderne Diktatur ihre Triebkräfte Simón Bolívar verdankt... In Südamerika geschah es zum ersten Male, daß eine Diktatur als anerkannte Notwendigkeit eingeführt und fortgesetzt wurde, daß sie von integeren Denkern verteidigt und von Historikern positiv bewertet wurde<sup>13</sup>.“ Bolívar wünschte nicht, ein Diktator zu sein, aber die Befreiung der südamerikanischen Gebiete hatte zu einer so starken Zwietracht, zu Bürgerkrieg und Chaos geführt, daß er allmählich und widerstrebend zu der Schlußfolge-

rung kam, daß nur eine Diktatur Frieden bringen könne und daß man sich notfalls über die Verfassung hinwegsetzen müsse. 18 Monate lang regierte er als „der höchste vom Volke erwählte Führer, aber weder als Tyrann noch als Despot“. Er erkannte klar, was getan werden mußte, aber er sah ebenso, daß „ein großes Hindernis auf unserem Wege liegt“. „Die Nation“, schrieb er, „geht zugrunde, weil ihr Führer nicht ehrgeizig genug ist.“ Er liebte die Macht zu wenig und verabscheute die Tyrannei zu sehr<sup>14</sup>.

Nach Bolívars Tod wurde die Notwendigkeit einer Diktatur immer wieder in Lateinamerika anerkannt; doch wie in der vorliegenden Untersuchung gezeigt wurde, blieben die demokratischen Aspirationen lebendig. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges gab der demokratischen Idee einen neuen Impuls; und die Revolution, die Perón stürzte, erwies sich als der erste einer ganzen Reihe erfolgreicher Versuche, den Verfassungen in erhöhtem Ausmaß Geltung zu verschaffen.

Pérez Jiménez weigerte sich hartnäckig, dieser Entwicklungstendenz nachzugeben. An Stelle der Abhaltung freier Wahlen organisierte er im Dezember 1957 ein Plebiszit für seine eigene Wiederernennung zum Präsidenten. Neben ihm gab es keine anderen Kandidaten<sup>15</sup>. Diese Verhöhnung der Demokratie rief nicht nur unter der zivilen Bevölkerung (trotz ihres angeblichen Mangels an politischem Interesse) heftige Entrüstung hervor, sondern auch in der Luftwaffe und in der Armee, von deren Unterstützung der Diktator abhängig war. Mit der Erklärung, daß sie der Welt zeigen würde, „daß sie ihre Ehre nicht verloren hätte“, rebellierte die Luftwaffe am 1. Januar 1958. Am 21. Januar kam es zum Generalstreik. Und zwei Tage später zwang ein Offiziersausschuß Pérez Jiménez, zurückzutreten. Er floh in die Dominikanische Republik, wo er bei einem der wenigen in Lateinamerika übrig gebliebenen Caudillos vom alten Typus, bei Generalissimo Hector B. Trujillo Molina Aufnahme fand. Bald darauf kam auch Perón, der bis dahin in Caracas im Exil gelebt hatte, in die Republik Trujillos. Neuer Präsident von Venezuela wurde am 23. Januar 1958 Konteradmiral Wolfgang Larrazábal.

### Vizepräsident Nixons Goodwill-Tour

Der Sturz Pérez Jiménez' wurde von den nordamerikanischen Zeitungen begrüßt. Aber die Venezolaner erinnerten sich daran, daß der gefallene Dik-

tator immer von Washington freundschaftlich unterstützt worden war und daß er bei den nordamerikanischen Geschäftsleuten in höchster Achtung stand.



Auch vergaßen manche Lateinamerikaner nicht, daß die Vereinigten Staaten, während sie die Demokratie gepredigt, die Herrschaft der „starken Männer“ immer unterstützt hatten, wenn diese den Interessen der Vereinigten Staaten dienten. Außerdem ließen wirtschaftliche Gründe die antiamerikanischen Gefühle zunehmen. Die Lateinamerikaner sind in sehr hohem Maße von der Ausfuhr eines oder mehrerer ihrer Grundstoffe abhängig, und im Laufe des Jahres 1957 fielen die Preise der meisten Rohstoffe. In den Kaffeerepubliken, wie in Kolumbien, wurde die Zahlungsbilanz durch den Sturz des Kaffeeweltmarktpreises ernstlich betroffen. Der fallende Trend bei anderen Waren rief in Chile (Kupfer) Beunruhigung hervor. Da die Vereinigten Staaten gewöhnlich der Hauptabnehmer dieser Güter waren und in manchen Fällen (zum Beispiel beim chilenischen Kupfer) die nordamerikanischen Kapitalgeber einen direkten Einfluß auf die lokale Produktionspolitik ausübten, wurden die Vereinigten Staaten in erster Linie für den verursachten Schaden verantwortlich gemacht. Die Verstimmung wuchs durch solche Maßnahmen, wie den Verkauf der nordamerikanischen landwirtschaftlichen Ueberproduktion (z. B. die Verschiffung von Weizen nach Brasilien) zu Bedingungen, die die lateinamerikanischen Farmer als gleichbedeutend mit „dumping“ bezeichneten. Ein weiterer Störfaktor war die von den Bergwerksgesellschaften in den Vereinigten Staaten durchgeführte Kampagne für einen Schutzzoll gegen Blei- und Zinkimporte. Venezuela war verstimmt über die Vorschläge, die nordamerikanischen Erdölimporte herabzusetzen. Uruguay war aufgebracht über den nordamerikanischen Prohibitivzoll auf uruguayische Kammzüge. Dagegen fielen die Preise der lebenswichtigen Waren, die Lateinamerika einführen mußte, nicht, und daher wollten die Republiken Dollarleihen zum Ausgleich für ihre unzureichenden Exporteinkünfte haben. Sie waren der Ansicht, unter den gegebenen Umständen wären die Vereinigten Staaten verpflichtet, ihnen zu helfen. Sie führten an, daß die Vereinigten Staaten von ihnen die Verteidigung der Hemisphäre gegen den Kommunismus erwarteten und daß Dollarleihen erforderlich wären, um eine wirtschaftliche und soziale Stabilität zu schaffen, die den besten Schutz gegen die kommunistische Propaganda darstellen würde. Washington antwortete, daß Lateinamerika sich jetzt in erster Linie auf „Handel, nicht Hilfe“, stützen müsse, und verstärkte die dort herrschende gereizte Stimmung durch den Zusatz, daß ein größerer Fortschritt wohl möglich wäre, wenn die lateinamerikanischen Regierungen ihre sich auf mehr als ein Drittel des nationalen Budgets belaufenden Rüftungsausgaben herabsetzen würden.

Das waren die Verhältnisse, die den Hintergrund zu der von dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, unternommenen „Goodwill“-Mission zu acht südamerikanischen Republiken

im Mai 1958 bildeten. Die Nordamerikaner dachten — wenn sie überhaupt darüber nachdachten —, daß der für die Reise gewählte Zeitpunkt günstig wäre, da die in den letzten beiden Jahren ergangenen Berichte über die demokratische Entwicklungstendenz in den meisten der betreffenden Länder hoffnungsvolle Auspizien zu enthalten schienen. Man übersah, daß diese Tendenz keineswegs dem Wunsche entsprang, dem „Koloß im Norden“ zu Gefallen zu sein. In Wirklichkeit hatten die Lateinamerikaner die Empfindung, daß die Vereinigten Staaten niemals großes Interesse an den demokratischen Bestrebungen in ihren Ländern genommen hätten. Wie ein nordamerikanischer Kenner der lateinamerikanischen Verhältnisse (nach Beendigung der ereignisreichen Reise Nixons) bemerkte, hatte seit langem der Eindruck bestanden, Washington beschränkte sich darauf, „das (lateinamerikanische) Volk der Ausbeutung durch Diktatoren zu überlassen und für alle Unruhen die Kommunisten verantwortlich zu machen . . . Vizepräsident Nixon wählte unglücklicherweise einen falschen Zeitpunkt für seinen Besuch in Südamerika. Die meisten unserer Freunde, die Diktatoren, waren nicht mehr da<sup>16</sup>.“ Im Mai 1958 war es allgemein bekannt, daß Pérez Jiménez von Venezuela, der einen nordamerikanischen Orden besaß, die Dominikanische Republik bereits verlassen hatte und sich zu dieser Zeit, in luxuriöser Umgebung, schon auf nordamerikanischem Boden aufhielt.

Nixon bekam auf seiner Reise überall scharfe Kritik an den Vereinigten Staaten zu hören. Als er in Lima die berühmte alte San Marcos-Universität besuchen wollte, war sein Weg durch 2000 Demonstranten blockiert, die ihn und seine Begleitung mit Steinen bewarfen und „Nixon ist eine Viper“ schrien. In Caracas wurde der Wagen des Vizepräsidenten von dem wütenden Pöbel angegriffen, bespuckt und die Scheiben durch Steinwürfe zertrümmert. An diesem Tage gab es noch zwei weitere antiamerikanische Demonstrationen, die erst abgebrochen wurden, als die Armee mit Bajonetten und Tränengas gegen die Menge vorging.

Als Nixon die Gründe für diese Vorkommnisse erläuterte, wies er darauf hin, daß in Lateinamerika weitverbreitete Armut herrsche und die ärmeren Bevölkerungsschichten überzeugt wären, daß die Vereinigten Staaten auf Seiten der kleinen reichen Gruppen, von denen sie ausgebeutet würden, stünden. Nixon machte folgende kluge Bemerkung: „Südamerika ist nicht gewillt, ein System des freien Unternehmertums zu unterstützen, wenn dieses System in erster Linie dazu bestimmt zu sein scheint, den status quo aufrechtzuerhalten und den Reichtum und das gute Leben für die wenigen zu schützen.“ Staatssekretär John Foster Dulles jedoch erklärte, daß die Vereinigten Staaten keine Unterscheidungen zwischen den lateinamerikanischen Regierungen auf Grund der verschiedenen Grade ihrer Demokratie



machen könnten. Die nordamerikanische Öffentlichkeit war über die ihrem Vizepräsidenten zuteil gewordene Behandlung bestürzt und befremdet. Sie hatte niemals die lateinamerikanische Zweigleisigkeit von Caudillo-Tradition und demokratischen Aspirationen, den Konflikt zwischen der Vorliebe für starke persönliche Herrscher und dem Wunsch nach einer konstitutionellen Regierung verstanden. Sie erkannte nicht, daß sich die Lateinamerikaner noch immer verzweifelt darum bemühen, die für ihre eigenen besonderen Verhältnisse beste Regierungsform zu finden, und daß das Benehmen der Menge während der Reise Nixons ein Zeichen der Verwirrung war.

Tatsächlich ist es so, daß die Lateinamerikaner trotz der Anziehungskraft, die das demokratische Ideal auf sie ausübt, noch nicht ganz davon überzeugt sind, daß die Demokratie, so wie wir sie kennen, das ist, was sie wirklich wollen. Dr. Arturo Frondizi gewann die Präsidentschaftswahlen in Argentinien im Februar 1958 nicht, weil er ein Demokrat, sondern weil er eine starke Persönlichkeit war. Er versprach, daß er, weit davon entfernt, Peróns politischen Kurs außer Kraft zu setzen, diesen weiterhin verfolgen werde. Ein Mitglied einer gegnerischen Fraktion der Radikalen Partei warf Dr. Frondizi vor, daß seine Wahlreden eine Wiederholung jener Peróns wären. „Wiederum“, erklärte Frondizis Gegner, „hören wir die bekannten Worte über die ‚Masse‘ des Volkes, die ihn ‚unterstützt‘, die ‚Feinde des Volkes‘, die ihn kritisieren. Wiederum sehen wir den politischen Opportunisten, der in den Villenvororten einen wohlhabenden Eindruck und in den Arbeitervierteln den Eindruck eines armen Mannes hervorzurufen weiß; der vor den Gläubigen von seiner religiösen Ueber-

zeugung und zu den Freidenkern von seinem Atheismus spricht; der im Kreise von Geschäftsleuten diese mit Lobeshymnen auf das kapitalistische System erfreut und in der Gesellschaft von Arbeitern das Kommen des Kollektivismus verspricht.“ Dr. Frondizi gewann die Wahlen mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit. Es ist noch zu früh, um zu erkennen, ob er, was seine Feinde behaupten, wie Perón im Grunde seines Herzens ein Demagoge ist. Sicher aber ist die Demokratie in Argentinien ebenso wie in den anderen lateinamerikanischen Republiken eine präkäre Angelegenheit.

Professor Parkinson glaubt weder, daß die Demokratie eine vollkommene Regierungsform, noch daß sie unbedingt die beste Regierungsform für alle Verhältnisse ist. „Nichts Menschliches kann vollkommen sein, und wenn es dies hier und heute wäre, so würde es weder ein Jahrhundert später noch jetzt, an einem anderen Ort, vollkommen sein. Gerade in diesem Punkt ist Marx manchen anderen Denkern voraus. Er ahnte wenigstens, daß sich die Dinge entwickeln... Eine Regierung muß nach ihren Erfolgen beurteilt werden. Dem semitheologischen Theoretiker, der sagt, daß eine gute Regierung die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk ist, entgegenen wir, daß eine gute Regierung jene ist, die am besten regiert... Dies widerspricht der Meinung und dem Empfinden der meisten Briten und Amerikaner. Für viele von ihnen ist der Prüfstein für eine gute Regierung einfach die Frage, was demokratisch ist und was nicht<sup>17</sup>.“ Die Lateinamerikaner besitzen diese Gewißheit noch nicht. Sie suchen und bemühen sich noch immer, das zu finden, was für sie am besten ist.

### Der „Kalte Krieg“ in Lateinamerika

Die gegen Nixon gerichteten Demonstrationen und Tumulte zogen wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Zweifel und Unstimmigkeiten der Lateinamerikaner über Regierungsformen auf sich. Die Unruhen lösten auch eine erhöhte Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber den Republiken aus. Diese wurde besonders scharf, als einige Stunden nach dem Tumult in Caracas Washington erklärte, daß Präsident Eisenhower als Vorsichtsmaßnahme 1000 Marine-Infanteristen und Fallschirmjäger nach den karibischen Basen entsandt hatte, um zur Rettung Nixons aus Venezuela bereitzustehen, falls den lokalen zuständigen Stellen „der Wille oder die Fähigkeit“, ihn zu schützen, fehlen sollte.

Diese überstürzte Entsendung nordamerikanischer Streitkräfte in das lateinamerikanische Gebiet wurde allgemein bedauert. Eine schon einmal erfolgte Intervention mit nordamerikanischen Marine-Infanteristen — zur Zeit der „Knüppelpolitik“ des Präsidenten Theodore Roosevelt — hatte bittere Reminiszenzen hinterlassen. Ein nordamerikanischer Professor der lateinamerikanischen Geschichte schrieb nun: „Bei

der Entsendung militärischer Einheiten, seien sie auch noch so klein, in ein Gebiet, in dem die Entrüstung über die von den Vereinigten Staaten einst gespielte militärische Rolle noch immer lebendig ist, scheint man schlecht beraten gewesen zu sein... und hat keiner anderen Sache als der kommunistischen und der gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Propaganda gedient<sup>18</sup>.“

Die Gründe für die Demonstrationen gegen Nixon wurden in diesem Aufsatz bereits dargelegt. Die Demonstranten waren nicht alle Kommunisten, doch waren sie sicherlich von den Kommunisten ermutigt worden. Daher konnte die Entsendung der Marine-Infanteristen von den kommunistischen Agitatoren als Beweis dafür angeführt werden, daß der „Yankee-Imperialismus“ noch immer sehr lebendig wäre. Außerdem verstärkten zur gleichen Zeit die sowjetischen Länder ihre wirtschaftliche Kampagne in Lateinamerika durch das Angebot günstiger Bedingungen für den Austausch sowjetischer Waren gegen lateinamerikanische Rohstoffe<sup>19</sup>. Gleichzeitig mit Nixons bewegter Reise besuchte der stellvertretende



Außenminister der Sowjetunion, Wassilij Kusnezow, in aller Ruhe eine Anzahl lateinamerikanischer Republiken und versicherte ihnen, daß sein Land in der Lage wäre, ihre traditionellen Exportwaren zu kaufen und ihnen viele der von ihnen dringend benötigten Waren zu liefern, wie Bohranlagen, Fahrzeuge, Erdöl und landwirtschaftliche Maschinen. Er erklärte, daß die Sowjetunion bereit wäre, viele mehrseitige Handelsabkommen mit verschiedenen Nationen, ohne Rücksicht auf ihre politische Orientierung, abzuschließen<sup>20</sup>. Diese Vorschläge blieben nicht unbeachtet: Die Lateinamerikaner haben das Gefühl, daß sie sich allzulange an einige wenige Märkte gebunden hatten und daß ihnen eine zu geringe Anzahl von Importquellen offenstünde. Wenn sie mit einer größeren Anzahl von Nationen Handelsbeziehungen aufnehmen würden, wären sie wirtschaftlich und daher auch politisch unabhängiger. Unverkennbare Anzeichen wiesen darauf hin, daß sich der „Kalte Krieg“ der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion über ganz Lateinamerika, das bisher ganz am Rande des gegenwärtigen Machtkampfes gelegen war, ausdehnte<sup>21</sup>.

Sobald Nixon aus Caracas nach Washington zurückkehrte, unterzog er die lateinamerikanische Politik der Vereinigten Staaten einer Ueberprüfung. Angesichts der kombinierten politischen und wirtschaftlichen Bedrohung durch den Kommunismus hatten seine Worte besonderes Gewicht. Die Quintessenz seiner Ansichten und Empfehlungen wurde in *The New York Times* vom 18. Mai 1958 wiedergegeben. Nixon glaubte, das nordamerikanische State Department „kenne nicht wirklich die wahren Gefühle der lateinamerikanischen Massen und besonders der Personen, die die politische Führung innehaben“. Man würde „noch immer Lateinamerika allzusehr nach dem Verhalten der dortigen Elitegruppen, der oberen Klassen und einer internationalen Gesellschaftsschicht beurteilen“. Die Diplomaten „hatten nicht genügend Kontakt mit dem Volke als Ganzes, mit Arbeiterführern und Studenten, die die öffentliche Meinung von morgen bilden“<sup>22</sup>. Nixon meinte, daß „auch die Elite-Elemente in Lateinamerika nicht fähig waren, das Ausmaß der sozialen Spannungen zu verstehen und zu erkennen, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen“.

Bezüglich der in den einzelnen Ländern verschiedenen Regierungsformen wünschte Nixon, daß „die Vereinigten Staaten für Diktatoren nur einen Händedruck, für freie Regierungen aber eine herzliche Umarmung bereithalten sollten. Wenn Gut und Böse in gleicher Weise behandelt werden, dann wird das Böse bevorzugt.“ Washington sollte eine Politik verfolgen, „durch die auf die Diktatoren ein Druck ausgeübt wird, ihre Kontrollen zu lockern, jedoch ohne tatsächliche Intervention der Vereinigten Staaten“. So „sollte, wenn immer möglich“, empfiehlt Nixon, „jede Anstrengung gemacht werden, um die Dikta-

toren zu zwingen, sich liberaler zu verhalten und ihren Völkern die Zügel etwas zu lockern“. Wenn auch solche Diktaturen, wie die des Generalissimo Rafael L. Trujillo in der Dominikanischen Republik, eine verlorene Sache sind, so könnte nach seiner Ansicht Paraguay durch General Stroessner für die Demokratie noch gerettet werden. Er sei durch ein Versprechen General Stroessners ermutigt worden, daß bald Gemeinderatswahlen als erster Schritt zu einer allgemeinen Demokratisierung des Landes abgehalten werden würden. Auf Grund seiner Ansichten über die Diktatur sei er der Meinung, daß die Vereinigten Staaten ihre politische Führungsrolle stärker zur Geltung bringen sollten, damit die Demokratie als System größeren Anklang finde und die Angriffe des Kommunismus abgewehrt würden. Nixon trat auch dafür ein, daß Lateinamerika in Zukunft größere wirtschaftliche Hilfe von den Vereinigten Staaten erhalten sollte, „denn die Lage hat sich geändert, und die Länder der Hemisphäre sind jetzt dem Kommunismus und der sowjetischen Gefahr ebenso ausgesetzt wie andere Teile der Welt“. Diese Empfehlung führte zu sofortigen Ergebnissen. Ende Mai wurden Kolumbien und Chile große Anleihen gegeben. Kolumbien erhielt eine Anleihe von 103 Millionen Dollar als Unterstützung zur Aufrechterhaltung seiner lebenswichtigen Importe aus den Vereinigten Staaten, wodurch das starke Absinken der Einnahmen aus den Kaffee-Exporten der Republik kompensiert wurde. Die 25-Millionen-Dollar-Anleihe an Chile hatte wegen des Sturzes der Kupferpreise den gleichen Zweck. Einige Tage später erklärten sich die Vereinigten Staaten dazu bereit, auf einer Konferenz mit den fünfzehn Kaffeerepubliken Methoden zur Stabilisierung der Kaffeeweltpreise zu erörtern. (Bis dahin hatten die Vereinigten Staaten immer den Standpunkt vertreten, daß das Kaffeegeschäft ausschließlich auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage betrieben werden sollte.) Ebenso zeigte sich die Bereitschaft der nordamerikanischen Regierung, ihr Äußerstes zu tun, um die Einführung protektionistischer Maßnahmen gegen vier wichtige Exportgüter Lateinamerikas: Blei, Zink, Kupfer und Erdöl, zu verhindern. Diese neuen Zeichen von Freigiebigkeit gegenüber den unterentwickelten Republiken veranlaßten einen darüber erfreuten lateinamerikanischen Diplomaten zu dem Ausruf: „Es lebe die Unterentwicklung!“

Eines der schwierigsten ungelösten Wirtschaftsprobleme war jenes der argentinischen Oelfelder. Die Kosten der Erdölimporte liegen als lähmende Last auf dem Devisenbudget Argentinien. Bei richtiger Ausnützung könnten die Oelvorkommen des Landes die nationalen Bedürfnisse befriedigen; aber Kapital, Ausrüstung und technische Leistungsfähigkeit des Landes sind unzureichend. Bis jetzt verhinderte das argentinische Nationalgefühl die Einräumung von Konzessionen, die ausländische Oelgesellschaften



dazu bestimmen würden, die Aufgabe in einem entsprechend großen Maßstab durchzuführen. Und da die argentinische Erdölindustrie Staatsmonopol ist, unternahm die nordamerikanische Regierung, die verstaatlichten Gesellschaften keine Anleihen gewährt, nichts zu ihrer Rettung<sup>23</sup>. Die Sowjetunion macht keine derartigen Vorbehalte bezüglich der verstaatlichten Industrie, und es ist möglich, daß Moskau einen entschlossenen Versuch machen wird, sich dort einzuschalten, wo sich Washington zurückhält. Die Vereinigten Staaten könnten nicht zulassen, daß ein solches Manöver Erfolg hätte. So wird vielleicht der Ausruf „Es lebe die Unterentwicklung“ im Gebiet des Rio de la Plata wiederholt werden. Aber die Furcht

vor dem „Dollarimperialismus“ ist sehr groß und hat weitgehende Auswirkungen. Die Argentinier fürchten die Ambitionen der Vereinigten Staaten — eines verhältnismäßig nahen Nachbarn — mehr als jene der weit entfernten Sowjetunion.

Zweifellos werden die Vereinigten Staaten die Kampagne, mit der sie die Freundschaft Lateinamerikas gewinnen wollen, in der Hoffnung fortsetzen, dadurch die Entwicklung der Demokratie zu begünstigen. Dennoch bleibt die Frage bestehen: Werden die Lateinamerikaner schließlich zu der Ueberzeugung kommen, daß eine demokratische, repräsentative Regierung die beste Regierungsform für sie ist?

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Viele der in diesem Aufsatz enthaltenen Verallgemeinerungen lassen sich nicht auf das Portugiesisch sprechende Brasilien anwenden.

<sup>2</sup>) Siehe zu diesem Thema Pedro Henríquez Ureña, „Literary Currents in Hispanic America“, Harvard University Press, 1949; Kapitel IV.

<sup>3</sup>) R. A. Humphreys in: „Soldiers and Governments“, erschienen bei Michael Howard, London, Eyres and Spottiswoode, 1957; S. 157.

<sup>4</sup>) Ebenda, S. 161.

<sup>5</sup>) Vgl. George Pendle, „Uruguay“, 2. Auflage, Oxford University Press, 1957; Kapitel V und VI.

<sup>6</sup>) Dr. Getulio Domelles Vargas in Brasilien war der erste der modernen *caudillos*.

<sup>7</sup>) Eine kurze Darstellung Peróns und seiner Amtszeit enthält der Aufsatz von George Pendle „Die Aera Perón“ in *Europa-Archiv* 6—7/1956, S. 8673—8681.

<sup>8</sup>) Lucio A. Robirosa, „Fronteras Democráticas“, Buenos Aires, Ediciones Gure, 1957; S. 14—15.

<sup>9</sup>) Sogar Brasilien, das die USA und die Alliierten mehr als jeder andere lateinamerikanische Staat unterstützte, ließ sich zu dieser Haltung nicht ohne weiteres bestimmen. „Als der Kriegseintritt der USA näher zu rücken schien, waren (Präsident) Vargas' Sympathien nicht klar zu erkennen. Seine Generale waren nach deutschen Methoden ausgebildet worden... und die Demokraten hatten das unbebagliche Gefühl, daß (sein) *Novo Estado* dem deutschen und italienischen Muster gleiche. Es hatte den Anschein, als wollte Vargas abwarten, um sich auf die Seite des Siegers zu schlagen. Vielleicht war es der sinnbildliche Ausdruck seiner Politik, daß er einen Sohn in die Vereinigten Staaten zur Schule schickte und einen anderen nach Deutschland und Italien; die Klugheit erforderte einen Kronprinzen in jedem Lager... Im Juni 1940 nach der Niederlage Frankreichs und dem Kriegseintritt Italiens an der Seite der Achse... sprach Vargas auf einem Kriegsschiff im Hafen von Rio de Janeiro: „Männliche Völker müssen der Linie ihrer Aspirationen folgen... Wir gehen einer Zukunft entgegen, die sich in ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Struktur von allem bisher Bekannten unterscheidet, und wir spüren, daß die alten Systeme und veralteten Formeln zum Untergang bestimmt sind.“ (Hubert Herring, „A History of Latin America“, London, Jonathan Cape, 1956; S. 725—726.)

<sup>10</sup>) Ein Bericht über die lateinamerikanische Politik während des Zweiten Weltkrieges findet sich bei Herring, a. a. O., S. 762—766, außerdem bei Alfred Barnaby Thomas, „Latin America: A History“, New York, MacMillan, 1956; S. 707—710.

<sup>11</sup>) Während des Krieges „bezogen die Vereinigten Staaten praktisch ihren gesamten Bedarf an Balsa-Holz, Kapok, Chinin, Rotenon und Quarzkristallen aus Lateinamerika; ebenso den größten Teil ihres Bedarfes an Gerbstoffen, Kupfer, Zucker, Manilafasern, Vanadium, Flachs, Quecksilber, Zinn und Sisalhanf und einen großen Teil ihres Bedarfes an Wolfram, Glimmer und Gummi“. (Herring, a. a. O., S. 764.)

<sup>12</sup>) Auch in Brasilien erwartete man zu Beginn des Jahres 1956, daß ein Staatsstreich der Rechtsparteien den zum brasilianischen Präsidenten gewählten Kandidaten daran hindern würde, sein Amt zu übernehmen. Doch konnte Juscelino Kubitschek am 31. Januar ordnungsgemäß sein Amt antreten.

<sup>13</sup>) C. Northcote Parkinson, „The Evolution of Political Thought“, University of London Press, 1958; S. 251.

<sup>14</sup>) Ebenda, S. 254.

<sup>15</sup>) Eine einzige Kandidatur ist nicht immer ein Beweis für eine verfassungswidrige Regierung. In Mexiko hat viele Jahre hindurch die herrschende politische Partei — die Partido Revolucionario Institucional — bestimmt, wer der nächste Präsident der Nation sein soll. Den Wählern steht es offen, einen von einer anderen Partei aufgestellten Kandidaten zu wählen; aber tatsächlich machen die anderen Parteien selten einen ernsthaften Versuch, in einen Wettstreit mit der riesigen P.R.I., die ungefochten so lange an der Macht gewesen ist, zu treten.

<sup>16</sup>) Samuel Guy Inman, in: *The New York Times* vom 25. Mai 1958.

<sup>17</sup>) Parkinson, a. a. O., S. 310—311.

<sup>18</sup>) Thomas F. McGann, von der Harvard University, in: *The New York Times* vom 20. Mai 1958.

<sup>19</sup>) Einige Zeit vorher kam eine argentinische Handelsmission aus Osteuropa (wo Argentinien einen beträchtlichen Kredit hatte) nach Buenos Aires zurück, nachdem ein Wareneinkauf in der Höhe von insgesamt \$ 27,3 Millionen vereinbart worden war. Der Leiter der Mission berichtete, daß in diesen Ländern ein guter Markt für argentinisches Fleisch bestünde und daß die Tschechoslowakei versprochen hätte, ihre jährlichen Einkäufe auf ungefähr 6000 Tonnen zu erhöhen. Bei den bereits abgeschlossenen Verträgen handelte es sich um folgende Beiträge: mit der UdSSR über \$ 4,7 Millionen, Ungarn \$ 3,4 Millionen, Rumänien \$ 16,8 Millionen, Polen \$ 0,1 Millionen und mit der Tschechoslowakei über \$ 16,8 Millionen. Die argentinischen Einkäufe umfaßten Eisenbahnschienen, Telefonanlagen und Ausrüstungen für die nationale Erdölgesellschaft.

Zur selben Zeit schloß Argentinien auch mit Bulgarien ein Handelsabkommen ab, in dem ein Warenaustausch über insgesamt \$ 6—6,5 Millionen vorgesehen wurde. Bulgarien sollte an Argentinien Düngemittel, Bauholz, chemische Produkte, Kohle, Maschinen und Nitrate, hauptsächlich im Austausch für landwirtschaftliche Erzeugnisse, verkaufen. (Bank of London & South America, *Fortnightly Review*, Band 23, Nr. 560, 29. März 1958; S. 207—208.)

<sup>20</sup>) Vgl. zum Beispiel den Bericht über Kusnezows Viertage-Besuch in Uruguay in: Bank of London & South America, *Fortnightly Review*, Band 23, Nr. 265, 7. Juni 1958; S. 411.

<sup>21</sup>) Nixon besuchte auf seiner Reise Brasilien nicht. Aber der brasilianische Präsident, Senhor Kubitschek, nahm die Gelegenheit wahr, um an Präsident Eisenhower und die anderen amerikanischen Präsidenten einen Appell zur Abhaltung einer allgemeinen Konferenz zu richten, auf der nach Lösungsmög-



lichkeiten für „die Krankheit der Unterentwicklung“ gesucht werden sollte. Präsident Kubitschek nannte seinen Appell „einen Warnungsruf gegen den Kalten Krieg, dessen erste Symptome auf unserem Kontinent bereits sichtbar werden“. Und er bemerkte, es wäre „schwer, das demokratische Ideal zu verbreiten und die Vorzüge des privaten Unternehmertums angesichts der Unterentwicklung der Hemisphäre zu verkünden“.

<sup>22)</sup> Vgl. Robert J. Alexander, „Communism in Latin America“, New Brunswick, Rutgers University Press, 1957; S. 399. „Die erfolgreichsten Gegner des Kommunismus in Lateinamerika sind jene Elemente der demokratischen Linken, die

auf demokratische Art und Weise die für die Zukunft Lateinamerikas unbedingt notwendige soziale Revolution herbeizuführen suchen.“

<sup>23)</sup> Das gleiche Problem besteht in bezug auf Brasilien und die verstaatlichte brasilianische Erdölindustrie. Ein brasilianischer Journalist beklagte sich kürzlich gegenüber der nordamerikanischen Regierung: „Warum können Sie nicht unserer staatlichen Oelgesellschaft eine Anleihe geben? Können Sie nicht verstehen, daß wir unser Oel selbst ausnützen wollen? Jedermann in Brasilien hat den Eindruck, daß die nordamerikanischen Oelgesellschaften Ihre Regierungspolitik diktieren.“ (Zitiert in *Time*, New York, 26. Mai 1958.)

## Dokumentarischer Anhang

### Schreiben des brasilianischen Präsidenten Juscelino Kubitschek an Präsident Eisenhower vom 28. Mai 1958

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich möchte Eurer Exzellenz im Namen des brasilianischen Volkes sowie in meinem eigenen Namen den Ausdruck der Solidarität und Achtung übermitteln, deren Bestätigung infolge der von Vize-Präsident Nixon während seiner jüngsten Reise nach einigen lateinamerikanischen Ländern erlittenen Angriffe und Zwischenfälle notwendig geworden ist.

Die weitverbreitete Reaktion des Abscheus seitens der Regierungen und der öffentlichen Meinung sogar in jenen Ländern, in denen es zu solchen verwerflichen Handlungen gegenüber der ruhigen und mutigen Persönlichkeit Vize-Präsident Nixons kam, beweist, daß solche Demonstrationen von einer aufrührerischen Minderheit ausgingen.

Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß vor der öffentlichen Meinung der Welt die Idee der panamerikanischen Einheit eine ernsthafte Beeinträchtigung erfahren hat. Diese unerfreulichen Ereignisse, die wir so sehr bedauern, haben nichtsdestoweniger einen unumgänglichen Eindruck hinterlassen, daß wir auf diesem Kontinent einander mißverstehen. Die von den Handlangern des Antiamerikanismus verbreitete Propaganda scheint jetzt darauf ausgerichtet zu sein, solche vermuteten Mißverständnisse als akute Unverträglichkeit und sogar als Feindschaft zwischen den freien Ländern der amerikanischen Gemeinschaft darzustellen. Glücklicherweise ist dies alles andere als wahr.

Es scheint mir, Herr Präsident, völlig unzumutbar und ungerecht zu sein, diesen falschen Eindruck bestehen zu lassen, der die Sache der Demokratie, zu deren Verteidigung wir uns verpflichtet haben, moralisch schwächt.

Wenn ich diese Worte an Eure Exzellenz richte, dann verfolge ich damit allein den Zweck, Sie von meiner tiefen Ueberzeugung in Kenntnis zu setzen, daß etwas getan werden müsse, um der kontinentalen Einheit wieder Gestalt zu geben. Hierzu habe ich keine definitiven und ins einzelne gehenden Pläne, vielmehr nur Ideen und Gedanken, die ich Eurer Exzellenz anvertrauen könnte, falls sich dazu eine baldige Gelegenheit bieten würde.

Ich wage es jedoch in diesem Augenblick, zu sagen, daß die Stunde für uns gekommen ist, gemeinsam die Politik gegenseitigen Verstehens auf dieser Hemisphäre ernst-

haft zu überprüfen und eine umfassende Neueinschätzung der zur Förderung der panamerikanischen Ideale bereits eingeschlagenen Wege in all ihren Aspekten und Konsequenzen vorzunehmen. Die Zeit ist gekommen, da wir uns die zweckdienliche Frage stellen müssen, ob wir alle unser Bestes tun, die unzerstörbare Einheit der Gefühle, Bestrebungen und Interessen zusammenzuschweißen, die bei dem Ernst der Weltlage geboten ist.

Als Soldat, der der Demokratie zum Sieg verhalf, als ein erfahrener Staatsmann und vor allem als ein Mann, der die Wahrheit liebt, sind Eure Exzellenz dazu prädestiniert, den Ernst der Frage zu ermessen, die ich in der ausschließlichen Absicht stelle, einen ganzen Komplex von Mißverständnissen zu klären und daraufhin auszuschalten, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt leicht beseitigen lassen, jedoch verhängnisvoll groß werden können, wenn wir es versäumen, ihnen rechtzeitig die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Es ist zu hoffen, daß die unerfreuliche Erinnerung an die von Vize-Präsident Nixon erlittenen Zwischenfälle ausgelöscht wird durch das ernste Bemühen, etwas Tieferes und Dauerhafteres für die Verteidigung und Aufrechterhaltung unserer gemeinsamen Zukunft zu schaffen.

Wie ich Eurer Exzellenz schon sagte, ist es ratsam, den falschen Eindruck zu berichtigen, wir in den amerikanischen Ländern lebten nicht brüderlich zusammen; aber neben dieser richtigstellenden Bemühung und um sie dauerhaft und vollkommen zu gestalten, müssen wir unser Gewissen fragen, ob wir den rechten Weg zum Panamerikanismus verfolgen.

Es ist mein ehrlicher Wunsch, Eure Exzellenz möge fühlen, daß dieser Brief aus dem Impuls geschrieben wurde, die herzlichen und aufrichtigen brüderlichen Gefühle erneut zu bestätigen, die mein Land stets an die Vereinigten Staaten von Amerika gebunden haben, in völliger Übereinstimmung mit den Ideen, die Eure Exzellenz anlässlich des Treffens der Regierungschefs der amerikanischen Nationen in Panama dargelegt haben.

Gott schütze Eure Exzellenz und das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika. *Juscelino Kubitschek*

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXVIII, Nr. 992, 30. Juni 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.



Schreiben von Präsident Eisenhower an Präsident Kubitschek vom 5. Juni 1958

Sehr geehrter Herr Präsident,

Heute morgen überreichte Ihr Botschafter Ihren Brief vom 28. Mai, den ich für äußerst interessant halte.

Meines Erachtens haben Sie sowohl die gegenwärtige Lage als auch die Notwendigkeit korrektiver Maßnahmen geschildert. Ich bin daher dankbar, daß Sie die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen haben.

Da Eure Exzellenz kein besonderes Programm zur Verbesserung des panamerikanischen Verständnisses vorgelegt haben, scheint es mir, daß unsere beiden Regierungen so bald wie möglich in gemeinsame Besprechungen eintreten sollten mit dem Ziel, an die anderen Mitglieder der panamerikanischen Gemeinschaft heranzutreten und sofort Maßnahmen einzuleiten, die auf dem ganzen Kontinent eine erneute Bekräftigung des Pan Amerikanismus und eine bessere Planung bei der Forderung der gemeinsamen Interessen und des Wohlergehens unserer Länder ermöglichen sollten. Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die erörtert und geklärt werden müssen, einschließlich z. B. dem einer stärkeren Verwirklichung der

Solidaritätserklärung der 10. Interamerikanischen Konferenz, die im Jahre 1954 in Caracas stattfand.

Da ich diese Angelegenheit für so wichtig erachte, beauftrage ich Herrn Roy Richard Rubottom, Jr., Stellvertretender Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, Ihnen mein Schreiben persönlich in Rio de Janeiro zu übergeben und mit Ihnen weiterhin Ihre diesbezüglichen Ansichten zu erörtern. Ihre so aus erster Hand erhaltenen Gedanken und Vorstellungen können Gegenstand weiterer Beratungen auf normalem diplomatischem Wege sein als Vorbereitung für einen späteren Besuch des Staatssekretärs in Brasilien. Mit Ihrem Einverständnis wird Herr Rubottom eine endgültige Vereinbarung mit Ihrer Regierung über den Zeitpunkt des Besuchs von Staatssekretär Dulles\* treffen.

Mit der Versicherung meiner größten Hochachtung und mit den besten Wünschen für das weitere Wohlergehen Eurer Exzellenz und des brasilianischen Volkes verbleibe ich

Dwight D. Eisenhower

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXVIII, Nr. 992, 30. Juni 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué der panamerikanischen Außenminister-Besprechungen in Washington am 23. und 24. September 1958

Die Außenminister der 21 amerikanischen Republiken trafen am 23. und 24. September auf Einladung des Außenministers der Vereinigten Staaten informell in Washington zusammen und erörterten wichtige Gegenwartsfragen von gemeinsamem Interesse. In drei Sitzungen tauschten die Außenminister ihre Ansichten bezüglich der interamerikanischen Beziehungen und Probleme, besonders der wirtschaftlichen, aus und erörterten auch die internationale Lage.

Die Minister sind der Ueberzeugung, daß die Solidarität der amerikanischen Staaten in der Weltgeschichte von großer Bedeutung gewesen und daß ihr in der gegenwärtigen Zeit besonderes Gewicht beizumessen ist. Sie bekräftigen diese Solidarität, die auf den Prinzipien der Charta der Organisation der Amerikanischen Staaten beruht. Die gegenwärtige Zeitspanne des evolutionären Wandels in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Gesellschaft fordert eine erneute Hingabe an die interamerikanischen Ideale der Unabhängigkeit, politischen Freiheit und des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts sowie eine Bekräftigung des Glaubens der amerikanischen Nationen an ihre Fähigkeit, dynamisch der Verwirklichung dieser hohen Ideale näherzukommen.

Die Minister sind überzeugt, daß ihr Meinungsaustausch und die informellen Gespräche fruchtbare Ergebnisse

haben werden. Sie stimmen überein, ihren Regierungen zu empfehlen, ihre Vertreter beim Rat der Organisation der Amerikanischen Staaten zur Prüfung der Frage anzuweisen, ob die häufigere Abhaltung ähnlicher informeller Treffen der Außenminister und anderer hoher Regierungsvertreter nicht wünschenswert wäre.

Die Minister sind der Auffassung, daß in Uebereinstimmung mit den bei zahlreichen Anlässen zum Ausdruck gebrachten Hoffnungen und Wünschen der Völker Amerikas die Maßnahmen zur Förderung der größtmöglichen wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents intensiviert werden müssen. Sie sind sicher, daß eine harmonische und sorgfältig geplante gemeinsame Anstrengung in dieser Richtung außerordentlich zur Stärkung der Solidarität der Hemisphäre und zu dem Wohlergehen aller Amerikaner beitragen wird.

Die Außenminister begrüßen die von Präsident Eisenhower gegebene Zusicherung außerordentlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, für die Erreichung konkreter Resultate bei der gemeinsamen Anstrengung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der amerikanischen Länder ihre volle Zusammenarbeit anzubieten, da sie die Auffassung vertritt, daß der Friede, die Prosperität und die Sicherheit letztlich unteilbar sind.

\* Anmerkung der Schriftleitung: Der Besuch Dulles' bei Präsident Kubitschek fand am 4. und 5. August 1958 statt. In der zu seinem Abschluß veröffentlichten Gemeinsamen Erklärung heißt es, die beiden Regierungen seien der Ansicht, daß Maßnahmen zur Stärkung der amerikanischen Gemeinschaft getroffen werden müssen. Dazu gehören u. a. „dynamische Bemühungen zur Lösung des Problems der Unterentwicklung“ sowie Maßnahmen zur Verteidigung der Werte westlicher Zivilisation, die vom Kommunismus bedroht seien. Beide Regierungen kamen überein, den anderen amerikanischen Republiken regelmäßige Treffen ihrer Außenminister im Rah-

men der Organisation Amerikanischer Staaten vorzuschlagen. (Wortlaut: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXIX, Nr. 1000, 25. August 1958.)

Dem Zweck, Vorschläge zur Stärkung der Wirtschaft und des Zusammenhalts der amerikanischen Republiken auszuarbeiten, diente auch eine Reise, die der Bruder des Präsidenten, Milton Eisenhower, im Juli durch die mittelamerikanischen Staaten Panama, Honduras, Costa Rica, Nicaragua, El Salvador und Guatemala unternahm. (Vgl. den Bericht Milton Eisenhowers über seine Reise in: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXIX, Nr. 1000, 25. August 1958).



Sie sind ferner der Ansicht, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt ist, um die interamerikanische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu überprüfen und zu stärken, wie dies von Präsident Kubitschek und in den Vorschlägen verschiedener amerikanischer Regierungen angeregt wurde. Die Minister empfehlen, daß während der kommenden Zeitspanne bis zur Elften Interamerikanischen Konferenz der Ausarbeitung zusätzlicher Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, wobei von den sechs Punkten ausgegangen werden soll, die von der Regierung Brasiliens in ihrem Memorandum vom 9. August 1958 im Zusammenhang mit dem als „Operation Panamerika“ bekannten Plan vorgeschlagen wurden sowie von anderen spezifischen Punkten, die die anderen Regierungen der Republiken der Hemisphäre im Zusammenhang mit dem zur Diskussion stehenden allgemeinen Thema, nämlich der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, zu unterbreiten wünschen, und ferner von dem folgenden, von dem Außenminister Argentiniens vorgeschlagenen Punkt: „Vorbereitung und sofortige Durchführung eines umfassenden hemisphärischen Programms zur Ausbildung von Fachleuten für die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem auf dem Gebiet des Hoch- und Tiefbaus, der Landwirtschaft, der industriellen Technik, der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Betriebswirtschaft.“

Zu diesem Zwecke und zur Erleichterung weiterer informeller Besprechungen sind die Minister der Auffassung, daß der Rat der Organisation der Amerikanischen Staaten eine besondere Kommission des Rates bilden sollte, in der die Regierungen der 21 amerikanischen Republiken vertreten wären. Sobald die Kommission zu Beschlüssen bezüglich zu treffender Maßnahmen kommt, sollte sie ihre Berichte dem Rat der Organisation unterbreiten. Dann könnten die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um diese Vorschläge oder Maßnahmen je nach Maßgabe durch die Organe der Organisation oder direkt durch die Regierungen durchführen zu lassen.

Weiter sind die Minister der Ansicht, daß jetzt praktische Maßnahmen im Zusammenhang mit bestimmten spezifischen Vorschlägen getroffen werden können. Diese sind:

1. Errichtung einer interamerikanischen Wirtschaftsentwicklungsbehörde, an der alle amerikanischen Länder beteiligt sein würden. Zu diesem Zwecke sollte der interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat sobald wie möglich einen Sonderausschuß von Regierungsvertretern bil-

den, wie dies in der Resolution Nr. XVIII der Wirtschaftskonferenz in Buenos Aires vorgeschlagen wurde. Es wird empfohlen, daß dieser Ausschuß ständig tagt, bis er den Entwurf für die Artikel des Abkommens über die vorgeschlagene Behörde fertiggestellt hat, der dann zu einem späteren Zeitpunkt unterzeichnet wird.

2. Intensivierung der Bemühungen um die Schaffung regionaler Märkte in Lateinamerika. Es wäre von Vorteil für die direkt betroffenen Regierungen und die direkt interessierten internationalen Organisationen, hauptsächlich die Organisation der Amerikanischen Staaten, die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Organisation der Zentralamerikanischen Staaten, ihre Studien und konkreten Maßnahmen in Richtung auf die Schaffung regionaler Märkte in Mittel- und Südamerika voranzutreiben. Die Minister schlagen vor, daß ein Bericht über dieses wichtige Projekt den Mitgliedern der Organisation der Amerikanischen Staaten nicht später als bis zur Elften Interamerikanischen Konferenz vorgelegt wird. In diesem Zusammenhang stellen die Minister fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu erkennen gab, daß sie bereit ist, die Errichtung solventer Industrien unter angemessenen Bedingungen durch geeignete Stellen finanziell zu unterstützen, und zwar mit dem Gedanken, den Nutzen regionaler Märkte durch öffentliche und private Investitionen stärker allen zugute kommen zu lassen.

Die Minister bringen erneut ihre ständige Sorge über die Probleme der Märkte für die Grundprodukte zum Ausdruck. Sie stimmen überein, daß die wirtschaftliche Struktur der Mehrheit der amerikanischen Republiken es erfordert, daß dringend Lösungen dieser Probleme gesucht werden müssen und zu diesem Zwecke Beratungen zwischen den interessierten Mitgliedern der Organisation der Amerikanischen Staaten auf bilateraler und multilateraler Basis sowie mit den Produktions- und Konsumländern anderer geographischer Gebiete geführt werden müssen.

Zum Abschluß dieses Kommuniqués brachten die Minister zum Ausdruck, daß auf diesem Treffen eine Atmosphäre der Offenheit, Ernsthaftigkeit und des gegenseitigen Verständnisses herrschte, das wesentlich zur Schaffung eines Gefühls des Vertrauens beitrug, daß die zum jetzigen Zeitpunkt in Angriff genommenen Aufgaben erfolgreich beendet werden.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt).



# Der Handel Lateinamerikas mit den Ländern des Europäischen Gemeinsamen Marktes

Eine Studie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika

## Einleitung

Die am 25. März 1957 in Rom erfolgte Unterzeichnung des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)<sup>1</sup> fand in Lateinamerika aus zwei Hauptgründen sehr großes Interesse: Zunächst wegen der möglichen Auswirkungen, die der Gemeinsame Markt auf den Handel zwischen den sechs Mitgliedstaaten und Lateinamerika haben könnte<sup>2</sup>. Da die Ausfuhren der assoziierten Gebiete der EWG, insbesondere der französischen und der belgischen Besitzungen in Afrika, zollfreien Zutritt zu den sechs Ländern haben werden, hat die Möglichkeit, daß diese Vorzugsbehandlung die Einfuhren aus anderen Gebieten einschließlich der aus Lateinamerika verdrängen könnte, Besorgnis erregt. Der zweite Grund liegt darin, daß die europäische Initiative Lateinamerika angeregt hat, die wirtschaftliche Integration schneller voranzutreiben, die seit einigen Jahren zum wirtschaftlichen Gedankengut dieses Raumes gehört.

Dieses Interesse erklärt sich aus der überragenden Bedeutung des Bevölkerungs- und Wirtschaftspotentials der EWG, das sich aus einer gedrängten statistischen Uebersicht ersehen läßt (Tabelle 1).

Nicht weniger bedeutend ist die Tatsache, daß die sechs Mitgliedstaaten in den letzten Jahren ungefähr ein Siebentel der gesamten Ausfuhren Lateinamerikas aufgenommen und einen ähnlichen Anteil der Einfuhren Lateinamerikas geliefert haben.

In Anbetracht dieser Interessenlage beschloß die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (ECLA), die möglichen Auswirkungen des vorgeschlagenen Europäischen Gemeinsamen Marktes auf den Handel Lateinamerikas in die Tagesordnung ihrer Siebten Tagung aufzunehmen, die im Mai 1957 in La Paz (Bolivien) abgehalten wurde. Für diesen Zweck wurde ein vom Sekretariat vorbereitetes Arbeitsdokument verwendet<sup>3</sup>. Während der Siebten Tagung nahm die ECLA die Resolution 121 (VII) an, in der sie dem Sekretariat u. a. empfahl,

„die wirtschaftliche Integration Europas und anderer Gebiete auch weiterhin aufmerksam zu beobachten und die Regierungen der Mitglieder entsprechend zu unterrichten“.

**Tabelle 1**

*Wirtschaftliche Bedeutung der EWG-Länder im Verhältnis zum gesamten Westeuropa<sup>a</sup> 1953–55 (Jahresdurchschnitt; Werte in Milliarden Dollar)*

	in absoluten Zahlen	Prozentsatz von Westeuropa
Bevölkerung (Millionen) . . . .	161,0	57
Bergbau b . . . . .	3,4	60
Verarbeitende Industrie b . . . .	45,4	60
Landwirtschaft c . . . . .	16,5	63,5
Investitionen in Maschinen u. Ausrüstung d . . . . .	11,2	62
Einfuhren e . . . . .	16,0	50
Ausfuhren e . . . . .	16,2	54

Quelle: Von der OEEC und den Vereinten Nationen veröffentlichte und vom GATT in: *Trade Intelligence Paper* Nr. 6 (Genf, Dez. 1957) zusammengefaßte Statistiken.

a) „Westeuropa“ bedeutet die Mitgliedsländer der OEEC ohne überseeische Gebiete.

b) Wert nach Preisen von 1953.

c) Wert der Produktion zu Marktpreisen.

d) Zu Preisen von 1954.

e) F. o. b. zu Marktpreisen.

In den folgenden Abschnitten werden nur einige der möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Errichtung der EWG behandelt. Die institutionellen Aspekte sind kurz in dem oben erwähnten Arbeitsdokument des Sekretariats sowie in zahlreichen anderen Quellen beschrieben worden. Außerdem ist der vollständige Wortlaut des Vertrages von Rom mit Anhängen allgemein zugänglich.

Die Möglichkeit einer Einbeziehung der EWG in eine umfassendere Freihandelszone, welche auch die übrigen Mitglieder der OEEC einschließen würde, befindet sich noch im Stadium der Verhandlungen und wurde daher in dieser Studie außer acht gelassen<sup>4</sup>.

## Allgemeine Übersicht

### *Einige wichtige Entwicklungstendenzen im europäisch-lateinamerikanischen Handel*

a) *Langfristig.* Im Verlauf der letzten Jahrhunderthälfte treten zwei hauptsächliche Entwicklungen in der geographischen Verteilung des Außenhandels

Lateinamerikas hervor. Erstens sind Europa und die Vereinigten Staaten schon seit langem die maßgebenden Gebiete, die das Niveau und das Wachstum des lateinamerikanischen Handels beeinflussen. Zusammen betrug ihr Anteil an den überseeischen Ein- und



Ausfuhren Lateinamerikas zu Beginn des Jahrhunderts neun Zehntel und beträgt noch heute ungefähr drei Viertel. Zweitens fand im gleichen Zeitraum eine beträchtliche und ständige Umorientierung des lateinamerikanischen Ueberseehandels von Europa auf die Vereinigten Staaten statt. Vor fünfzig Jahren wurden beispielsweise etwa zwei Drittel der Ein- und Ausfuhren Lateinamerikas mit Europa abgewickelt und nur ungefähr ein Viertel mit den Vereinigten Staaten. Dagegen ist in den letzten Jahren der Anteil der Vereinigten Staaten an dem wesentlich umfangreicheren Handel Lateinamerikas auf annähernd die Hälfte gestiegen, während der Anteil Europas auf weniger als ein Drittel gesunken ist.

*b) Kurzfristig.* Seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine wesentliche Belebung des Handels zwischen Europa und den zwanzig lateinamerikanischen Republiken eingetreten. Ohne Rücksicht auf die Frage, ob dies eine gewisse Umkehrung der obenerwähnten langfristigen Handelsverlagerungen bedeutet, ist der lateinamerikanisch-europäische Handel, für sich betrachtet, umfangreich und verzeichnet außerdem eine bemerkenswerte ansteigende Tendenz. Die folgende Analyse geht daher von der gegenseitigen Bedeutung des lateinamerikanisch-europäischen Handels für beide Räume aus und schätzt ab, inwieweit die Errichtung des Europäischen Gemeinsamen Marktes spätere Wachstumsaussichten für gewisse Güter beeinflussen kann.

#### *Abgrenzung der Studie*

Auf drei Abgrenzungen dieser Analyse muß besonders hingewiesen werden. Erstens wird nur der Handelsstrom in die sechs EWG-Länder und nicht auch in umgekehrter Richtung geprüft. Zweitens werden nur die lateinamerikanischen Ausfuhren in sechs wichtigen Grundstoffen untersucht, nämlich Kaffee, Kakao, Bananen, Baumwolle, Zucker und Kupfer. Drittens werden diese fast ausschließlich mit einer Zielsetzung untersucht: zu einem Urteil darüber zu gelangen, in welchem Maße sich der zukünftige Ernährungs- und Industriebedarf der EWG-Länder hinsichtlich der Einfuhr solcher Güter aus Lateinamerika und anderen Gebieten verändern mag, sobald der Gemeinsame Markt eine Zeit besteht.

#### *Wachstumsaussichten der lateinamerikanischen Ausfuhren*

In Zukunft wird Lateinamerika, wie schon in der Vergangenheit, vor allem an dem Wachstumspotential seiner binnen- und außenwirtschaftlichen Sektoren interessiert sein. Was den letzteren Sektor betrifft, so werden die zwanzig Republiken, um ihre Importe zu finanzieren, in ihrer Gesamtheit weiterhin stark von den Exportaussichten nach den Märkten der Vereinigten Staaten und Europas abhängig bleiben. Diese Aussichten werden wiederum vor allem bestimmt sein durch das zukünftige Anwachsen des Realeinkommens, der Produktion und der Bevölkerung in den beiden betreffenden Industrieräumen.

#### *a) Wachstum der Industriezentren in der Nachkriegszeit und Zukunftserwartungen*

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die wirtschaftliche Expansion in den Vereinigten Staaten und in Europa unmittelbar zu dem großen und wachsenden Umfang der lateinamerikanischen Ausfuhren beigetragen. Das durchschnittliche jährliche Anwachsen des Realprodukts in den Vereinigten Staaten (3,75 vH) kann mit dem der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre verglichen werden, während die jährliche Wachstumsrate von 5,3 vH in Westeuropa den Rekord jenes Zeitraums übertroffen hat. In der Tat hat die Einkommens-Wachstumsrate nach dem Kriege in beiden Gebieten wesentlich schneller zugenommen als im Durchschnitt der vergangenen 80 oder 100 Jahre. Eine Anzahl besonderer Faktoren hat dieses Wachstum in letzter Zeit noch gefördert, jedoch wird die Wachstumsrate in naher Zukunft laut einigen Prognosen der OEEC voraussichtlich bei etwa 3 vH liegen. Die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes können nicht vorausgesagt werden; wenn er aber erfolgreich ist, werden sich die Ergebnisse in schnelleren Wachstumsraten zeigen, als sie sonst zu erwarten wären.

#### *b) Voraussichtliches Anwachsen der westeuropäischen Einfuhren*

Das Anwachsen des Bruttosozialprodukts der Industrieländer dürfte sich im Umfang ihrer Grundstoffimporte widerspiegeln. Nach der jüngsten Schätzung des GATT dürften sie von 1953/55 bis 1973/75 um 50 bis 60 vH ansteigen<sup>5</sup>. Dies wiederum würde die gegenwärtige Vorherrschaft Westeuropas unter den Importeuren der Grundstoffe noch verstärken. Im allgemeinen gehören zu den Handelskategorien, die sehr wahrscheinlich bis 1973/75 zunehmen werden, vor allem Erdöl (trotz der Errichtung von Euratom), danach Mineralien und schließlich tropische Getränke. Die Aussichten für Naturfasern sind in Anbetracht der Konkurrenz synthetischer Fasern ungewiß, und die Aussichten der Grundstoffe aus den gemäßigten Zonen erscheinen als die ungünstigsten von allen, da sie von der schließlich eingeschlagenen Agrarpolitik des Gemeinsamen Marktes<sup>6</sup> abhängen werden. Die Einbeziehung der abhängigen Gebiete Frankreichs und Belgiens in Afrika in den Gemeinsamen Markt muß jedoch nicht notwendigerweise den Umfang der lateinamerikanischen Exporte an tropischen Grundstoffen in die EWG-Länder vermindern. Selbst Verschiebungen in ihren relativen Anteilen könnten geringerer Natur sein, solange die Importnachfrage in der EWG wächst; denn die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß Vorzugsbehandlungen größere Veränderungen nur für Grundstoffe mit abnehmender Nachfrage mit sich bringen. Andererseits könnten die Grundstoffe der gemäßigten Zone Lateinamerikas angesichts der Möglichkeit, daß Westeuropa zu einer größeren



Selbstversorgung in der Ernährungsproduktion gelangt, eher betroffen werden.

### *Die afrikanischen Liefermöglichkeiten*

Außer von der Nachfrage der EWG-Länder werden die zukünftigen lateinamerikanischen Exporte an Kaffee, Kakao, Bananen, Baumwolle, Zucker und Kupfer auch davon abhängen, in welchem Umfang Exportangebote aus den assoziierten Gebieten der EWG in Afrika zur Verfügung stehen<sup>7</sup>. In diesen assoziierten Gebieten können verschiedene Faktoren das Ausmaß begrenzen, in welchem die Grundstoffproduktion ausgedehnt werden kann. Obwohl es ausgedehnte Bodenflächen gibt, sind die meisten von mittlerer und geringerer Fruchtbarkeit und erhalten jährlich schwankende Regenmengen. Viele eingeborene Völker haben eine hohe Analphabeten- und Krankheitsrate und eine wechselnde und primitive Art der Landbebauung, die oft nur geringe oder keine Produktionsüberschüsse für den Handel abwirft. Schließlich, als Ganzes genommen, mangelt es dem Raum an grundlegenden Einrichtungen, vom Erziehungs- und Gesundheitswesen bis zum Elektrizitäts- und Verkehrsnetz. In den letzten Jahren sind jedoch aktive Schritte unternommen worden, um Produktion und Verbrauch in Afrika durch soziale und direkte produktive Investitionen sowie durch Vermittlung technischer Kenntnisse am Ort zu heben. Während in der Vergangenheit topographische, soziologische und technische Unzulänglichkeiten die afrikanische Grundstoffproduktion gehemmt haben, gibt es für die Zukunft beträchtliche Expansionsaussichten.

Soweit dies die Erzeugung der oben erwähnten sechs Grundstoffe in Afrika vermehren wird, wird Lateinamerika aus zwei Gründen verständlicherweise berührt werden: 1. Diese Grundstoffe stellten ungefähr die Hälfte aller lateinamerikanischen Grundstoffexporte während der Jahre 1952 bis 1956 dar und brachten während dieser fünf Jahre annähernd 3,6 Milliarden Dollar jährlich ein. 2. Wenn ein größerer Anteil der Grundstoffimporte der EWG zukünftig aus Afrika kommt, würde der Anteil Lateinamerikas dadurch reduziert werden. Während der Jahre 1952 bis 1956 wurden beispielsweise 18 vH der lateinamerikanischen Exporte in diesen sechs Grundstoffen von den EWG-Ländern aufgenommen, was durchschnittlich 6,3 Milliarden Dollar jährlich ausmachte.

### *Aussichten für die einzelnen Güter*

Angesichts der oben angeführten Umstände führen die Einzeluntersuchungen der sechs Grundstoffe zu den folgenden allgemeinen und besonderen Erkenntnissen.

a) *Allgemein.* Das steigende Niveau des Gesamt- und Pro-Kopf-Einkommens wird die Nachfrage nach den erwähnten Grundstoffen anregen. Im allgemeinen wird es die Entwicklung mit sich bringen, daß ein größerer Teil dieser Nachfrage durch die assoziierten Gebiete der EWG in Afrika und nur ein

kleinerer Teil durch Lateinamerika gedeckt wird. Diese Schlußfolgerungen scheinen aus zwei wichtigen Gründen gerechtfertigt: 1. Die Produktion der meisten dieser Grundstoffe in den assoziierten Gebieten in Afrika hat seit dem Zweiten Weltkrieg wesentlich zugenommen, und die Expansion wird zweifellos in Zukunft weiter anhalten. 2. In dem Ausmaße, in welchem ein Einheitszolltarif eingeführt sein wird, werden die assoziierten Gebiete in Afrika eine Vorzugsbehandlung vor Lateinamerika erhalten. Natürlich werden Produktionsentwicklung und Zollvorteil je nach Grundstoff und Erzeugerland verschieden sein. Uebrigens ist es möglich, daß bei einer günstigen zukünftigen Entwicklung des Einkommens und der verarbeitenden Industrie die EWG-Importe aus den zwanzig Republiken, in absoluten Zahlen gesehen, höher sein werden, wenngleich sie im Verhältnis niedriger liegen dürften, als wenn der Gemeinsame Markt nicht geschaffen worden wäre. In dem Ausmaß, in welchem die Ausfuhren aus den assoziierten Gebieten in Afrika nach Europa wachsen, könnte sich ein größerer Anteil der lateinamerikanischen Exporte dem Markt in den Vereinigten Staaten zuwenden. Dies würde allerdings eine noch größere Abhängigkeit von einem einzigen Markt bedeuten und Pläne für eine breitere geographische Streuung vereiteln.

b) *Im Besonderen.* In den besonderen Fällen von Kaffee, Kakao und Bananen ist die Produktion in den assoziierten Gebieten der EWG in Afrika in den letzten zehn Nachkriegsjahren beträchtlich gestiegen, und es bestehen viele Anzeichen für eine Fortsetzung dieser Entwicklung. In allen drei Fällen mag außerdem die Gewährung von Zollpräferenzen die gegenwärtige Gestalt des Handels so verändern, daß schließlich ein vermehrter Anteil der EWG-Einfuhren aus den abhängigen Gebieten in Afrika stammen wird<sup>8</sup>. Obwohl solche Produktions- und Zollfaktoren den gegenwärtigen Anteil Lateinamerikas an den Kaffee-, Kakao- und Bananenimporten der EWG vermindern mögen, bestehen auf jeden Fall sehr bedeutende Aussichten für eine Zunahme des gesamten Einfuhrvolumens der EWG für alle drei Warenarten einschließlich der aus Lateinamerika stammenden Erzeugnisse.

In den Fällen von Baumwolle und Kupfer wird es zukünftig in der EWG keine oder nur geringe Zölle geben, und die lateinamerikanischen Länder würden deshalb im Vergleich zu den Produzenten in den assoziierten Gebieten in Afrika keinen institutionellen Nachteilen ausgesetzt sein. Vielmehr werden die voraussichtliche Produktionsentwicklung in Afrika und die bedeutenden technologischen Entwicklungen, die sich einerseits im Zusammenhang mit den synthetischen Fasern und andererseits mit Aluminiumersatzstoffen gezeigt haben, die Hauptsorge Lateinamerikas sein.

Was den Zucker angeht, so sind die tropischen Gebiete der EWG in Afrika eher Importeure als Ex-



porteurs. Selbst wenn die afrikanische Konkurrenz hier keinen entscheidenden Faktor darstellt, erscheinen die Möglichkeiten für vermehrte Zuckerimporte der EWG unsicher, und zwar sowohl in Anbetracht der ständigen hohen Abgaben als auch in Anbetracht der Tatsache, daß die EWG-Länder ihren Zuckerbedarf größtenteils aus eigener Produktion decken.

Lateinamerika wird, wie es scheint, durch das zukünftige afrikanische Produktionsniveau ebenso stark, wenn nicht noch stärker als von der voraussichtlichen Zollstruktur des Gemeinsamen Marktes betroffen werden. Natürlich müssen außer den Waren aus den assoziierten Gebieten der EWG auch die Produkte aus anderen Teilen der Welt in Rechnung gestellt werden, die innerhalb des Zollgebietes der EWG mit den lateinamerikanischen Erzeugnissen konkurrieren werden<sup>9</sup>.

Um seine Wettbewerbsstellung zu halten, wird Lateinamerika sich immer stärker bemühen müssen, die Produktionskosten niedrig zu halten und gleichzeitig den höchstmöglichen Qualitätsstandard aufrechtzuerhalten.

#### *Die Bedeutung der zukünftigen Agrarpolitik der EWG*

Seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt die westeuropäische Landwirtschaft eine technologische Revolution, die in ihrem Ausmaß derjenigen ähnelt, wie sie in den Vereinigten Staaten kurz vor und nach dem Kriege stattfand. Die europäischen Ernteerträge beispielsweise nehmen infolge der Verwendung besseren Saatguts, verbesserter Bebauungstechnik, strengerer Kontrolle von Tier- und Pflanzenseuchen und gesteigerter Anwendung von Düngemitteln zu. Außerdem nahm die Mechanisierung der Landwirtschaft be-

trächtlich zu: die Zahl der Traktoren in den landwirtschaftlichen Betrieben ist innerhalb des EWG-Raumes auf mehr als das Achtfache im Verhältnis zu der Zeit vor dem Kriege gestiegen. Das hat nicht nur eine Verminderung der Arbeitskräfte ermöglicht, sondern auch das Bedürfnis an gewissen traditionellen Einfuhren herabgesetzt. So werden beispielsweise die früher für Arbeitstiere benötigten Futtermittel heute für die Rinder-, Schweine- und Geflügelzucht verwendet. Obwohl diese Verbesserungen der europäischen landwirtschaftlichen Technik noch vor der Errichtung des Europäischen Gemeinsamen Marktes stattgefunden haben, wird der Abbau der Handelschranken in der EWG weitere Verbesserungen zeitigen und die Produktion von spezialisierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen fördern. Ferner würde die Vereinigung der europäischen landwirtschaftlichen Behörden die Forschung und Expansion beschleunigen, und die zentralisierten landwirtschaftlichen Markt- und Einkaufsbehörden, die im Vertrag von Rom vorgesehen sind, könnten die zukünftige Zusammensetzung der europäischen landwirtschaftlichen Importe stark beeinflussen. Tatsächlich hat der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion in Europa bereits eine bedeutende Rolle in der Beeinträchtigung der Importe gespielt. Diese Umorientierung ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Auch die lateinamerikanischen Exporte an Grundstoffen der gemäßigten Zone können in Mitleidenschaft gezogen werden, je nachdem, wie sich die landwirtschaftliche Politik und die Praxis der EWG entwickeln. Deshalb wird es immer wichtiger, daß die betroffenen Republiken der Rationalisierung ihrer Produktion und der Kostensenkung größere Aufmerksamkeit schenken.

#### Der wirtschaftliche Rahmen

##### *Das wirtschaftliche Wachstum Westeuropas nach dem Kriege<sup>10</sup>*

Der hohe Stand und die allgemeine Aufwärtsentwicklung der lateinamerikanischen Ausfuhr in den Nachkriegsjahren ist vor allem auf die Entwicklung in den großen Industrieländern der Welt zurückzuführen. Es darf angenommen werden, daß diese Kausalbeziehung für Lateinamerika auch weiterhin von überragender Bedeutung sein wird.

Historisch gesehen, stellt das Anwachsen der Produktion nach dem Kriege in den Industrieländern in dieser Größenordnung eine Ausnahme dar, insbesondere wenn man in Rechnung stellt, daß der Aufschwung bereits seit über einem Jahrzehnt andauert. Selbst auf der Basis von Statistiken, die zu dem Zeitpunkt beginnen, in welchem die Produktion auf dem europäischen Kontinent im allgemeinen das Vorkriegsniveau wieder erreicht hatte, wird deutlich, daß das wirtschaftliche Wachstum in der Nachkriegszeit nahezu überall intensiver war als während der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre. Diese Expan-

sion ist auffallend größer als die durchschnittliche Wachstumsrate in den letzten 80 bis 100 Jahren, in denen die Mehrzahl der Produktionsstätten Westeuropas und Nordamerikas<sup>11</sup> geschaffen worden ist. (Siehe Tabelle 2 auf S. 11 111.)

Aus diesem Grunde stellt die OEEC zu dem wirtschaftlichen Fortschritt Westeuropas in jüngster Zeit fest, „daß vergleichbare Wachstumsraten wahrscheinlich in der Vergangenheit nie von entwickelten Volkswirtschaften erzielt wurden, die bereits von einem hohen Beschäftigungsniveau ausgingen“.<sup>12</sup> Als Maßstab kann der Hinweis dienen, daß eine kumulative Wachstumsrate von 3 vH, falls sie nicht unterbrochen wird, alle 23 Jahre zu einer Verdoppelung des Sozialprodukts führt.

Während der Jahre 1949 bis 1955 hat Westeuropa als Ganzes das Aufkommen an Waren und Dienstleistungen um eine jährliche Rate von 5,3 vH ausgedehnt. Dies ist höher als in den Vereinigten Staaten, wo die durchschnittliche Rate in den Jahren 1948 bis 1955 3,75 vH betrug. Europas Fortschritt kann mit



Tabelle 2

Jährliche kumulative Wachstumsrate des realen Brutto-Sozialprodukts in ausgewählten Ländern  
(Prozentsätze)

Land	seit Mitte des 19. Jahrhunderts		zwanziger Jahre	nach dem Zweiten Weltkrieg
<b>Mitglieder der EWG</b>				
Belgien	1846—1953	(1,9) a		1948—1955 3,5
Frankreich	1860—1954	(1,0)	1924—1929 3,5	1949—1955 4,8
Deutschland (nach dem Kriege Bundesrepublik)	1860—1913	(2,4)	1927—1929 2,0	1950—1955 9,3
	1913—1954	(1,5)		
Italien	1860—1900	(1,7)	1918—1928 4,0	1950—1955 5,5
	1901—1953	(1,6)		
Niederlande	1900—1954	2,3	1919—1929 4,1	1948—1955 4,5
<b>Andere Länder Europas</b>				
Dänemark	1870/79—1947/50	2,5	1921—1929 2,6	1948—1955 2,6
Norwegen	1900—1954	2,8	1925—1930 5,1	1947—1955 3,5
Schweden	1870—1954	(2,3)	1920—1929 2,25	1948—1955 4,3
Vereinigtes Königreich	1870—1954	1,85	1920—1929 1,25	1948—1955 2,9
<b>Nordamerika</b>				
Kanada	1870—1952	3,5	1919—1929 2,4	1948—1956 5,0
Vereinigte Staaten	1869/78—1953	3,75	1920—1929 3,9	1948—1955 3,75

Quelle: International Bank, Economic Staff, *Statistical Tables on Economic Growth*, 8. März 1956, auf der Grundlage der darin angegebenen Quellen und anschließender Ueberarbeitung.

a) Zahlen in Klammern: Schätzungen.

dem Lateinamerikas verglichen werden (5,9 vH in den Jahren 1946 bis 1955), obwohl es von einem wesentlich größeren Produktionsstand ausging als Lateinamerika<sup>13</sup>.

Die verarbeitende Industrie war in sehr großem Ausmaß die Ursache des Ansteigens des Nettosozialprodukts in Westeuropa in der Nachkriegszeit. In einigen Ländern, wie dem Vereinigten Königreich, der Bundesrepublik Deutschland und Italien, erbrachte die verarbeitende Industrie mehr als die Hälfte der Vermehrung des Nettosozialprodukts (siehe Tabelle 3). Gerade dieser Wirtschaftsbereich stellt infolge seiner Nachfrage nach Rohmaterialien und Brennstoffen den Hauptfaktor dar, der das Importvolumen Europas aus den nichtindustrialisierten Gebieten bestimmt<sup>14</sup>. Darüber hinaus ist das Produktionsniveau der verarbeitenden Industrie infolge seiner Auswirkung auf das Volkseinkommen von bedeutender Tragweite für Nahrungsmittelimporte.

Tabelle 3

Zunahme des Netto-Sozialprodukts in ausgewählten westeuropäischen Ländern seit der Vorkriegszeit<sup>a</sup>

	Indexzahl für 1955 (Vorkriegszeit=100)	Beitrag der verarbeitenden Industrie zum Wachstum (Prozentsatz)
Belgien	129 b	34,0
Dänemark	144	26,0
Frankreich	138 b	30,4
Deutschland (Bundesrep.)	178	50,2
Italien	150	51,2
Niederlande	153 b	
Norwegen	159	39,5 c
Vereinigtes Königreich	134	56,6

Quelle: ECE: *Economic Survey of Europe* in 1956. Kapitel VII, Tabellen 3 und 5 (Genf 1957).

a) 1938; außer Vereinigtes Königreich (1937), Deutschland (1936), Belgien (1936—1938).

b) 1954.

c) Einschließlich Elektrizität, Gas und Wasser.

Die wirtschaftliche Expansion Westeuropas seit dem Wiederaufbau muß zum Teil einer vollständigen Ausnutzung seiner produktiven Hilfsquellen zugeschrieben werden. So sind ungenutzte betriebliche Kapazitäten größtenteils verschwunden, neue Kapazitäten wurden hinzugefügt, und die Reserven an Arbeitskräften wurden, mit Ausnahme eines beträchtlichen Restes in Italien, in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Die Expansion ist auch zum Teil auf die Auswertung der im Kriege erzielten technischen Fortschritte zurückzuführen. Infolgedessen ist es schwierig, im voraus zu sagen, ob die Produktion weiter im gleichen Maße zunehmen wird wie in den letzten Jahren, selbst wenn in Zukunft eine ausreichende Nachfrage anhält.

Es muß betont werden, daß die sechs EWG-Länder in den letzten Jahren ein wesentlich schnelleres Wachstum aufzuweisen hatten als das übrige Europa. Die größere Dynamik der Gesamtheit der EWG-Länder wird durch die folgenden prozentualen Zunahmen im Zeitraum von 1950 bis 1956 ausgewiesen:

	EWG-Länder	Uebrig Westeuropa	Westeuropa insgesamt
Bergbau	36	16	28
Verarbeitende Industrie	72	26	51
Landwirtschaft	18	11	15
Einfuhrwerte (c.i.f.)	99	55	76
Ausfuhrwerte (f.o.b.)	116	57	85

Quelle: Publikationen der OEEC und der Vereinten Nationen; zusammengestellt durch das GATT in: *Trade Intelligence Paper* Nr. 6, Tabelle 1 (Genf, Dezember 1957).  
a) bis 1955/56.

#### Langfristige Schätzungen des wirtschaftlichen Wachstums der Industrieländer

Um zukünftige Entwicklungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, insbesondere im Außenhandel der beiden wichtigsten Industrieräume der Welt, dar-



zustellen, sind verschiedene nationale und internationale Stellen von bestimmten Annahmen hinsichtlich des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums ausgegangen<sup>15</sup>. Die langfristigen Schätzungen erstrecken sich auf einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren und basieren auf einer angemessenen wirtschaftlichen Wachstumsrate. Sie entsprechen einer kumulativen jährlichen Steigerung des Bruttosozialprodukts um 3 vH in Westeuropa und um 3,25 vH in Nordamerika.

Die in Frage kommenden Schätzungen haben einen gemeinsamen charakteristischen Zug: Es wird angenommen, daß die Volkswirtschaften Westeuropas und Nordamerikas in schnellerem Maße wachsen als im Durchschnitt der letzten 80 bis 100 Jahre. Andererseits wird aber die Wachstumsrate eindeutig unter der ausnahmsweise hohen Wachstumsrate liegen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorherrscht hat. Außerdem wird angenommen, daß die Produktion in Nordamerika stärker ansteigen wird als in Westeuropa. Aber auch die Bevölkerung wird in Nordamerika stärker zunehmen, mit dem Ergebnis, daß der Unterschied der Einkommen pro Kopf zwischen den beiden Räumen relativ gesehen, praktisch gleich bleiben wird. Diese Schätzungen sind in Tabelle 4 zusammengefaßt.

Tabelle 4

*Angenommene Wachstumsraten der Wirtschaft und Bevölkerung Westeuropas und Nordamerikas 1953—1955 bis 1973—1975*  
(Werte zu gleichbleibenden Preisen)

	Durchschn. 1953—55	Durchschn. 1973—75	Zunahme in vH
Westeuropa			
Brutto-Sozialprodukt (in Milliarden Dollar)	203	365	80
Bevölkerung (Millionen)	282	317	12,5
Einkommen pro Kopf (in Dollar)	720	1150	60
Nordamerika			
Brutto-Sozialprodukt (in Milliarden Dollar)	400	760	90
Bevölkerung (Millionen)	177	223	26
Einkommen pro Kopf (in Dollar)	2260	3410	51

Quelle: GATT: „International Trade 1956“ (Juni 1956), Tabelle 7.

Anmerkung: GATT stellt dazu fest, daß das Brutto-Sozialprodukt Westeuropas unterschätzt ist, weil es zum amtlichen Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet wurde. Das europäische pro-Kopf-Einkommen würde, in vergleichbarer Kaufkraft ausgedrückt, 40 bis 50 vH der nordamerikanischen Zahlen für 1953—1955 an Stelle von ungefähr 32 vH, wie in der Tafel angegeben, ausmachen. So nimmt die Voraussage an, daß das pro-Kopf-Einkommen Westeuropas, in vergleichbarer Kaufkraft ausgedrückt, innerhalb der nächsten 20 Jahre ungefähr drei Viertel des gegenwärtigen amerikanischen Niveaus erreichen mag.

Die Schwierigkeit, die gleiche Expansionsrate aufrechtzuerhalten, nachdem die Ausnutzung der Hilfsquellen in einem höheren Grade erreicht sein wird, läßt sich am Beispiel Westeuropas veranschaulichen. In den OEEC-Ländern war eine Zunahme der Ar-

beitskräfte um 8,5 vH und eine Produktivitätssteigerung um 16,6 vH der Grund für die Vermehrung des Bruttosozialproduktes um 26,5 vH in den Jahren 1951 bis 1955. Für den Zeitraum von 1956 bis 1960 wird angenommen, daß die Arbeitskräfte, vor allem infolge der vorausgegangenen Absorption der Arbeitslosigkeit und der zu erwartenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung, nur um 2,8 vH zunehmen werden. Die erwartete Produktivitätssteigerung wird hauptsächlich von den Neuinvestitionen abhängen und sich auf ungefähr 14 vH belaufen. Als Ergebnis dieser beiden Faktoren wird mit einem Anwachsen des Bruttosozialproduktes um nur 17,4 vH gerechnet<sup>16</sup>.

Das Anwachsen der Produktion in Westeuropa während der Nachkriegszeit ist durch internationale Maßnahmen, die sich für einige Länder und während einiger Jahre als entscheidend erwiesen, merklich gefördert worden. Dies geschah in Gestalt der Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten und einer gemeinsamen Anstrengung der europäischen Länder selbst, um die Hindernisse für den innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehr zu vermindern. Nunmehr ist die auswärtige Wirtschaftshilfe praktisch beendet. Die Initiatoren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aber hoffen, die Impulse von außen durch die Vorteile der Massenproduktion und andere interne Antriebskräfte zur wirtschaftlichen Entwicklung zu ersetzen. Einer der nicht quantifizierbaren Faktoren, der zweifellos eine wichtige Rolle in der verarbeitenden Industrie in Westeuropa seit dem Ende der Wiederaufbauphase gespielt hat, war der Nachholbedarf für technische Neuerungen in der Konsumgüter-Produktion, der seit nahezu einem Jahrzehnt aufgelaufen war. Die Einführung technischer Neuerungen in einer Anzahl von Ländern wird nunmehr zunehmend durch die begrenzte Nachfrage im Binnenmarkt gehemmt. Die Massenproduktion, die, wie man erwartet, durch die Errichtung der Gemeinschaft gefördert werden wird, würde neue Möglichkeiten für technische Neuerungen bieten und ihre Durchführung fördern.

Unter diesen Umständen mag es sein, daß die erwartete wirtschaftliche Wachstumsrate Westeuropas, wenn man die Voraussagen für die verschiedenen in Frage kommenden Volkswirtschaften in ihrer Gesamtheit betrachtet, übertroffen wird, sobald die institutionelle Maschinerie der Gemeinschaft zu arbeiten beginnt. Eine bessere Ausnutzung der Produktionsfaktoren (oft durch eine neue Kombination zu erreichen) würde durch eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den westeuropäischen Ländern und insbesondere durch solche Abmachungen wie die Errichtung des Gemeinsamen Marktes und einer Freihandelszone erleichtert werden<sup>17</sup>.

Die höhere Wachstumsrate der sechs EWG-Länder, verglichen mit dem übrigen Westeuropa, ist in



den in Tabelle 4 enthaltenen langfristigen Schätzungen berücksichtigt worden. Der Zuwachs um 80 vH im Bruttosozialprodukt Westeuropas insgesamt für einen Zeitraum von 20 Jahren bedeutet eine Zunahme von 90 vH für die EWG-Länder und von nur 67 vH für die übrigen Gebiete. Das Sekretariat des GATT hat Alternativschätzungen ausgearbeitet, die von der Annahme ausgehen, daß die Errichtung des Gemeinsamen Marktes das ohnehin schon für die sechs Länder, einzeln genommen, als ziemlich hoch veranschlagte Wachstum beschleunigen wird. Darin wird für diese Länder während zweier Jahrzehnte eine Zunahme des gesamten Bruttosozialprodukts um 120 und sogar um 150 vH erwartet<sup>18</sup>.

#### *Änderungen der Handelsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa*

Es kann erwartet werden, daß die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestimmte Wirkungen auf den zukünftigen Verlauf der lateinamerikanischen Exporte nach Westeuropa haben wird, die vor dem Hintergrund der bereits vollzogenen Veränderungen gesehen werden müssen.

Im Verlauf der letzten Jahrhunderthälfte ist eine fortschreitende Lockerung der Handelsverbindungen Lateinamerikas mit Europa eingetreten, eine Entwicklung, die in scharfem Gegensatz steht zu der ständig wachsenden Bedeutung des Handels der Vereinigten Staaten mit den zwanzig amerikanischen Republiken. Im Zeitraum von 1901 bis 1905 beispielsweise war der Wert des gesamten Handelsumsatzes Lateinamerikas (Einfuhr und Ausfuhr) mit Europa um annähernd 140 vH höher als mit den Vereinigten Staaten. 1928 war er noch um 45 vH höher, um die Mitte der fünfziger Jahre aber war er um ungefähr 40 vH geringer.

Diese grundlegende Verschiebung der Anteile der Regionen hat sich gleichermaßen in der lateinamerikanischen Ausfuhr wie auch in der Einfuhr gezeigt. Um die Jahrhundertwende waren ungefähr zwei Drittel der lateinamerikanischen Importe und nahezu der gleiche Anteil der Exporte mit Europa abgewickelt worden, während 50 Jahre später weniger als ein Drittel des gesamten Handels mit Europa stattfand. Die Handelsströme zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika zeigten während dieser fünf Jahrzehnte nahezu diametral entgegengesetzte Veränderungen. So kam 1901 bis 1905 annähernd ein Viertel der lateinamerikanischen Importe aus den Vereinigten Staaten, und ein etwas höherer Anteil der Exporte ging in die Vereinigten Staaten. Fünfzig Jahre später hatten sich diese beiden Anteile verdoppelt.

Wie erwartet werden konnte, hat es in der langfristigen Entwicklung genauso bemerkenswert unterschiedliche Bewegungen im Handelsvolumen Lateinamerikas mit Europa und den Vereinigten Staaten gegeben. So lagen beispielsweise 1951 die Ausfuhren und Einfuhren zwischen Lateinamerika und Europa

dem Volumen nach weit unter denen des Jahres 1913. Die Ausfuhren nach und die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten waren auf der andern Seite über das Niveau des Volumens, das vor dem Ersten Weltkrieg bestand, weit hinausgegangen<sup>19</sup>.

Die deutlichsten Verschiebungen in den gegenseitigen Handelsbeziehungen Westeuropas und Lateinamerikas waren das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Europa nahm 1928 und 1937/38 etwas mehr als die Hälfte des gesamten Exports Lateinamerikas auf, während es in den letzten Jahren nur ungefähr 30 vH aufnahm. Umgekehrt hat Lateinamerika 1928 mehr als 10 vH der gesamten westeuropäischen Importe geliefert (den innereuropäischen Handel inbegriffen), 1937/38 rund 9 vH und seit 1950 zwischen 6 und 8 vH (siehe Tabelle 5). Gleichzeitig stieg der Anteil der lateinamerikanischen Exporte nach Nordamerika von 30 vH im Jahre 1938 auf 51 vH während der Jahre 1951 bis 1955.

**Tabelle 5**

*Westeuropas Einfuhren aus Lateinamerika im Vergleich zu seinen Gesamteinfuhren*  
(in Milliarden Dollar)

Jahr	Gesamteinfuhren	Einfuhren aus Lateinamerika	Einfuhren aus Lateinamerika in vH der Gesamteinfuhren
1928	17,2066	1,7665	10,3
1937	13,9723	1,3880	9,9
1938	12,7404	1,0443	8,2
1946	14,0253	1,3473	9,6
1947	21,4120	2,1397	10,0
1948	24,8367	2,3874	9,6
1949	24,8997	1,7288	6,9
1950	24,2289	1,9183	7,9
1951	33,5148	2,4935	7,4
1952	32,0324	1,8954	5,9
1953	31,2044	2,0996	6,7
1954	33,6873	2,3440	7,0
1955	33,6844	2,4088	6,2
1956	42,5864	2,8484	6,7

Quelle: OEEC: *Foreign Trade by Areas*, Series I, selected issues.

Anmerkung: Die Gesamteinfuhren umfassen auch den Handel zwischen den westeuropäischen Ländern.

Die mannigfaltigen Gründe für auffallende Veränderungen in der Höhe und der Richtung des lateinamerikanischen Außenhandels sind umfassend in anderen Publikationen<sup>20</sup> untersucht worden, die auch ins einzelne gehende Analysen der einzelnen Grundstoffe und der betroffenen Länder enthalten. Bis zu einem gewissen Grade ist der Rückgang der lateinamerikanischen Ausfuhren nach Europa ein Spiegelbild des allgemeinen Phänomens, daß der Anteil der Grundstoffe am Welthandel abnimmt. Obwohl das wertmäßige Volumen (in laufenden Preisen) zunimmt (von 16,46 Milliarden Dollar im Jahre 1950 auf 22,2 Milliarden Dollar im Jahre 1956), geht der Anteil der Exporte aus den nichtindustrialisierten Ländern in die Industrieländer am gesamten Welthandel zurück (von 28,9 vH auf 24,0 vH). Diese relative Abnahme ist hauptsächlich auf das Anwachsen des Handels



zwischen den Industrieländern zurückzuführen, der von 34,5 vH auf 40,3 vH des Welthandels gestiegen ist<sup>21</sup>. Es ist wahrscheinlich, daß diese beiden Tendenzen anhalten werden.

Die relative Abnahme der Exporte nichtindustrialisierter Länder in industrialisierte Gebiete ist nur zum Teil auf das Anwachsen des Anteils der verarbeiteten Güter, die in den Welthandel gelangen, und auf die steigende Bedeutung der synthetischen Rohstoffe zurückzuführen. Ein zusätzlicher Faktor war das stärkere Anwachsen des volumenmäßigen Anteils am internationalen Handel von Rohstoffen, die von industrialisierten Ländern geliefert wurden, verglichen mit denen, die von den nichtindustrialisierten Gebieten geliefert worden sind. So lieferten vor dem Zweiten Weltkrieg die nichtindustrialisierten Länder 58 bis 59 vH der Grundstoffe, die von den industrialisierten Ländern eingeführt wurden, aber bis zum Jahre 1956 ging ihr Anteil auf 56 vH zurück<sup>22</sup>. Wahrscheinlich ist dies ein Ergebnis der schnelleren Übernahme technischer Neuerungen in der Erzeugung der Grundstoffe in den industrialisierten Ländern, hauptsächlich in der Landwirtschaft, sowie ein Ergebnis von Regierungsmaßnahmen zur Subventionierung der Landwirtschaft in solchen Ländern. Diese allmähliche Umschichtung im Welthandel mag einige Zeit andauern. Sie hängt insbesondere von dem relativen Anteil ab, den Nahrungsmittel der gemäßigten Zone sowie Wolle und Baumwolle am Welthandel in den Grundstoffen ausmachen werden. Bei einzelnen Grundstoffen mag der von den Industrieländern gelieferte Anteil natürlich ziemlich schnell anwachsen.

Die verminderte Rolle der nichtindustrialisierten Länder, insgesamt betrachtet, als Weltlieferanten von Grundstoffen verbirgt wesentliche Unterschiede zwischen denjenigen Ländern, die einen halbindustrialisierten Zustand erreicht haben, und solchen, die noch ausgesprochen unindustrialisiert sind<sup>23</sup>. Teilweise wegen der Starrheit der Nachfrage, aber auch als Folge eines unausgeglichene Entwicklungsprozesses, haben die halbindustrialisierten Länder die Erzeugung ihrer hauptsächlich Grundstoffe, die in den Welthandel gelangen, zwischen der Vorkriegszeit und 1945—55 um nur 12 vH vermehren können. Hingegen betrug die Zunahme in den nichtindustrialisierten Ländern ungefähr 53 vH, was in erster Linie auf eine größere Ausbeute an Metallen und Erdöl zurückzuführen ist. Unter diesen Umständen brachte es eine größere heimische Nachfrage mit sich, daß der Umfang der wichtigsten Grundstoffe, die von halbindustrialisierten Ländern exportiert wurden, in Wirklichkeit während dieses Zeitraums um 5 vH abnahm, während er bei den anderen, nichtindustrialisierten Ländern um 58 vH zunahm<sup>24</sup>. Außerdem mag die Netto-Exportposition einiger halbindustrialisierter Länder in den wichtigsten Grundstoffen durch schnell wachsende Erdöleinfuh-

ren stark geschwächt werden. In Lateinamerika traf dies besonders auf Brasilien und Argentinien zu.

Es dürfte außerdem erwähnenswert sein, daß lediglich eine Verbesserung der terms of trade der Grundstoffherzeuger verhindert hat, daß die Verminderung des Exportvolumens der halbindustrialisierten Länder zu einer entscheidenden Beeinträchtigung ihrer Importkapazität für Fertigwaren führte. In der Tat hat diese Kapazität von 1937/38 bis 1954/55 um etwa 30 vH zugenommen. Ein Zusammenwirken von höheren Exportvolumen und verbesserten terms of trade ermöglichte es den anderen, nichtindustrialisierten Nationen der Welt, im gleichen Zeitraum das Volumen der importierten Fertigwaren zu verdoppeln<sup>25</sup>.

Ein besonderer Grund für die relative Abnahme der lateinamerikanischen Exporte nach Europa war die Vergrößerung des Exportvolumens anderer wichtiger Erzeugergebiete. Wie bereits gezeigt, war dies zum Teil auf eine größere Produktionssteigerung auf anderen Kontinenten zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde außerdem durch Vorzugsabmachungen, besonders in den dreißiger Jahren, beschleunigt. Solche Maßnahmen waren häufig von einer Politik begleitet, die auf eine Vermehrung der Selbstversorgung in Nahrungsmitteln und gewissen Rohmaterialien hinzielte. Schließlich haben die Abhängigkeit des lateinamerikanischen Handels von Nordamerika während der beiden Weltkriege, die Wirkungen des sich ausdehnenden Netzes der direkten Investitionen der Vereinigten Staaten und die Notwendigkeit, den Import von in den Vereinigten Staaten erhältlichen Kapitalgütern und anderen Fertigwaren zu finanzieren, ein ständiges Ansteigen der Exporte nach Nordamerika erleichtert, von denen sonst ein Teil nach Europa hätte gelenkt werden können.

In den letzten Jahren ist jedoch eine merkliche Vermehrung der lateinamerikanischen Exporte nach Europa eingetreten, eine Entwicklung, die von großer Bedeutung sein kann, falls sie eine Abkehr von der oben erwähnten langfristigen geographischen Konzentration der lateinamerikanischen Ausfuhr bedeuten sollte. Von 1949/50 bis 1955/56 hat sich beispielsweise der Wert der Exporte der zwanzig lateinamerikanischen Republiken nach Europa in einem schnelleren Ausmaß (44 vH) gesteigert als diejenige der lateinamerikanischen Exporte nach den Vereinigten Staaten (35 vH)<sup>26</sup>.

Dieses Aufholen der lateinamerikanischen Ausfuhr nach Westeuropa spiegelt den wachsenden Bedarf dieses Gebiets an Grundstoffen wider. Wie früher gezeigt wurde, war dieser Bedarf im wesentlichen das Ergebnis der raschen wirtschaftlichen Expansion, insbesondere derjenigen der verarbeitenden Industrie (siehe wiederum Tabelle 3). Wie es für die wirtschaftliche Expansion industrialisierter Länder typisch ist, war diese Entwicklung durch ein Nachhinken der Importe im Verhältnis zum Brutto-



sozialprodukt gekennzeichnet. So überschritten die europäischen Importe aus Uebersee (ausgenommen den innerregionalen Handel) dem Volumen nach das Niveau von 1937/38 erst im Jahre 1954, während die Produktion in Westeuropa ihren ungefähren Vorkriegsstand bereits im Jahre 1949 wieder erreichte.

#### Langfristige Schätzungen der Grundstoff-Einfuhren: Mögliche Wirkungen der Errichtung der EWG

Die erwartete Expansion des Bruttosozialprodukts in Westeuropa wird sich im Umfang und in der Zusammensetzung der Grundstoffimporte aus den Gebieten der übrigen Welt widerspiegeln. Diese Ver-

änderungen sind kürzlich vom GATT in allgemeinen Zügen, die die voraussichtlichen Einfuhren Westeuropas und Nordamerikas in den wichtigsten Grundstoffen in Rechnung stellen, analysiert worden<sup>27</sup> (siehe Tabelle 6). Diese Schätzungen beziehen sich auf die Jahre 1973—75, einen Zeitpunkt, da die im Vertrag von Rom vorgesehene Uebergangsperiode (vorausgesetzt, daß sie 15 Jahre dauern wird) beendet sein wird. Sie basieren nicht auf Schätzungen der möglichen Auswirkungen der Errichtung der Gemeinschaft auf die Mitgliedstaaten insgesamt, sondern auf der Summe der verschiedenen nationalen Voraussagen.

Tabelle 6

Westeuropäische und nordamerikanische Netto-Einfuhren an Grundstoffen 1953—55 und Voraussagen für 1973—75  
Jahresdurchschnitt in Milliarden Dollar, f.o.b., zu Preisen von 1953—1955

Grundstoffgruppen	Westeuropa		Nordamerika		Zusammen	
	1953—1955	1973—1975	1953—1955	1973—1975	1953—1955	1973—1975
Nahrungsmittel						
Kaffee, Tee, Kakao	1,4	2,0	1,8	2,6	3,2	4,6
Früchte und Gemüse	0,7	1,2	0,1	0,2	0,8	1,4
andere Nahrungsmittel a	2,9	2,2 4,8	-1,3	-4,9 -1,9	1,6	-2,7 +2,9
Insgesamt	5,0	5,4 8,0	0,6	-2,1 +0,9	5,6	3,3 8,9
Rohmaterialien und Brennstoffe						
Brennstoffe	1,5	4,3	0,4	0,5	1,9	4,8
Erze und Metalle	1,0	2,2	0,65	0,8	1,65	3,0
Natürl. Textilfasern	2,1	1,7	-0,15	-0,15 -0,95	1,95	1,55 0,75
Gummi	0,35		0,35		0,7	0,75
andere Materialien	1,25	(1,9)	-0,1	(0)	1,15	1,9
Insgesamt	6,20	(10,6)	1,15	(1,40) (0,60)	7,35	12,0 11,2
Gesamtsumme	11,2	16,0 18,6	1,75	-1,5 +2,3	12,95	14,5 20,9

Quelle: GATT: „Internationale Trade, 1956“, a. a. O., Tabellen 8 und 10.

a) einschließlich Ölpflanzen, Öle, Fette und Tabak.

Anmerkung: Minuszeichen bedeutet Netto-Exporte.

Für Lateinamerika ist die Wahrscheinlichkeit von Interesse, daß Westeuropa, gegenwärtig der größte Nettoimporteur der Welt für Grundstoffe, auf lange Sicht in noch größerem Umfang importieren wird. Schon von 1953 bis 1955 machten Westeuropas Nettoimporte in Grundstoffen 86,4 vH vom gesamten Grundstoffhandel aus, verglichen mit 13,6 vH für Nordamerika. Wenngleich diese, auf dem Nettoimport basierenden Proportionen die Wichtigkeit Nordamerikas als Markt für Grundstoffe wegen seiner beachtlichen Ausfuhren nicht erkennen lassen, zeigen die Voraussagen für 1973 bis 1975, daß sich die Rolle Westeuropas wahrscheinlich verstärken wird. So ist im Hinblick auf die Erschließung ausreichender Devisenquellen ein hohes und steigendes Niveau wirtschaftlicher Tätigkeit in Westeuropa für die Grundstoffherzeugerländer insgesamt von Bedeutung.

Das Bild, das sich aus den Einfuhrschätzungen ergibt, ist notwendigerweise recht grober Natur. Der Unsicherheitsgrad bezüglich des angenommenen Niveaus der Importe schwankt von einer Warengruppe

zur anderen, da dies vielfach von der eigenen Produktion Westeuropas in den in Frage kommenden Grundstoffen oder in den entsprechenden Ersatzstoffen abhängt. Die weiteste Schwankung ist bei Nahrungsmitteln (mit Ausnahme tropischer Produkte) zu finden, hauptsächlich wegen des Grenzcharakters dieser Importe. Zum Beispiel betrugen von 1953 bis 1955 der jährliche Nettowert der Nahrungsmittelerzeugung in Westeuropa 25,2 Milliarden Dollar und die jährlichen Einfuhren an Nahrungsmitteln (ausgenommen Kaffee, Tee, Kakao, Früchte und Gemüse) 2 Milliarden Dollar. Man nimmt an, daß in zwanzig Jahren die heimische Nahrungsmittelerzeugung (bei gleichbleibenden Preisen) auf 36,1 bis 38,7 Milliarden Dollar geschätzt werden kann, so daß im Ergebnis die Importe (mit Ausnahme der soeben erwähnten Kategorien) innerhalb der weiten Spanne zwischen 2,2 und 4,8 Milliarden Dollar schwanken könnten. Außerdem wird das Niveau der Nahrungsmittelerzeugung in Europa sehr stark von der gegenwärtig nur in sehr allgemeinen Umrissen festgelegten Agrarpolitik abhängen, welche die EWG-Länder be-



folgen werden und für die politische und andere nichtwirtschaftliche Erwägungen wahrscheinlich eine Rolle spielen werden. Für den Fall, daß ein Devisenmangel die EWG-Länder zu Importeinschränkungen veranlaßt, darf angenommen werden, daß die erste von den Restriktionsmaßnahmen betroffene Gruppe der Grundstoffe die Nahrungsmittel der gemäßigten Zone sein werden.

Technische Neuerungen mögen bedeutende Veränderungen in der erwarteten Nachfrage nach bestimmten Gütern hervorrufen, die einer wachsenden Konkurrenz der Synthetica ausgesetzt sind — insbesondere bei natürlichen Textilfasern (hauptsächlich Baumwolle) und Gummi. Bei den Metallen mag Kupfer unter einer gewissen Zurückdrängung durch Aluminium leiden. Die Wirkung institutioneller und technologischer Faktoren auf Einfuhrvoraussagen wird auch durch die Errichtung von Euratom anschaulich gemacht, die das GATT kürzlich veranlaßt hat, seine Schätzungen über die zukünftige Produktion und die Einfuhr von konventionellen Brennstoffen zu revidieren. Für 1973 bis 1975 ist die letztere Voraussage von einem Jahresdurchschnitt von 4,3

Milliarden Dollar auf 3,4 Milliarden (zu f.o.b.-Preisen von 1953 bis 1955) reduziert worden<sup>28</sup>. Dies bedeutet allein eine Verminderung der Voraussagen für den westeuropäischen Nettoimport an Grundstoffen um ungefähr 6 vH.

Wie bereits früher festgestellt wurde, bedeutet eine Zunahme des Bruttosozialprodukts in Westeuropa zwischen 1953—1955 und 1973—1975 um insgesamt 80 vH ein Ansteigen um 90 vH für die EWG-Länder. Die mögliche Wirkung einer solchen Ausdehnung der Grundstoffimporte der sechs Mitgliedstaaten wird in der zweiten Spalte der Tabelle 7 gesondert dargestellt. Außerdem kann die Errichtung des Gemeinsamen Marktes einen zusätzlichen Auftrieb für das wirtschaftliche Wachstum der sechs Länder bieten. Das eventuell erreichbare Ziel, nämlich eine Vermehrung des gesamten Bruttosozialprodukts der EWG-Länder, verglichen mit dem Stand von 1953 bis 1955, um 120 oder 150 vH würde sich in Grundstoffimporten der EWG drastisch niederschlagen. Dieses angenommene Niveau wird in seiner Größenordnung in den beiden letzten Spalten der Tabelle 7 dargestellt.

Tabelle 7

*Erwartete Nettoimporte Westeuropas in Grundstoffen im Jahresdurchschnitt 1973—75  
(in Milliarden Dollar, f. o. b.)*

	Westeuropa außer Gemeinsamer Markt	Gemeinsamer Markt, in folgenden 190	angenommenes Prozentsätzen 220	Bruttosozialprodukt des Niveaus von 1953—55 250
<i>Brennstoffe</i> . . . . .	2,2	0,5	1,15	1,85
Erze und Metalle . . . . .	0,9	1,25	1,5	1,8
Natürliche Textilfasern . . . . .	0,5	1,25	1,45	1,65
Naturgummi . . . . .	(0,2)	(0,3)	(0,4)	(0,5)
Holz und Zellulose . . . . .	—0,1	1,0	1,2	1,45
andere Materialien . . . . .	(0,45)	(0,55)	(0,65)	(0,8)
<i>Rohmaterialien insgesamt</i> . . . . .	1,95	4,35	5,2	6,2
Kaffee, Tee, Kakao . . . . .	1,0	1,0	1,1	1,2
Früchte und Gemüse . . . . .	} 3,4	A 0,0	0,0	0,0
		B 1,4	1,4	1,4
andere Nahrungsmittel . . . . .		C 2,8	2,8	2,8
<i>Nahrungsmittel insgesamt</i> . . . . .	4,4	1,0 3,8	1,1 3,9	1,2 4,0
<i>Grundstoffe insgesamt</i> . . . . .	8,55	5,85 8,05	7,45 10,25	9,25 12,05

Quelle: GATT: *Trade Intelligence Paper* Nr. 6, a. a. O., Tabelle 11.

Anmerkung: Die Quellen und Methoden, die zu den Schätzungen für 1973—75 geführt haben, sind die gleichen wie in „International Trade, 1956“, mit Ausnahme der Brennstoffimporte, bei denen die Zahlen neuen, in „Ziele und Aufgaben für Euratom“ veröffentlichten Schätzungen entnommen sind. Die drei Angaben von Netto-Importzahlen für Nahrungsmittel außer Kaffee, Tee und Kakao und die anschließenden Gesamtzahlen für Nahrungsmittel und alle Grundstoffe sind nur Vermutungen. Sie geben drei verschiedene Netto-Importvolumen — jeweils für die drei angegebenen Werte des Bruttosozialprodukts — wie folgt an: A = keine Netto-Importe; B = Netto-Importe im gleichen Umfang wie 1953—55; C = Netto-Importe doppelt so groß wie 1953—55.

Es sei noch vermerkt, daß verschiedene Höhen des Bruttosozialprodukts zu Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktivität der EWG-Länder führen, was wiederum die Grundstoff-Einfuhr etwas anders beeinflussen mag, als in der obigen Tafel angegeben.

Der freie Zugang, den die Exporte der assoziierten Gebiete der EWG in die sechs Mitgliedstaaten genießen werden, gibt Anlaß zu der Sorge, daß diese Vorzugsbehandlung den Anteil vermindern wird, den andere wichtige Produzentenländer auf diesem wichtigen und sich ausdehnenden Markt erhalten werden. In dieser Hinsicht sollten die Schlußfolge-

rungen des GATT über die allgemeinen Wirkungen der Liberalisierung des innereuropäischen Handels, die in den letzten Jahren auf Anregung der OEEC erarbeitet wurden, als nützlicher Hinweis dienen<sup>29</sup>.

Die auf statistischen Unterlagen basierende Schlußfolgerung ist, daß es zwischen 1951 und 1955, als der größte Teil des Liberalisierungsprogramms durch-



geführt wurde, mit zwei Ausnahmen keine wesentliche Umorientierung der Einfuhren von außereuropäischen Quellen gegeben hat<sup>30</sup>. Obwohl das Liberalisierungsprogramm der OEEC in gewissen Kreisen für „diskriminierend“ gehalten wird, gibt es keinen Beweis, daß es während des fraglichen Zeitraums zu einer bedeutenden Umorientierung der Einfuhren zugunsten der OEEC-Länder geführt hat. Die Tatsache, daß die beiden wichtigen Kategorien, in denen eine Umorientierung zugunsten von OEEC-Ländern stattfand, gleichzeitig zu den wenigen Kategorien gehörten, in denen die OEEC-Importe zurückgegangen sind, führt das GATT zu dem vorläufigen Schluß, daß „diskriminierende (oder bevorzugende) Absprachen eher zu einer Umorientierung des Handels führen, wenn der Gesamtwert des Handels abnimmt, als wenn er zunimmt“. Solange die Voraussage ständigen wirtschaftlichen Wachstums und zunehmender Grundstoffimporte Westeuropas in Erfüllung geht, braucht die relative Position der lateinamerikanischen Exporte in dieses Gebiet nicht ernsthaft gefährdet zu sein, selbst in jenen Grundstoffarten, in welchen den afrikanischen Lieferanten eine Vorzugsbehandlung gewährt wird. Unter solchen Umständen müßte der Hauptgrund für irgendein Absinken des Anteils Lateinamerikas am EWG-Markt, wenn überhaupt, in einem langsameren Anwachsen seines exportierbaren Ueberschusses, verglichen mit dem Afrikas, gesucht werden.

Schließlich soll erwähnt werden, daß eine Umorientierung der afrikanischen Exporte eine Lücke auf den außereuropäischen Märkten, besonders in den Vereinigten Staaten, aufreißen kann, die durch Exporte aus Lateinamerika oder aus anderen konkurrierenden Gebieten ausgefüllt werden könnte. So brauchen Umorientierungen des Handels an sich nicht die gesamten Ausfuhren Lateinamerikas zu beeinflussen. Die Produzenten in diesem Gebiet würden nur dann von einer Ausdehnung des afrikanischen Exportvolumens infolge einer Umorientierung des Handels nach Europa betroffen werden, wenn dem keine vermehrte Importnachfrage gegenüberstände.

Im Lichte der in den Importvoraussagen dargestellten möglichen Tendenzen und unter Außerachtlassung der Wirkungen, die die EWG haben mag, kann man divergierende Aussichten hinsichtlich des Exportvolumens der einzelnen lateinamerikanischen Länder in den nächsten fünfzehn Jahren feststellen. Als Exporteur von Erdöl und Eisenerz hat Venezuela wahrscheinlich die günstigste Aussicht. Danach kommen Länder, die, wie Chile, Mexiko und Peru, bedeutende Exporteure von Mineralien sind. Die Zukunftsaussichten für peruanische und besonders mexikanische Baumwollexporte werden jedoch wesentlich von der zukünftigen Exportpolitik der Vereinigten Staaten abhängen. Die dritte Gruppe besteht aus Ländern, in denen Exporte von Kaffee und/oder Bananen eine vorherrschende Rolle spielen, nämlich Brasilien, Ko-

lumbien und Mittelamerika. Die Aussichten der Zucker exportierenden karibischen Republiken werden offensichtlich mehr als zuvor vom Markt der Vereinigten Staaten abhängen. Die am wenigsten günstige Zukunft erwartet, relativ gesehen, die Länder mit landwirtschaftlichen Exportgütern der gemäßigten Zone (Argentinien und Uruguay).

Die Exportschätzungen der verschiedenen Kategorien der Grundstoffe bieten, umfangmäßig gesehen, nur grobe und häufig unzuverlässige Hinweise auf den zukünftigen Verlauf der Exporteinnahmen bestimmter Länder. Die letzteren werden besonders durch den Umfang ihrer Exportüberschüsse und deren Produktionspreise bestimmt. Für die langfristigen Voraussagen lassen sich keine realistischen Schätzungen anstellen. Nichtsdestoweniger lassen sich einige Tendenzen hinsichtlich der *terms of trade* beobachten, die unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten Rohstoffproduzenten von besonderer Bedeutung sind. Die allgemeine Tendenz war seit der Vorkriegszeit für die Länder dieser Gruppe günstig, und die Errichtung der EWG sollte von ihrem Standpunkt aus zwei Gründen ein förderndes Element darstellen: Erstens könnte das für die EWG-Länder angenommene höhere Niveau industrieller Produktion sich auf den Grundstoffhandel insgesamt günstig auswirken. Zweitens könnte Westeuropas hoher Importbedarf und sein technischer Fortschritt, der innerhalb der Gemeinschaft beschleunigt werden mag, einen schärferen Wettbewerb unter den Exporteuren von Fertigwaren bewirken und damit zu einem Druck auf deren Preise führen<sup>31</sup>.

Auf der anderen Seite wird die EWG zur Spezialisierung der Produktion nicht nur unter den Mitgliedsländern, sondern auch darüber hinaus beitragen. So werden es die halbindustrialisierten Länder der Welt, einschließlich der lateinamerikanischen, schwerer haben, auf dritten Märkten mit den Erzeugnissen der industrialisierten Länder zu konkurrieren. Unter solchen Umständen wird der Fertigwarenhandel zwischen den lateinamerikanischen Ländern stärker als bisher gegen ausländische Konkurrenten geschützt werden müssen. Deshalb werden die Endverbraucher der innerhalb der Region gehandelten Fertigwaren wahrscheinlich empfinden, daß ihr Beitrag zur Industrialisierung ihrer Region zu einer im Verhältnis schwereren Bürde geworden ist.

Langfristige Voraussagen für Grundstoffimporte aus spezifischen Liefergebieten können nicht gemacht werden. In einem besonderen Abschnitt der Studie<sup>32</sup> werden jedoch sechs Grundstoffe — Kaffee, Kakao, Bananen, Baumwolle, Zucker und Kupfer —, die sowohl in Lateinamerika als auch in den französischen und belgischen Gebieten in Afrika hergestellt werden, vornehmlich vom Standpunkt ihrer zukünftigen Wettbewerbsstellung auf dem Gemeinsamen Markt untersucht. Diese sechs Grundstoffe umfassen alle wichtigen tropischen Exportgüter Lateinamerikas und



eines seiner wichtigen Mineralien. Zusammen machten sie in der Zeit von 1952 bis 1956 55 vH der lateinamerikanischen Grundstoffausfuhren aus. Der Rest setzte sich hauptsächlich aus Erdöl (27 vH) und Erzeugnissen der gemäßigten Zone (14 vH) zusammen.

Auf der Grundlage von Teilinformationen kann geschätzt werden, daß die lateinamerikanischen Exporte dieser sechs Grundstoffe nach allen Gebieten zwischen 1952 und 1956 jährlich ungefähr 3,6 Milliarden Dollar zu Marktpreisen betrugen. Nahezu 75 vH davon wurden an die Vereinigten Staaten und die EWG-Länder verkauft. Jedoch gingen im Gegensatz zu dem großen Anteil (annähernd 56 vH), der von den Vereinigten Staaten aufgenommen wurde, weniger als 18 vH in die Mitgliedsländer der EWG. Der Rest von 26 vH wurde hauptsächlich vom Vereinigten Königreich, Kanada, Japan und dem innerlateinamerikanischen Handel aufgenommen.

Die 18 vH des lateinamerikanischen Exports, die von den EWG-Ländern aufgenommen wurden, stellten während der fünf Jahre von 1952 bis 1956 einen jährlichen Durchschnittswert von 630 Millionen Dollar dar. Die beiden wichtigsten Grundstoffe, die von diesem Handel erfaßt wurden, waren Kaffee und Baumwolle, die allein 70 vH der lateinamerikanischen Exporte der sechs Grundstoffe nach den EWG-Ländern ausmachten.

Betrachtet man den gleichen Handel von der Seite der EWG-Importeure aus, so zeigt Tabelle 8, daß Lateinamerika ein sehr wichtiges Ursprungsgebiet für die hier besprochenen Grundstoffe ist. So kamen 28 vH aller EWG-Importe dieser sechs Grundstoffe aus Lateinamerika, verglichen mit nur 20 vH aus den assoziierten Gebieten der EWG in Afrika und 14 vH aus allen übrigen afrikanischen Gebieten.

Tabelle 8

*Einfuhren der EWG-Länder an Grundstoffen aus den hauptsächlichsten geographischen Regionen 1952—1956  
(Jahresdurchschnitte in Millionen Dollar und in Prozentsätzen)*

Grundstoffe	Aus Lateinamerika			Aus Afrika				aus anderen Regionen	
	Gesamt-wert d. Einfuhr	Wert	vH der Gesamteinfuhr	Insgesamt Wert	vH der Gesamteinfuhr	asso. Gebiete der EWG Wert	vH der Gesamteinfuhr	Wert	vH der Gesamteinfuhr
Kaffee	513,3	229,0	58,3	172,5	33,6	126,2	24,6	41,8	8,1
Zucker	123,3	52,6	42,7	22,3	18,1	0,2	0,1	48,4	39,3
Baumwolle	797,1	152,7	19,2	194,0	24,3	53,2	6,7	450,4	56,3
Kupfer	539,8	63,7	11,8	205,1	38,0	156,7	29,0	271,0	50,2
Bananen	105,1	33,6	32,0	39,4	37,5	37,5	35,7	32,1	30,5
Kakao	174,0	27,6	15,9	137,1	78,8	74,1	42,6	9,3	5,3
Insgesamt:	2252,6	629,2	27,9	770,4	34,2	447,9	19,9	853,0	37,9

Quelle: ECLA (Wirtschaftskommission für Lateinamerika), auf der Grundlage nationaler Statistiken.

Uebrigens ist die Bedeutung Lateinamerikas als Ursprungsgebiet für Lieferungen in die EWG-Länder je nach Grundstoff verschieden. Gegenwärtig liefert Lateinamerika 10 bis 20 vH der gesamten EWG-Importe an Baumwolle, Kakao und Kupfer und 30 bis 60 vH an Kaffee, Zucker und Bananen. Es ist außerdem von Interesse zu vermerken, daß der Anteil

Lateinamerikas an den gesamten Kaffee-, Zucker- und Baumwollimporten der EWG gegenwärtig den Anteil der assoziierten Gebiete der EWG in Afrika übertrifft.

Lateinamerika ist also als Lieferant der sechs Grundstoffe für die EWG-Länder relativ wichtiger als die EWG-Länder als Abnehmer für Lateinamerika.

### Agrarpolitik und Entwicklung der Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt (Zusammenfassung)

Eingangs des Schlußkapitels ihrer Studie stellt die ECLA fest, daß nicht nur die Produkte der tropischen Zone von einer Umorientierung des europäischen Handels — wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt — betroffen werden könnten. Noch stärker als auf den Handel mit tropischen Produkten werde sich die Errichtung der EWG auf den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten der gemäßigten Zone auswirken. Dafür werden zwei Faktoren verantwortlich gemacht:

- 1) die straffe Organisation des Agrarmarktes in der EWG;
- 2) die agrartechnische Revolution in Westeuropa.

Unter Hinweis auf die Landwirtschaftskonferenz der EWG in Stresa<sup>33</sup> und unter Anführung der einschlägigen Bestimmungen des EWG-Vertrags kommt die ECLA zu

dem Schluß, daß der Gemeinsame Markt auf dem Agrargebiet „als ein hochorganisierter und straff kontrollierter Markt gedacht ist und nicht als ein freier Markt im herkömmlichen Sinne“. Auf Grund der Größe und Bedeutung des EWG-Gebiets werde die in Artikel 38 bis 47 des EWG-Vertrags vorgesehene Marktorganisation in der Lage sein, einen machtvollen Einfluß auf den Handel mit den Agrarprodukten exportierenden Ländern auszuüben.

Die agrartechnische Revolution in Westeuropa — so fährt die Studie fort — habe sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in einem in Europa bis dahin unbekannten Ausmaß vollzogen. Der Gebrauch von Kunstdünger habe in den OEEC-Ländern um 71 vH gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen. Die fortschreitende Mechanisie-



— 800 vH mehr Traktoren in den EWG-Ländern und Großbritannien als in der Vorkriegszeit — habe zu einer bedeutenden Reduzierung der Zugviehbestände geführt und so Arbeitskräfte und Futtermittel für die Aufzucht von Milch- und Schlachtvieh freigemacht. Die ständig steigende Nachfrage der Landwirtschaft nach Traktoren und Treibstoffen habe die Interdependenz zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftszweigen verstärkt.

Einem amerikanischen Bericht über die landwirtschaftliche Expansion in Westeuropa<sup>34</sup> entnimmt die Studie der ECLA folgende weiteren Daten: Die Zunahme der Bevölkerung und des pro-Kopf-Einkommens habe eine Erhöhung der Agrarproduktion angeregt. Die industrielle Expansion habe zu einer Abwanderung von Arbeitskräften in die Städte geführt; gleichzeitig habe die Verteuerung der Arbeitskräfte die Landwirtschaft zu Rationalisierungsmaßnahmen gezwungen. Die Agrarproduktion Westeuropas sei 1955–56 um 25 vH größer gewesen als vor dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig seien die Hektarerträge beträchtlich gestiegen. Diese Steigerung der Produktivität sei vor allem verbesserten Methoden der Pflanz- und Viehzucht, intensiverer Verwendung von Kunstdünger, sorgfältigerer Auswahl des Saatguts sowie verbesserter Seuchenkontrolle und Schädlingsbekämpfung zu verdanken. Diese Entwicklung sei noch keineswegs abgeschlossen.

Die Studie erwähnt die Möglichkeit, daß die Steigerung der Produktivität ihre Grenze in der Aufnahmefähigkeit des Marktes finden werde. Schon jetzt werde der Markt so weit von eigener Produktion versorgt, daß die Importe von Getreide und Oelkuchen beträchtlich nachgelassen hätten. Die Annahme, daß Westeuropa schon bald seinen Bedarf an Agrarprodukten der gemäßigten Zone völlig aus eigener Produktion decken werde, bezeichnet die ECLA jedoch als „reichlich optimistisch“. Es gebe noch viele Familien in Europa, die weit mehr Agrarprodukte verbrauchen könnten, sobald ihre Kaufkraft sich erhöhe. Außerdem seien die europäischen Länder an der Aufrechterhaltung ihrer Agrarimporte interessiert, um

sich damit Märkte für die Ausfuhr ihrer Fertigwaren offenzuhalten.

Die ECLA faßt die Ergebnisse ihrer Untersuchung folgendermaßen zusammen:

„Der oben erwähnte technologische Fortschritt der europäischen Landwirtschaft vollzog sich vor der Errichtung der EWG. Der Abbau der Handelsschranken läßt nun erwarten, daß die Ausschöpfung der landwirtschaftlichen Hilfsquellen mindestens in dreifacher Hinsicht intensiviert wird: Erstens wird der vergrößerte Markt den Landwirten neue Möglichkeiten eröffnen, ihre Produktion zu spezialisieren; dies wird einen weiteren Anreiz zur Rationalisierung bieten. Zweitens wird die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Behörden und ihre engere Zusammenarbeit sicherlich Forschung und Expansion fördern und dadurch die Notwendigkeit der Anpassung an die moderne Technologie vergrößern. Drittens wird die stark zentralisierte landwirtschaftliche Marktorganisation, wie sie der Vertrag von Rom vorsieht, einen machtvollen Faktor für die Neugestaltung des landwirtschaftlichen Außenhandels dieser Region darstellen.“

Man wird folglich damit rechnen müssen, daß der Handel in Erzeugnissen der gemäßigten Zone, wie Getreide, Oelkuchen, Tabak, Fleisch, Molkereiprodukte und Obst, weiter zurückgehen wird und daß europäische Erzeugnisse stärker als bisher mit Importwaren konkurrieren werden. Der bemerkenswerte Anstieg der europäischen Zuckerproduktion hat bereits den Markt für dieses Produkt wesentlich eingeengt. Das Anwachsen der europäischen Bevölkerung und das Ansteigen ihrer Kaufkraft versprechen andererseits einen guten Markt für Kaffee und Kakao. Ob der Großteil dieser Produkte aus Lateinamerika importiert werden wird, hängt davon ab, in welchem Ausmaß die Entwicklung in Afrika vorangetrieben wird und wie eng dessen Zukunft mit derjenigen Europas verbunden wird.“

Dieser Bericht wurde von der Schriftleitung des Europa-Archivs übersetzt bzw. zusammengefaßt. Quelle: *Economic Bulletin for Latin America*, Vol. III, Nr. 1, März 1958.

## Anmerkungen

<sup>1</sup>) Vgl. Gerhard Schöffler, „Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ in Europa-Archiv 11—12/1957, S. 9871 bis 9878, sowie den Wortlaut der amtlichen Kurzfassung des Vertrages und anderer einschlägiger Dokumente in Europa-Archiv 11—12/1957, S. 9897—9923.

<sup>2</sup>) Vgl. Mario Levi, „Der Außenhandel der sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ in Europa-Archiv 15/1957, S. 10 059—10 064.

<sup>3</sup>) „Note by the secretariat on the possible repercussions of the European Common Market on Latin American exports“ (E/CN. 12/449 und Add. 1).

<sup>4</sup>) Eine umfassende Behandlung der damit zusammenhängenden Fragen, hauptsächlich vom Standpunkt des Vereinigten Königreichs, findet sich in: „Britain and Europe“ (The Economist Intelligence Unit, Ltd.), London, Dezember 1957.

<sup>5</sup>) GATT schätzt, daß nach optimistischen Annahmen über die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes der Rohstoffverbrauch um 50 vH höher liegen wird.

<sup>6</sup>) Vgl. G. J. Balkenstein, „Der Gemeinsame Markt und die Landwirtschaft“ in Europa-Archiv 9/1957, S. 9807—9813, sowie den Bericht von N. Kohlhaase auf S. 11 130 dieser Folge und das Kommuniqué über die Landwirtschaftskonferenz der EWG in Stresa auf S. 11 131 dieser Folge.

<sup>7</sup>) Tropischer Rohrzucker bildet eine Ausnahme, nicht nur wegen der eigenen Rübenzucker-Erzeugung Europas, sondern auch, weil die assoziierten Gebiete in Afrika im ganzen Netto-Importeure von Zucker sind.

<sup>8</sup>) Wie sich die Zollsätze letztlich auf den Verbrauch auswirken, hängt jedoch von internen Steuern oder Subventionen ab, die durch den Vertrag von Rom nicht im einzelnen geregelt sind.

<sup>9</sup>) Auf solche Erzeugnisse bezieht sich der hier nicht wieder-gegebene Abschnitt IV (Selected Primary Commodities) der Studie.

<sup>10</sup>) In dieser Studie bedeutet der Ausdruck „Westeuropa“, soweit nichts anderes angegeben ist, die Mitgliedstaaten (ohne überseeische Gebiete) des Europäischen Wirtschaftsraums (OEEC), nämlich Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz, die Türkei und das Vereinigte Königreich.

<sup>11</sup>) Vereinigte Staaten und Kanada.

<sup>12</sup>) Achter Bericht der OEEC: „Europa heute und 1960“; deutsch: Bonn 1957; Band 2, S. 166.

<sup>13</sup>) Durchschnittszahlen für die einzelnen Regionen aus: *Statistical Tables on Economic Growth* (wie Anmerkung zu Tabelle 2).



<sup>14)</sup> Von 1953 bis 1955 betrug der jährliche Durchschnittswert der Nettoimporte Westeuropas an Grundstoffen aus nicht-industrialisierten Gebieten 3,98 Milliarden Dollar für Nahrungsmittel, 4 Milliarden für Rohmaterialien und 1,33 Milliarden für Brennstoffe (siehe GATT: „International Trade, 1956“; Genf 1957; Tabelle 6).

<sup>15)</sup> Die erwähnten Voraussagen umfassen den sogenannten „Paley Report“, der sich mit der Wirtschaft der Vereinigten Staaten befaßt („Resources for Freedom, A Report to the President by the President's Materials Policy Commission“, Juni 1952); den sogenannten „Gordon Report“ („Preliminary Report, Royal Commission on Canada's Economic Prospects, Dezember 1956); zwei OEEC-Studien, die sich mit den Aussichten Europas befassen (Europe's Growing Needs of Energy — How Can They Be Met?, Mai 1956, und „Europa heute und 1960“, a. a. O.), sowie eine Studie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Memorandum über die Bestimmung der allgemeinen Ziele der Gemeinschaft“ in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*, 6. Jahrg., Nr. 16, 20. Mai 1957). Diese Voraussagen sind nochmals vom GATT in einer Analyse der langfristigen Marktaussichten für Grundstoffe in Westeuropa und Nordamerika überprüft und verglichen worden und finden sich in dessen Jahresbericht „International Trade, 1956“ (Juni 1956), der hier benutzt worden ist. Die Importvoraussagen wurden anschließend durch das GATT in *Trade Intelligence Paper Nr. 6* (Dezember 1957) revidiert, das zwischen den Ländern des gemeinsamen Marktes und dem übrigen Europa unterscheidet.

<sup>16)</sup> Achter Bericht der OEEC, a. a. O., Band 2, Tafel 6, und die technische Anmerkung im statistischen Anhang, S. 181.

<sup>17)</sup> Ebenda, S. 167.

<sup>18)</sup> GATT: *Trade Intelligence Paper Nr. 6*, a. a. O., S. 33 ff.

<sup>19)</sup> Siehe die gemeinsame Publikation der ECLA, der ECE und der FAO „A Study of Trade Between Latin America and Europe“, Sales No. 1952, II, Genf 1953, Tabellen 3 und 4, S. 2. Vergleichbare Bände über den lateinamerikanisch-europäischen Handel sind seit 1951 nicht wieder erschienen.

<sup>20)</sup> Siehe insbesondere „A Study of Trade Between Latin America and Europe“, a. a. O., und die von der ECLA und der ECE herausgegebenen *Economic Surveys*.

<sup>21)</sup> GATT: „International Trade, 1956“, a. a. O., Tabelle 2. In Westeuropa stiegen die Grundstoff-Einfuhren von 22,1 Milliarden Dollar im Jahre 1951 auf 25 Milliarden Dollar im Jahre 1956. Ihr Anteil am gesamten Import fiel jedoch von 66 vH auf 59 vH (OEEC: *Foreign Trade by Areas*, series I, selected issues).

<sup>22)</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>23)</sup> GATT zählte in seiner Untersuchung des Problems zu den „halbindustrialisierten“ Ländern: Argentinien, Brasilien, Mexiko, Australien, Indien, die Südafrikanische Union, Finnland und Jugoslawien, die ungefähr 80 vH der industriellen

Produktion außerhalb der eigentlichen Industrieländer erbringen. Vgl. „International Trade, 1956“, a. a. O., S. 11. Osteuropa, die Sowjetunion und die Volksrepublik China sind nicht einbegriffen.

<sup>24)</sup> Ebenda, Tabelle 4.

<sup>25)</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>26)</sup> Gemäß den Angaben der Mitgliedstaaten betrugen die Importe der OEEC (in c.i.f.-Preisen) aus Lateinamerika 1,8 Milliarden Dollar jährlich in den Jahren 1949/50 und 2,6 Milliarden Dollar in den Jahren 1955/56. Die Einfuhren der Vereinigten Staaten (in f.o.b.-Preisen) aus Lateinamerika stiegen von 2,6 Milliarden Dollar auf 3,5 Milliarden Dollar jährlich während des gleichen Zeitraums.

<sup>27)</sup> Vgl. „International Trade, 1956“, a. a. O.: „Long-Term Market Prospects for Primary Products in Western Europe and North America“, S. 17 ff. und Anhang S. 68 ff. Die Analyse beruht zum Teil auf den Annahmen, die in den in Anmerkung 15 angeführten Reports enthalten sind (Paley Report, Gordon Report, OEEC- und EGKS-Berichte).

<sup>28)</sup> Vgl. „Ziele und Aufgaben für Euratom“, Bericht von Louis Armand, Franz Etzel und Francesco Giordani im Auftrage der Regierungen Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande, Mai 1957. Die Schlußfolgerungen dieses Berichts sind vom GATT in sein *Trade Intelligence Paper Nr. 6*, a. a. O., aufgenommen worden.

<sup>29)</sup> Vgl. „International Trade, 1956“, a. a. O.: „The Development of Intra-European Trade in Recent Years“, S. 35 ff.

<sup>30)</sup> In diesem Zusammenhang bedeutet Umorientierung eine Veränderung im prozentualen Anteil europäischer Ursprungsgebiete in einer gegebenen Grundstoffkategorie, verglichen mit nichteuropäischen Ursprungsgebieten. Die beiden hauptsächlichsten Ausnahmen waren Getreide und Textilfasern. Die Abnahme der Getreideimporte von außerhalb der OEEC von 2,04 Milliarden Dollar auf 1,58 Milliarden Dollar, d. h. von 93 vH auf 86 vH der gesamten Getreideimporte, war hauptsächlich durch vermehrte Weizenexporte Frankreichs verursacht. Die Abnahme der Importe von Textilfasern von 3,62 Milliarden Dollar auf 2,49 Milliarden Dollar, d. h. von 86 vH auf 83 vH der gesamten Faserimporte, war vor allem durch synthetische Fasern hervorgerufen, die unter den OEEC-Ländern gehandelt wurden.

<sup>31)</sup> Dies schließt aber beispielsweise nicht die Möglichkeit eines relativen Preisanstiegs für Kapitalgüter im Falle einer Investitions-Hochkonjunktur aus.

<sup>32)</sup> Hier nicht wiedergegeben.

<sup>33)</sup> Vgl. den Wortlaut der Entschließung der Landwirtschaftskonferenz von Stresa auf S. 11 131 dieser Folge.

<sup>34)</sup> *Foreign Agricultural Report No. 102*, „Technology and Agricultural Expansion in West Europe“, Foreign Agricultural Service, United States Department of Agriculture, August 1957.



## Der Notenwechsel zur deutschen Frage im September 1958

### Redaktionelle Vorbemerkung

Am 2. Juli 1958 faßte der Deutsche Bundestag einstimmig eine Entschließung, in der die Bundesregierung beauftragt wurde, sich bei den Vier Mchten dafür einzusetzen, daß ein Viermächte-Gremium mit dem Auftrag gebildet wird, gemeinsame Vorschläge für die Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten.

Bevor die Bundesregierung diesen Auftrag des Bundestages ausführte, trat die Regierung der DDR am 4. September mit einer Erklärung an die Oeffentlichkeit, in der sie sich auf den Standpunkt stellte, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands sei<sup>1</sup>. Demgemäß schlug die Regierung der DDR vor:

1. die Bildung einer Kommission der Vier Mächte,
2. die Bildung einer Kommission aus Vertretern der beiden deutschen Staaten.

Diese beiden Kommissionen sollten auf alliierter bzw. auf deutscher Seite Grundlagen eines Friedensvertrages ausarbeiten, über den dann zwischen den Vier Mchten und deutschen Vertretern zu verhandeln wäre. (Vgl. den Wortlaut der Erklärung unten.)

Am 5. September richtete die Regierung der DDR entsprechende Noten an die Regierungen der Vier Mächte sowie an die Bundesregierung (vgl. den Wortlaut auf S. 11 124). Nur die Sowjetunion hat diese Note beantwortet (s. unten). Seitens der Westmächte erklärte das amerikanische Außenministerium am 7. September, daß auf die Note keine Antwort erfolgen werde. Die Bundesregierung hat die Note nicht zur Kenntnis genommen.

Am 9. September stellte die Bundesregierung dann den diplomatischen Vertretungen der Vier Mächte in Bonn ein Aide-mémoire zu, in dem sie um die Bildung des vom Deutschen Bundestag vorgeschlagenen Viermächte-Gremiums ersuchte. (Vgl. den Wortlaut auf S. 11 125).

Die Sowjetregierung antwortete auf die Aktionen der beiden deutschen Regierungen am 18. September mit folgenden Schritten:

1. Note an die DDR (Wortlaut auf S. 11 125),
2. Note an die Bundesrepublik (Wortlaut auf S. 11 126),
3. gleichlautende Noten an die drei Westmächte.

In allen diesen Noten machte sich die Sowjetregierung

den Standpunkt der Regierung der DDR völlig zu eigen und erklärte ihre Bereitschaft, an der von der DDR vorgeschlagenen Viermächte-Kommission teilzunehmen. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß von der deutschen Frage nur die Ausarbeitung des Friedensvertrages in die Zuständigkeit der Vier Mächte falle, während die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands Sache der beiden deutschen Staaten sei. In der Note an die Bundesregierung wurde der Vorschlag des Deutschen Bundestages scharf zurückgewiesen und jeder Versuch der Bundesregierung, die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands „auf die vier Mächte zu verlagern“, als aussichtslos bezeichnet.

Die drei Westmächte haben am 30. September sowohl das Aide-mémoire der Bundesregierung als auch die Note der Sowjetregierung beantwortet. In gleichlautenden Noten an die Bundesregierung (vgl. deren Wortlaut auf S. 11 127) erklärten sie sich mit der Bildung eines Viermächte-Gremiums zur Vorbereitung gemeinsamer Vorschläge für die Lösung des deutschen Problems einverstanden.

Ihre Noten an die Sowjetunion (vgl. deren Wortlaut auf S. 11 128) benutzten die Westmächte, um ihren Standpunkt, daß die Bildung einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung vor dem Abschluß eines Friedensvertrages stehen müsse, noch einmal eindeutig zu bekräftigen. Sie wiesen ferner darauf hin, daß sie nicht bereit seien, die Sowjetunion aus ihrer auf der Genfer Konferenz des Jahres 1955 bestätigten Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands zu entlassen. Gleichzeitig forderten sie die Sowjetunion auf, endlich ihre Noten vom 28. und 31. Mai sowie vom 1. Juli und 22. August zur Frage einer künftigen „Gipfel“-Konferenz zu beantworten<sup>2</sup>.

Der Deutsche Bundestag hat in einer am 1. Oktober in Berlin gefaßten Entschließung sowohl an der Verpflichtung der Vier Mächte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als auch an der Forderung nach freien Wahlen und an seinen Vorschlägen vom 2. Juli festgehalten. (Wortlaut: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 183 vom 3. Okt.)

### Erklärung der Regierung der DDR vom 4. September 1958

Der Kampf um die Erhaltung des Friedens macht es notwendig, immer neue Anstrengungen zu unternehmen, um der Gefahr eines dritten Weltkrieges entgegenzuwirken. Die friedliebenden Frauen und Männer beider deutschen Staaten, die um die Wiederherstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes ringen und einen einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staat schaffen wollen, sind in besonders starkem Maße daran interessiert, daß der Ausbruch eines neuen furchtbaren Weltbrandes verhindert wird. Die Sicherung des Friedens ist die wichtigste Voraussetzung für die friedliche Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Es wird

keinen Schritt vorwärts in dieser Richtung geben, wenn es den friedliebenden Kräften nicht gelingt, sowohl in Deutschland als auch international den imperialistischen Kriegstreibern Einhalt zu gebieten und eine tiefgreifende Minderung der Spannungen durchzusetzen.

Das deutsche Volk, das die schrecklichen Auswirkungen zweier Weltkriege am eigenen Leibe verspürte, wünscht nichts sehnlicher als einen dauerhaften und gefestigten Frieden, der ihm die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit ermöglicht.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und bleibt der Friedenswille des deutschen Volkes oberstes Gesetz ihres Handelns. Sie unternahm

<sup>1</sup> Der Vorschlag, die Frage des deutschen Friedensvertrages getrennt von der Frage der Wiedervereinigung und zeitlich vor dieser zu behandeln, war vorher schon von der Sowjetunion gemacht worden: erstmals in einem Memorandum an die Vereinigten Staaten vom 28. Februar 1958 (vgl. *Europa-Archiv* 7/1958, S. 10 651). Er kehrte in weiteren sowjetischen

Dokumenten zur Frage der Einberufung einer „Gipfel“-Konferenz häufig wieder (vgl. u. a. Punkt 7 des sowjetischen Memorandums vom 5. Mai, *Europa-Archiv* 14/1958, S. 10 940 ff).

<sup>2</sup> Vgl. den Wortlaut dieser Dokumente in *Europa-Archiv* 14/1958, S. 10 945–10 948 und 10 954, sowie 18/1958, S. 11 068.



viele Schritte, um den Frieden in Deutschland zu sichern und das Entstehen eines neuen Kriegsherd auf deutschem Boden zu verhindern. Die aggressiven Kreise in Westdeutschland und in den Vereinigten Staaten sollten sich jedoch nicht im Zweifel darüber sein, daß so wie in der Vergangenheit auch in Zukunft alle Absichten, den Arbeiter-und-Bauern-Staat zu unterminieren oder sogar mit militärischer Gewalt zu erobern, zu einem völligen Fiasko verurteilt sind. Der Versuch, die Politik der Stärke fortzusetzen und die deutsche Frage mit kriegesischen Mitteln zu lösen, würde dem deutschen Volk unerhörte Opfer an Gut und Blut kosten. Sicher ist aber auch, daß er nur mit dem Untergang der Aggressoren enden könnte.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß sich bei der westdeutschen Bevölkerung und bei allen anderen Völkern in steigendem Maße die Einsicht durchsetzt, daß von der Deutschen Demokratischen Republik der Friede in Deutschland ausgeht und daß die friedliche Lösung der nationalen Frage der Wiedervereinigung unseres Volkes nur auf dem Wege der Verständigung beider deutschen Staaten erreichbar ist. Die Eingliederung der Bundesrepublik in den NATO-Pakt und das Streben nach ihrer totalen atomaren Aufrüstung hingegen widerspricht völlig den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Sie unterwirft die westdeutsche Politik immer mehr den Interessen der NATO und den Beschlüssen ihres Generalstabes. Sie macht Westdeutschland zum Herd der Atomkriegsgefahr in Europa. Mit der Verwirklichung der Bonner Atomrüstungspläne wird die Verständigung der beiden deutschen Staaten über einen ersten Schritt zu ihrer Annäherung und damit auch ihre spätere Vereinigung zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat verhindert. Deshalb ist es gegenwärtig die Hauptaufgabe des deutschen Volkes, die atomare Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern und entschlossen den Weg der Entspannung und der friedlichen Lösung strittiger Fragen einzuschlagen. Obwohl es feststeht, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands mit Entschiedenheit die atomare Aufrüstung ablehnt, setzt die Adenauer-Regierung die Politik der Atomkriegsvorbereitung fort und betreibt unter der Bezeichnung „psychologische Kampfführung“ in der letzten Zeit eine enorme Verschärfung des kalten Krieges. Diesem Ziel dient auch die ständige Verbreitung von Verleumdungen über die Deutsche Demokratische Republik. Bisher gibt es von ihrer Seite nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag, der die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes einen Schritt hätte voranbringen können. Sie hält vielmehr an dem Standpunkt fest, die Herstellung eines einheitlichen Deutschland sei eine Angelegenheit der vier Mächte. Sie bezweckt damit, Verhandlungen der beiden deutschen Staaten über ihre Annäherung zu verhindern, und will gleichzeitig ihre imperialistische Konzeption, die Deutsche Demokratische Republik in die Bundesrepublik gewaltsam einzugliedern, ungestört weiterverfolgen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat oft genug darauf hingewiesen, daß die Konzeption der Bundesregierung in der Deutschlandfrage mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes unvereinbar ist. Die Bonner Pläne, eine gewaltsame Lösung der Deutschlandfrage herbeizuführen, sind zwar völlig aussichtslos, aber sie bedeuten eine ständige Gefahr für den

Frieden in Deutschland und Europa, und sie tragen dazu bei, die internationale Lage noch mehr zu verschärfen.

Zur Tarnung ihrer wirklichen Absichten und um den wachsenden Widerstand gegen ihre Politik zu schwächen, versucht die Bundesregierung immer wieder, die Lösung unseres nationalen Anliegens auf ein falsches, zum Krieg führendes Gleis zu lenken. Vor einiger Zeit setzte sie im Bundestag eine Entschließung durch, in der die vier Mächte aufgefordert werden, ein Gremium zu bilden, das Vorschläge zur Lösung des Problems der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands ausarbeiten soll. Diese Scheininitiative hat nichts mit dem Streben nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem friedliebenden und demokratischen Staat zu tun.

Die Verwirklichung des Bonner Vorschlages, ein Viermächtegremium zu schaffen, das die Frage der Einheit Deutschlands lösen soll, würde bedeuten, dem deutschen Volk eine ihm fremde Entscheidung über seine Staats- und Gesellschaftsordnung aufzuzwingen. Diese Entscheidung hat jedoch allein das deutsche Volk zu treffen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann also nicht Sache fremder Mächte, auch nicht der vier Großmächte sein, sondern ist die ureigenste Angelegenheit des deutschen Volkes selbst. Das deutsche Volk wird sich von niemandem dazu bringen lassen, auf sein Selbstbestimmungsrecht, auf das höchste Recht eines Volkes, zu verzichten.

Das Manöver des Bundestages und der Bundesregierung richtet sich aber nicht nur gegen die Interessen des deutschen Volkes, sondern auch gegen die Friedensinteressen der anderen Völker. Es soll von der Schaffung der entscheidenden Voraussetzung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, von der Sicherung des Friedens in Europa, ablenken.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat mit ihrem Vorschlag, einen deutschen Staatenbund zu bilden, einen realen und unter den gegenwärtigen Bedingungen gangbaren Weg zur friedlichen und demokratischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten gewiesen. Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde das weitere Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern und zur Annäherung und schließlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten führen. Der Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik enthält keine für die westdeutsche Regierung unannehmbaren Forderungen oder Vorbedingungen, er würde in keiner Weise eine Preisgabe der Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung weder in der Bundesrepublik noch in der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich machen.

In der gegenwärtigen Situation ist es mehr als je zuvor notwendig, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das friedliche Leben des deutschen Volkes wie auch eine friedliche Entwicklung in Europa zu sichern. Dazu ist in erster Linie die unverzügliche Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland notwendig. Das wäre geeignet, sowohl zur Entspannung der Lage in Deutschland als auch in Europa beizutragen. Dem deutschen Volk und den europäischen Völkern würde sich mit der Regelung der Probleme, die mit dem Friedensvertrag mit Deutschland verbunden sind, die Perspektive einer dauerhaften Friedensregelung in Europa eröffnen.

Es ist verständlich, daß das deutsche Volk und alle am Zweiten Weltkrieg beteiligten Völker an einen Friedens-



vertrag mit Deutschland ganz bestimmte Anforderungen stellen. Ein solcher Friedensvertrag muß die Sicherheit ganz Europas gewährleisten und dem deutschen Volk ein Leben in Frieden und Ruhe garantieren. Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Walter Ulbricht, hat bereits auf dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands darauf hingewiesen, daß die Ausarbeitung eines Entwurfes für einen Friedensvertrag in unmittelbarem Zusammenhang steht mit den Vorschlägen für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, einer Zone der verminderten Rüstung und mit dem schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen aus beiden deutschen Staaten und der Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte in allen europäischen Ländern. Er hat weiter erklärt, daß mit Hilfe eines Friedensvertrages die Mauer beseitigt werden muß, die durch die Remilitarisierung in Westdeutschland und durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO errichtet wurde und die jeden ersten Schritt zur friedlichen Regelung der nationalen Frage des deutschen Volkes verhindert.

Die Frage, was die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland sein müssen, hat Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED mit der Feststellung beantwortet, daß ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland an keine militärischen Blocks oder an wirtschaftliche Vereinigungen von der Art der Montanunion gebunden sein darf. Das bedeutet für Westdeutschland den Austritt aus der NATO und für die Deutsche Demokratische Republik das Ausscheiden aus dem Warschauer Vertrag.

Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, brachte den übereinstimmenden Willen aller friedliebenden Deutschen zum Ausdruck, indem er erklärte, daß die Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle deutschen Bürger voraussetze, daß in Westdeutschland die Vorherrschaft der militaristischen und faschistischen Kräfte beseitigt wird und Organisationen, die der Sache des Friedens und der Demokratie feindlich gesinnt sind, in einem friedlichen und demokratischen Deutschland keinerlei Spielraum erhalten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt erklärt, daß sie ohne Vorbehalte bereit ist, sich an den Beratungen eines solchen deutschen Friedensvertrages zu beteiligen. Sie macht sich zum Fürsprecher der Forderung des ganzen deutschen Volkes, daß die Frage der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages nunmehr von den hierzu verpflichteten Staaten mit allem Ernst in Angriff genommen wird. Die Frage des Friedensvertrages ist derjenige Teil des deutschen Problems, der in die Zuständigkeit aller ehemals kriegführenden Staaten fällt. Dabei tragen die vier Mächte und die beiden deutschen Staaten die Hauptverantwortung, woraus sich für sie die Verpflichtung ergibt, jede Möglichkeit zur Verständigung untereinander und zu Verhandlungen mit berufenen Vertretern beider deutschen Staaten auszuschöpfen. Eine solche Möglichkeit sieht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darin, daß die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte bilden, die

Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland beginnt. Es würde dann eine der Aufgaben der Kommission sein, sich über die zwischen den vier Mächten auf der einen Seite und den beiden deutschen Staaten auf der anderen Seite zu treffende Vereinbarung zu verständigen, in welchem Stadium und in welcher Form die beiden deutschen Staaten als Verhandlungspartner zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält den Teil der deutschen Frage, der von den Vertretern beider deutschen Staaten gemeinsam mit den Vertretern der vier Mächte zu beraten ist — die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland —, für gegenwärtig lösbar und erachtet es daher für notwendig, mit einem entsprechenden Vorschlag an die Regierungen der vier Mächte heranzutreten.

Das deutsche Volk ist an einer Friedensregelung mit Deutschland am stärksten interessiert. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für unbedingt erforderlich, daß von deutscher Seite alles geschieht, um die vier Mächte für die Verwirklichung des Vorschlages zu gewinnen. Gleichzeitig will das deutsche Volk kein Diktat, das ihm von fremden Mächten aufgezwungen wird. Darum sind Verhandlungen über den Friedensvertrag mit den Vertretern beider deutschen Staaten unerlässlich. Aus beiden Gründen wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik den Vorschlag unterbreiten, eine Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten zu bilden, die sich vom deutschen Standpunkt aus mit allen Fragen beschäftigt, die mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen. Diese Kommission sollte sich nach Möglichkeit um eine Verständigung über einen gemeinsamen Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik in den Hauptfragen des Friedensvertrages bemühen, der von den Vertretern beider deutschen Staaten in den Verhandlungen mit den vier Mächten vorzutragen ist. Die Bildung einer solchen Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten wäre ein bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege des Friedens. Sie wäre ein wahrhafter Ausdruck des Friedenswillens des deutschen Volkes und ein Zeichen dafür, daß das deutsche Volk gewillt ist, seine nationalen Interessen auf der Grundlage der Völkerfreundschaft und des Völkerfriedens zu vertreten.

Diese deutsche Kommission könnte aber auch noch in anderer Hinsicht von großer Bedeutung sein. Sie könnte beauftragt werden, die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates voranzutreiben, was ausschließlich eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten ist. Die Kommission sollte auch Fragen behandeln, die das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander betreffen. Das könnte zu Absprachen führen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbindungen, auf dem Gebiete der Zoll- und Währungsangelegenheiten, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens und auf anderen Gebieten. Auch die Frage der Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten könnte auf diesem Wege gelöst werden, sofern die Bundesregierung bereit ist, auf die Unterstützung aller Versuche zu verzichten, durch Spione und Agenten die verfassungsmäßigen Zustände in der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben.



Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, ihre Vertreter für solche Verhandlungen zu benennen. Sie erklärt, daß sie ihren Vertretern den Auftrag geben würde, die Verhandlungen mit den Vertretern der Bundesregierung auf der Basis der Gleichberechtigung und im Geiste der Verständigungsbereitschaft zu führen. Von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereits der Standpunkt vertreten worden, daß eine Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung des einen Staates auf den anderen übertragen wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hofft, daß die vier Mächte und die Bundesrepublik sich der Berechtigung und der Dringlichkeit unserer Vorschläge nicht verschließen. Ihre Verwirklichung würde dem Streben des deutschen Volkes und der anderen Völker nach Frieden und Sicherheit entgegenkommen und in der ganzen Welt als ein beachtliches Zeichen für die Ernst-

haftigkeit der Bemühungen um die Sicherung des Friedens empfunden werden. Wir leben in einer Zeit, in der das Damoklesschwert des Atomkrieges auf Grund der Politik einiger imperialistischer Mächte ständig über der Menschheit schwebt. Diese Gefahr kann nur dadurch abgewendet werden, daß die Regierungen der Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme schrittweise an eine Entspannung der internationalen Situation herangehen und sich dabei zunächst der Lösung der Probleme zuwenden, die die Gewähr für Fortschritte bieten. Zu diesen Problemen aber gehört die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewiß, für ihre Vorschläge die Zustimmung aller friedliebenden Deutschen und aller friedliebenden Völker zu haben. Mögen die Regierungen der vier Mächte und die westdeutsche Regierung ebenfalls der Friedenssehnsucht der Völker gerecht werden.

Quelle: *Außenpolitische Korrespondenz* (hrsg. v. Außenministerium der DDR), Nr. 36 vom 8. September 1958.

### Note der DDR an die Vier Mächte vom 5. September 1958\*

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es für erforderlich, sich in folgender Frage an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu wenden:

Mehr als 13 Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen, und noch immer ist kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen. Das deutsche Volk fordert, daß alle beteiligten Seiten endlich mit vollem Ernst an die Lösung dieser Frage herangehen und sich ihrer Verpflichtung gegenüber der Zukunft des deutschen Volkes und dem europäischen Frieden bewußt werden. Die Frage des Friedensvertrages ist der Teil des deutschen Problems, dessen Lösung in die Zuständigkeit aller ehemals kriegführenden Staaten fällt, wobei auf den vier Mächten und auf den beiden deutschen Staaten die Hauptverantwortung liegt. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wäre ein entscheidender Beitrag zu einer den Interessen der Völker entsprechenden friedlichen Entwicklung in Europa. Die Vorbereitung eines solchen Vertrages, die gegenwärtig durchaus möglich ist, wäre ferner ein erster Schritt zur Lösung der mit dem deutschen Problem zusammenhängenden Fragen.

In den vergangenen Jahren hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt Schritte unternommen, um die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland einer Lösung zuzuführen. Diese Schritte fanden leider nicht die Unterstützung der Westmächte, die für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland mitverantwortlich sind.

Im Interesse des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Re-

publik Frankreich vor, sofort eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der Aufgabe zu bilden, Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen. Darunter fällt auch die zu treffende Vereinbarung, in welchem Stadium und in welcher Form die beiden deutschen Staaten als Verhandlungspartner zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik glaubt, daß die Bildung einer solchen Kommission den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland wesentlich beschleunigen und dazu beitragen würde, die Lösung dieses dringlichen internationalen und vordringlichen nationaldeutschen Problems zu fördern.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik informiert die Regierungen der vier Mächte davon, daß sie im Zusammenhang mit dem in dieser Note dargelegten Vorschlag an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit dem Ersuchen herangetreten ist, eine Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten zu bilden, die sich mit der Erörterung der Fragen beschäftigen soll, die mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß diese Kommission sich auch mit solchen Fragen befassen sollte, die ausschließlich Angelegenheit beider deutschen Staaten sind. Hierbei könnte die Erörterung solcher Schritte im Vordergrund stehen, die der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates dienen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, daß sie im nationalen Interesse des deutschen Volkes und im Friedensinteresse aller Völker dem ihr unterbreiteten Vorschlag zustimmt und auf weitere Versuche verzichtet, die Lösung der deutschen Frage aus der Kom-

\* Eine ähnliche Note richtete die Regierung der DDR am gleichen Tage an die Bundesregierung. Bei sonst gleichem Inhalt wurde in dieser Note stärkeres Gewicht auf die Einberufung der Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten gelegt. Bei den Verhandlungen dieser Kommission, so hieß es in der Note, sollten die beiden deutschen Regie-

rungen davon ausgehen, „daß eine Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung des einen Staates auf den anderen übertragen wird“. (Wortlaut: *Neues Deutschland*, Nr. 213 vom 6. September 1958.)



petenz der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik herauszulösen und anderen Mächten zu übertragen. Die Entschließung des Bundestages, die die Regierung der Deutschen Bundesrepublik beauftragt, die vier Mächte aufzufordern, ein Viermächtegremium zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu bilden, ist ein Beharren auf dem Standpunkt, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten Sache fremder Mächte und nicht die Sache des deutschen Volkes ist. Ein solches Verfahren würde das deutsche Volk von der — ihm selbst obliegenden — Lösung seiner wichtigsten nationalen Frage ausschließen und ihm eine fremde Entscheidung über seine Staats- und Gesellschaftsordnung aufzwingen. Jeder Versuch, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu mißachten, ist jedoch zum Scheitern verurteilt.

Der vom Bundestag vorgeschlagene Weg ist unreal und widerspricht sowohl den Interessen des deutschen Volkes

als auch dem Friedensinteresse der anderen Völker. Die vom Bundestag verfaßte Entschließung führt nicht zur Schaffung der entscheidenden Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sondern sie lenkt von ihr ab und erschwert sie; sie dient also in keiner Weise der friedlichen Lösung der deutschen Frage.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik drückt die Erwartung aus, daß die Regierungen der vier Mächte dem Vorschlag, eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der eingangs dargelegten Aufgabenstellung zu bilden, zustimmen. Sie hofft, daß die Bildung der Kommission beschleunigt erfolgen und sie ihre Arbeit baldigst aufnehmen kann. Das würde dem Wunsche des ganzen deutschen Volkes entsprechen und zweifellos dazu beitragen, weitere Fortschritte zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage zu erzielen.

Quelle: *Außenpolitische Korrespondenz* (hrsg. v. Außenministerium der DDR, Nr. 36 vom 8. September 1958).

### Verbalnote der deutschen Bundesregierung an die Vier Mächte vom 9. September 1958

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika anliegend den Wortlaut eines Aide-mémoire vom 9. September 1958 mit der Bitte um Weiterleitung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu übersenden.

Die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Botschaft und die Königlich Britische Botschaft haben eine gleichlautende Verbalnote mit dem Wortlaut des oben erwähnten Aide-mémoire erhalten.

Das Auswärtige Amt benutzt auch diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

#### Aide-mémoire

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung vom 2. Juli 1958 einstimmig folgende Entschließung gefaßt, der sich der Deutsche Bundesrat in seiner Sitzung vom 18. Juli 1958 angeschlossen hat:

„Um die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu fördern, wird die Bundesregierung beauftragt, sich bei den Vier Mächten, den USA, der UdSSR, dem Vereinigten Königreich und Frankreich, dafür einzusetzen, daß auf einer künftigen internationalen Konferenz (Gipfelkonferenz) oder auch unabhängig davon ein

Vier-Mächte-Gremium (mindestens im Range einer Botschafter-Konferenz) mit dem Auftrag gebildet wird, gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten.“

Die Bundesregierung teilt den in der Entschließung des Bundestags zum Ausdruck gekommenen Wunsch, daß auf einer künftigen internationalen Konferenz (Gipfelkonferenz) oder auch unabhängig davon ein Gremium der für die Lösung der deutschen Frage verantwortlichen Vier Mächte gebildet werde. Sie hofft, daß in diesem Gremium die mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit zusammenhängenden Vorschläge erörtert und die für spätere endgültige Verhandlungen nötigen Vorarbeiten geleistet werden können.

In Ausführung des ihr von Bundestag und Bundesrat erteilten Auftrags und im Hinblick auf die vorbereitenden Gespräche für eine internationale Konferenz (Gipfelkonferenz), die in Moskau zwischen den Vertretern der Vier für die Wiederherstellung der deutschen Einheit verantwortlichen Mächte geführt wurden, erlaubt sich die Bundesregierung, die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf den in der Entschließung zum Ausdruck gekommenen Wunsch zu lenken.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 167 vom 11. September 1958.

### Note der Sowjetregierung an die Regierung der DDR vom 18. September 1958

Die Regierung der UdSSR hat den in der Note der Regierung der DDR vom 5. September 1958 enthaltenen Vorschlag über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland studiert und hält es für notwendig, folgendes mitzuteilen:

Die Sowjetregierung teilt vollkommen die Meinung der Regierung der DDR über die Notwendigkeit der Vorbereitung und des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, der endgültig die Beziehungen Deutschlands zu den Teilnehmern der Anti-Hitler-Koalition regeln und dem deutschen Volk eine gleichberechtigte Stellung unter den anderen Völkern sichern würde. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde die souveränen Rechte der deutschen Nation in vollem

Maße wiederherstellen, würde zum Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands führen und äußere Bedingungen schaffen, die eine friedliche Entwicklung Deutschlands garantieren und es vor jeglicher äußeren Einmischung bewahren würden.

Am Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland ist nicht nur das deutsche Volk interessiert, sondern auch alle Völker, die nach der Erhaltung des Friedens streben und dadurch beunruhigt sind, daß in letzter Zeit Versuche unternommen werden, das Fehlen eines Friedensvertrages dazu zu benutzen, die westlichen Teile Deutschlands in die Vorbereitungen zu einem Atomkrieg einzubeziehen. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde diesen abenteuerlichen Plänen, die voll verderb-



licher Folgen für das deutsche Volk selbst sowie für die anderen europäischen Völker sind, ein Ende machen.

Die Sowjetregierung stimmt mit der Meinung der Regierung der DDR überein, daß die Vorbereitung und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gleichfalls die Lösung der gesamtationalen Aufgabe des deutschen Volkes — der Vereinigung des Landes — beschleunigen würde.

Die Sowjetregierung hat volles Verständnis für die neue Initiative der Regierung der DDR und unterstützt deren Vorschlag über die Schaffung einer Kommission aus Vertretern der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zur Konsultation über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. In Anbetracht der Verantwortung der vier Großmächte für die friedliche Regelung der Deutschlandfrage erklärt sich die Sowjetregierung bereit, an der Arbeit einer solchen Kommission teilzunehmen. Sie hat sich an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs mit dem Vorschlag gewandt, unverzüglich mit der Bildung einer Kommission aus Vertretern der vier Mächte zu beginnen. Wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs unvoreingenommen an die konstruktiven Vorschläge der Regierung der DDR herangehen, so müssen sie diese annehmen, weil die Verwirklichung dieser Vorschläge große Bedeutung für die friedliche Lösung der deutschen Frage und die Festigung des Friedens in Europa haben würde.

Es ist völlig offensichtlich, daß die Vorbereitung eines

Friedensvertrages mit Deutschland nicht ohne die Teilnahme deutscher Vertreter denkbar ist. Die Erzielung eines Uebereinkommens zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik in der Frage der Teilnahme an der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland würde nach Meinung der Sowjetregierung eine der entscheidenden Voraussetzungen für die erfolgreiche Lösung dieser Frage sein. In diesem Zusammenhang begrüßt die Sowjetregierung den Vorschlag der Regierung der DDR über die Bildung einer Kommission von Vertretern beider deutscher Staaten.

Indem sie sich von den in der vorliegenden Note dargelegten Erwägungen leiten läßt, hat die Sowjetregierung ebenfalls eine Note an die Regierung der deutschen Bundesrepublik gerichtet, in der sie ihren Standpunkt im Zusammenhang mit der neuen Initiative der DDR zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zum Ausdruck brachte.

Die Sowjetregierung erklärt, daß sie ihrerseits alles, was von ihr abhängt, für eine schnelle Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland unternimmt.

In der Anlage werden zur Kenntnisnahme der Regierung der DDR die Noten der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens, der Republik Frankreich und der deutschen Bundesrepublik übermittelt.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 225 vom 19. September 1958.

#### Note der Sowjetregierung an die deutsche Bundesregierung vom 18. September 1958\*

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hält es für erforderlich, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Am 5. September d. J. erhielt die Sowjetregierung eine Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, in der sie ihre Besorgnis über die Hinauszögerung der Friedensregelung mit Deutschland zum Ausdruck bringt und vorschlägt, unverzüglich eine Kommission von Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs zu bilden, in deren Rahmen Konsultationen über die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages begonnen würden. Diesen ihren Vorschlag hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs zur Kenntnis gebracht.

Die Regierung der DDR hat die Sowjetregierung informiert, daß sie sich entschlossen hat, sich erneut um die Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunkts zu den Fragen, die mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen, zu bemühen, und sich in dieser Absicht an die Regierung der BRD mit dem Vorschlag gewandt hat, eine entsprechende Kommission aus Vertretern der beiden deut-

schen Staaten zu bilden. Wie aus der Note der Regierung der DDR hervorgeht, soll sich die genannte Kommission auch mit der Prüfung solcher Fragen befassen, die ausschließlich Sache der beiden deutschen Staaten sind, in erster Linie mit Maßnahmen, die für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedliebender Grundlage erforderlich sind.

Die Sowjetregierung steht mit vollem Verständnis und Mitgefühl der Lage gegenüber, in der sich das deutsche Volk dadurch befindet, daß es bisher, 13 Jahre nach Beendigung des Krieges, keinen Friedensvertrag hat, und hält die neue Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für nützlich und aktuell. Die Sowjetregierung hat den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs ihre Bereitschaft mitgeteilt, an der Arbeit der Kommission aus Vertretern der vier Mächte zur Durchführung von Konsultationen zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages teilzunehmen, und hat ihrerseits die Regierungen dieser drei Mächte aufgerufen, alles Erforderliche für ihre baldigste Einberufung zu tun.

Wenn die Sowjetregierung die Regierung der BRD von den Schritten in Kenntnis setzt, die die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem an sie gerichteten Appell der

\* Aehnliche Noten richtete die Sowjetregierung am gleichen Tage an die Regierungen der drei Westmächte. Darin forderte sie die Westmächte auf, die von der DDR vorgeschlagene Viermächte-Kommission für die Ausarbeitung eines Friedensvertrags zu bilden. Sie bezeichnete den Friedensvertrag als denjenigen Teil des deutschen Problems, für den die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands, und insbesondere die vier Mächte, verantwortlich seien. Der Friedensvertrag sei die Voraussetzung für die Lösung der übrigen Deutschland betreffenden Fragen. Dabei erinnerte die Sowjetregierung daran, daß der deutsche Friedensvertrag sich unter den von ihr für

die Tagesordnung einer „Gipfel“-Konferenz vorgeschlagenen Punkten befinde. Auf den Vorschlag des Deutschen Bundestages, ein Viermächte-Gremium für die Erörterung von Vorschlägen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu bilden — den sie in der Note an die Bundesregierung scharf abgelehnt hat —, ging die Sowjetregierung in ihrer Note an die Westmächte nicht ein. Ebenso fehlte in dieser Note der ausdrückliche Hinweis, daß die vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zuständig seien. (Wortlaut: *Prawda* vom 20. September 1958.)



Regierung der DDR für die Befriedigung der grundlegenden Interessen der deutschen Nation unternommen hat, möchte sie hoffen, daß diese Schritte von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die nicht minder als die Regierung der DDR an der unverzüglichen Regelung der mit der Vorbereitung und dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen interessiert sein sollte, gebührend gewürdigt werden.

Es bedarf keines Beweises, daß die Bemühungen der beiden deutschen Staaten, wenn sie auf die Verwirklichung des gleichen Zieles gerichtet werden, nämlich die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages, nicht nur die Lösung dieser das deutsche Volk bewegenden Frage über den toten Punkt hinwegbringen, sondern diese Lösung auch in einem positiven Sinne beeinflussen könnten. Die Erfahrung mit der Vorbereitung und dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zeigt mit aller Ueberzeugung, wieviel ein Staat erreichen kann, wenn er zu der Lösung einer für ihn lebenswichtigen Frage einen eigenen Beitrag leistet. Man kann in diesem Zusammenhang nicht umhin festzustellen, daß die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland der Suche nach realen Wegen zur friedlichen Regelung der deutschen Frage bisher ausgewichen sind. Für diese Feststellung spricht insbesondere die Tatsache, daß die Bundesregierung zu dem von der Sowjetunion im März 1952 vorgeschlagenen Entwurf der Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland eine negative Einstellung eingenommen und damit sich im Grunde zu demjenigen gemacht hat, der die Verantwortung für die Verzögerung der Vorbereitung des Friedensvertrages trägt. Wenn die Bundesregierung damals einen anderen Standpunkt eingenommen und den erwähnten Vorschlag der Sowjetunion unterstützt hätte, wäre es durchaus möglich, daß heute ein Friedensvertrag mit Deutschland bestünde und es alle Früchte eines friedlichen Status genösse, was hinwiederum zweifellos eine ausgesprochen günstige Auswirkung auf die internationale Lage, in erster Linie auf die Lage in Europa, hätte.

Die Sowjetregierung sieht sich genötigt festzustellen, daß die Politik der Regierung der BRD, und insbesondere ihre Beteiligung am aggressiven Nordatlantik-Block, das Land in eine Lage gebracht hat, die für die Lösung der deutschen Frage leider weniger günstig ist, als es im Jahre 1952 der Fall war. Wenn auch dieses Mal die sich dank der Initiative der Regierung der DDR eröffnenden Möglichkeiten, endlich an die praktische Lösung der deutschen Frage heranzugehen, versäumt werden, so ist kaum daran zu zweifeln, daß dies den nationalen Interessen des deutschen Volkes einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen würde.

Es ist ganz offensichtlich, daß unter den Bedingungen, wie sie sich in Deutschland ergeben haben, die Vorbereitung und der Abschluß eines Friedensvertrages ein verlässlicher Weg sind, um an die Regelung der deut-

schen Frage im ganzen heranzutreten. Ein Friedensvertrag würde die Lösung der Frage des raschesten Abzugs aller fremden Truppen von dem Territorium Deutschlands fördern und würde es gegen jegliche Einmischung von außen abschirmen. Der militärische Status, desgleichen die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklung Deutschlands, die im Friedensvertrag festgelegt werden würden, würden dem deutschen Volk klare Perspektiven für die Zukunft eröffnen. Die Vorbereitungsarbeit für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Beteiligung der Regierungen beider deutscher Staaten würde gleichzeitig die Annäherung zwischen ihnen und die Ausarbeitung koordinierter Standpunkte zu den Fragen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands fördern.

Die Sowjetregierung möchte, daß die Bundesregierung bei der Prüfung des Vorschlages der Regierung der DDR den Umstand beachtet, daß die Erreichung gegenseitigen Verständnisses zwischen der BRD und der DDR in den mit der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages verbundenen Fragen auch die positive Lösung dieser Fragen durch die Regierungen der vier Mächte weitgehend fördern würde. Die gemeinsamen Interessen des ganzen deutschen Volkes fordern, daß sich die Regierung der BRD über vorhandene Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung der DDR erhebt und zu den Vorschlägen der Regierung der DDR über die Vorbereitung eines Friedensvertrages ohne Voreingenommenheit mit aller unumgänglichen Verantwortung Stellung nimmt.

Die Sowjetregierung kann naturgemäß kein Verständnis finden für die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unternommenen Versuche, den Vorschlägen der DDR einen Plan gegenüberzustellen, nach dem eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs für die Erörterung von Vorschlägen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gebildet werden soll. Um in diese Frage völlige Klarheit zu bringen, hält es die Sowjetregierung für notwendig, erneut zu unterstreichen, daß die Vereinigung Deutschlands eine innerdeutsche Angelegenheit ist und daß jegliche Vorschläge mit dem Ziel, die Verantwortung für ihre Lösung auf die vier Mächte zu verlagern, keinerlei positives Ergebnis herbeiführen werden.

Die Sowjetregierung hofft, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die in dieser Note dargelegten Erwägungen aufmerksam prüfen und es möglich finden wird, ihrerseits einen Beitrag zur Vorbereitung und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu leisten.

Quelle: Übersetzung des Auswärtigen Amtes, veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 19. September 1958 (Mitteilung an die Presse Nr. 952/58).

#### Note der Westmächte an die Bundesregierung vom 30. September 1958

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika ist angewiesen, dem Bundesministerium des Auswärtigen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nimmt Bezug auf das Aide-mémoire der Bundesregierung vom 9. September 1958, das auf eine vom Deutschen Bundestag gefaßte Entschliebung, der sich der Bundesrat

angeschlossen hat, aufmerksam macht. Diese Entschliebung fordert die Bildung eines Viermächte-Gremiums der Vertreter der für die Lösung des deutschen Problems verantwortlichen Mächte mit dem Auftrag, gemeinsame Vorschläge für die Lösung des deutschen Problems vorzubereiten. Sie enthält auch den Vorschlag, daß das in Aussicht genommene Gremium entweder auf einer künf-



tigen internationalen Konferenz der Regierungschefs oder unabhängig davon gebildet wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt zur Kenntnis, daß die Regierung der Bundesrepublik den in der Entschließung des deutschen Parlaments zum Ausdruck gebrachten Wunsch teilt und daß sie hofft, daß das Gremium Vorschläge zur Wiederherstellung der deutschen Einheit untersuchen und die für endgültige Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt notwendigen Vorarbeiten leisten wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten begrüßt die Initiative der Bundesregierung. Wie der Bundesregierung bekannt ist, ist das deutsche Problem ein wichtiges Element in den von den Westmächten am 28. Mai der Sowjetregierung überreichten Vorschlägen für eine Tagesordnung einer Konferenz der Regierungschefs. Die in Moskau geführten vorbereitenden Gespräche für ein solches Treffen, die im Aide-mémoire der Bundesrepublik erwähnt werden, sind seit Ende Mai in der Schwebe, da die Sowjetregierung es unterlassen hat, den westlichen Vorschlag vom 31. Mai zu beantworten, der auf die Ueberwindung der durch die Verschiedenheiten in den sowjetischen und westlichen Tagesordnungsvorschlägen verursachten Verfahrensschwierigkeiten abzielte. Weitere Bemühungen um eine Antwort, die die Westmächte am 1. Juli und 22. August unternahmen, waren bis jetzt ebenfalls erfolglos.

Die Westmächte sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine Gipfelkonferenz wünschenswert wäre, wenn sie Gelegenheit zu ernsthaften Diskussionen der Hauptprobleme bieten würde und wenn sie ein wirksames Mittel wäre, um ein Uebereinkommen in bedeutsamen Fragen zu erzielen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hofft, daß die Sowjetregierung die westlichen Vorschläge jetzt beantworten wird, damit die vorbereitenden

Gespräche, die die wichtige Deutschlandfrage mit einschließen, fortgesetzt werden können. Gleichzeitig ist die Regierung der Vereinigten Staaten angesichts der entscheidenden Bedeutung einer Lösung der deutschen Frage für die Verminderung der Spannungen in der Welt bereit, das deutsche Problem in einem gesonderten Viermächte-Gremium zu erörtern, das in Uebereinstimmung mit dem von der Bundesregierung in ihrem Aide-mémoire vom 9. September zum Ausdruck gebrachten Wunsch gebildet wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich ständig bemüht, die Schaffung einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung herbeizuführen, die für das deutsche Volk wahrhaft repräsentativ wäre und einen Friedensvertrag abschließen könnte. Bis zur Bildung einer solchen Regierung hält die fortgesetzte Spaltung Deutschlands einen Zustand aufrecht, in dem ein Teil des deutschen Volkes gezwungen ist, die Unterdrückung durch ein Regime zu erleiden, das ihm von außen auferlegt ist.

Seit langem sind die Bemühungen, deutsche Fragen zu lösen, durch die Weigerung der Sowjetregierung vereitelt worden, irgendeinem Plan zuzustimmen, der eine Wiedervereinigung in einer Form ermöglicht, die die Freiheit des ganzen deutschen Volkes sichern würde. Sobald einmal eine frei gewählte, für das deutsche Volk wahrhaft repräsentative deutsche Regierung geschaffen ist, würde es möglich sein, mit einer solchen Regierung zum Abschluß eines Friedensvertrages zu schreiten. Die Regierung der Vereinigten Staaten unterrichtet gleichzeitig die Sowjetregierung von ihrer Unterstützung der Initiative der Bundesrepublik und richtet an die Sowjetregierung das dringende Ersuchen um wohlwollende Prüfung dieser Initiative.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 1. Oktober 1958.

### Note der Westmächte an die Sowjetregierung vom 30. September 1958

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika entbietet dem Außenministerium der Sowjetunion ihre Hochachtung und hat die Ehre, auf Anweisung ihrer Regierung folgendes zu erklären:

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt Bezug auf die Note der Sowjetregierung vom 18. September. Sie bedauert, daß die sowjetische Note die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemachten Vorschläge ignoriert, die in einem an die Regierungen Frankreichs, der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gerichteten Aide-mémoire vom 9. September enthalten waren. Diese Vorschläge, die auf einer einstimmig angenommenen Entschließung des Deutschen Bundestages basierten, der sich der Deutsche Bundesrat angeschlossen hat, sahen unter anderem die Errichtung einer Viermächte-Gruppe zur Erörterung des deutschen Problems vor. Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt fest, daß sich die sowjetische Note statt dessen auf Vorschläge stützt, die von der sogenannten „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ unterbreitet wurden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten teilt völlig die in der Note der Sowjetregierung zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß „niemand das Recht hat, das deutsche Volk für eine so lange Zeit der Möglichkeit zu berauben, sich aller Vorteile eines Zustandes des Friedens zu erfreuen“.

Sie nimmt auch mit Befriedigung die Erklärung zur Kenntnis, daß die Sowjetregierung „eine grundlegende Regelung der deutschen Frage befürwortet“. Es ist der sowjetischen Regierung wohl bekannt, daß dies seit langem das Ziel der Regierung der Vereinigten Staaten gewesen ist. Es genügt, an die Eingangsworte der Berliner Erklärung zu erinnern, die von den Regierungen Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten am 29. Juli 1957 abgegeben wurde:

„Zwölf Jahre sind seit dem Ende des Krieges vergangen. Die Hoffnungen der Völker der Welt auf einen gerechten und dauerhaften Frieden haben sich jedoch nicht erfüllt. Einer der Hauptgründe dafür, daß es zu keiner Verständigung kam, ist die fortgesetzte Spaltung Deutschlands, die eine schwere Ungerechtigkeit dem deutschen Volk gegenüber und zugleich die Hauptquelle der internationalen Spannung in Europa ist.“

Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmt der Erklärung in der sowjetischen Note zu, daß „der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland den Schlußstrich unter den letzten Krieg ziehen würde“ und daß das deutsche Volk selbst an der Vorbereitung eines solchen Vertrages teilhaben sollte. Eine entscheidende Voraussetzung für die Verhandlungen über einen Friedensvertrag ist jedoch die Schaffung einer Regierung, die wahrhaft dem



Willen des deutschen Volkes entspricht. Nur eine Regierung, die auf einer solchen Grundlage geschaffen wird, könnte Verpflichtungen übernehmen, die bei anderen Ländern Vertrauen erwecken und die von dem deutschen Volk selbst als gerecht und bindend angesehen würden. Darüber hinaus würden deutsche Vertreter bei irgendwelchen Erörterungen über einen Friedensvertrag, die vor der Wiedervereinigung Deutschlands geführt würden — darüber muß sich die sowjetische Regierung im klaren sein —, nicht die Machtbefugnisse haben, eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung zur Einhaltung irgendwelcher erzielter Beschlüsse zu verpflichten. Aus diesen Gründen ist die Regierung der Vereinigten Staaten der Ansicht, daß die erste Aufgabe bei jeder Erörterung des deutschen Problems die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf dem Wege freier Wahlen sein muß.

Was die Methode anbetrifft, mit deren Hilfe eine solche Regierung gebildet werden sollte, so findet die Regierung der Vereinigten Staaten die in der Note der sowjetischen Regierung enthaltenen Vorschläge sowohl unrealistisch als auch unbefriedigend. Diesen Vorschlägen zufolge soll die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einer Kommission überlassen bleiben, die sich aus Vertretern der Bundesrepublik und der Sowjetzone zusammensetzt. Das in der Sowjetzone Deutschlands errichtete Regime repräsentiert nicht den Willen der Bevölkerung in Ostdeutschland. Es wird von der Bevölkerung in allen Teilen Deutschlands zu Recht als ein Regime angesehen, das von einer fremden Macht eingesetzt wurde und von fremden Streitkräften an der Macht gehalten wird. Da dieses Regime von der Bevölkerung, für die es zu sprechen vorgibt, kein Mandat hat, würde es jeder echten Sorge für die Interessen des deutschen Volkes widersprechen, wenn man es einem solchen Regime gestatten würde, an irgendwelchen Erörterungen über eine künftige deutsche Regierung teilzunehmen.

In der Direktive, die die vier Regierungschefs 1955 in Genf herausgaben, erkannte die Sowjetregierung ihre Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands an. In der Direktive heißt es unter anderem: „In Anerkennung ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Regierungschefs darüber geeinigt, daß die Regelung der Deutschlandfrage und die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen muß.“

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht akzeptieren, daß die sowjetische Regierung das Recht habe, sich einseitig dieser Verantwortung oder diesem Abkommen zu entziehen. In Uebereinstimmung mit ihrer entsprechenden Verantwortung hat die Regierung der Vereinigten Staaten zusammen mit den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bei zahlreichen Gelegenheiten Vorschläge unterbreitet, die auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit abzielen. Diese westlichen Vorschläge erkennen das Recht des deutschen Volkes an, seine eigene Lebensform in Freiheit sowie sein eigenes politisches, wirtschaftliches und soziales System selbst zu bestimmen und unter angemessener Berücksichti-

gung der legitimen Interessen anderer Länder für seine Sicherheit Vorsorge zu treffen. Sie sehen die Ausübung dieses Rechtes durch die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland, die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung und Verhandlungen mit dieser Regierung über die Bedingungen eines Friedensvertrages vor.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist jederzeit bereit, mit der sowjetischen Regierung auf der Grundlage dieser Vorschläge oder irgendwelcher anderer Vorschläge, die wirklich darauf abzielen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit sicherzustellen, in jeder geeigneten Form in Verhandlungen einzutreten. Sie hält die Lösung des deutschen Problems für wesentlich, wenn eine dauerhafte Regelung in Europa erreicht werden soll. Dieses Problem ist als eines der Themen genannt worden, die die Westmächte am 28. Mai zur Prüfung auf einer Konferenz der Regierungschefs unterbreitet haben. Obwohl die sowjetische Regierung darin übereinstimmte, daß die Vorbereitungen für eine solche Konferenz von den Vertretern der vier Mächte in Moskau getroffen werden sollten, sind diese Vorbereitungen seit Ende Mai in der Schwebe, weil die sowjetische Regierung die westlichen Vorschläge vom 31. Mai zur Ueberwindung der durch die voneinander abweichenden sowjetischen und westlichen Tagesordnungsvorschläge verursachten Verfahrensschwierigkeiten nicht beantwortet hat. Auch die westlichen Noten vom 1. Juli und 22. August sind bisher unbeantwortet geblieben. Da die sowjetische Regierung in ihrer Note zu verstehen gegeben hat, daß sie ebenfalls der Lösung des deutschen Problems Bedeutung beimißt, hofft die Regierung der Vereinigten Staaten, daß die sowjetische Regierung nunmehr den westlichen Vorschlag beantworten wird, so daß die vorbereitenden Gespräche fortgesetzt werden können.

Um in dieser Angelegenheit Fortschritte zu erzielen, ist die Regierung der Vereinigten Staaten jedoch bereit, das deutsche Problem in einer gesonderten Viermächtegruppe zu erörtern, die in Uebereinstimmung mit dem von der Deutschen Bundesregierung in ihrem Aide-mémoire vom 9. September zum Ausdruck gebrachten Wunsch errichtet werden sollte. Die Aufgabe dieser Gruppe wäre es, Vorschläge im Zusammenhang mit dem deutschen Problem zu erörtern und die notwendige vorbereitende Arbeit für endgültige Verhandlungen zu leisten, welche zu einem späteren Zeitpunkt entweder auf einer Konferenz der Regierungschefs — falls eine solche zustande kommt — oder auf andere Weise geführt werden sollen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hofft, daß die sowjetische Regierung angesichts der Wichtigkeit der Regelung des deutschen Problems, nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch als Beitrag zur Entspannung in Europa, dem oben ausgeführten Verfahren zustimmen wird.

Eine Abschrift der Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten auf das Aide-mémoire der deutschen Bundesregierung vom 9. September ist beigefügt. Die Regierung der Vereinigten Staaten setzt die deutsche Bundesregierung über den Inhalt dieser Note ebenfalls in Kenntnis.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 1. Oktober 1958.



## Informationen und Berichte

**Die Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft***Eine Studie der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung*

Die Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) hat jetzt in der Reihe ihrer Veröffentlichungen über aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik ein Gutachten vorgelegt, in dem die Probleme der Agrarwirtschaft im Gemeinsamen Markt dargestellt werden. Die Studie unternimmt darüber hinaus den Versuch, die Möglichkeiten, aber auch die Schwierigkeiten und Gefahren aufzuzeigen, denen sich die Landwirtschaft und insbesondere die für die Agrarpolitik Verantwortlichen gegenübersehen. Die entscheidende These der Studie lautet, daß nach dem Scheitern der verschiedenen Versuche, eine Teilintegration des Agrarmarktes nach dem Muster der Montanunion zu verwirklichen, jetzt ein ernsthafter Versuch gemacht werden müsse, die Landwirtschaft in eine umfassende Integration des Gemeinsamen Marktes einzubeziehen. Ohne eine solche Eingliederung könne auch die Integration der übrigen Märkte nicht gelingen, weil die Preisunterschiede für Agrarerzeugnisse auch die Lebenshaltungskosten und Industrielöhne und damit das gesamte Kostenniveau einer Wirtschaft mit beeinflussen. Darauf weise auch Art. 39c des EWG-Vertrages hin, in dem die Verflechtung der Landwirtschaft mit dem gesamten Wirtschaftsbereich im Gemeinsamen Markt sehr deutlich ausgesprochen werde.

Die Studie zeigt an Hand einer Analyse der Außenhandelsstruktur der EWG-Länder, welchen Anteil die Landwirtschaft an den Exporten und Importen der Mitgliedsländer hat. Beachtlich ist der hier unternommene Versuch, zu ermitteln, welche Entwicklungsmöglichkeiten für den Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten sich im Gemeinsamen Markt bieten, wenn man eine durchaus realistische Wachstumsrate von durchschnittlich 3 vH voraussetzt. Dabei zeigt sich, daß mit einer Zunahme des Gesamtbedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen von etwa 10—11 vH gerechnet werden kann; ein Prozentsatz freilich, der hinter dem Wachstum der Nachfrage nach industriellen Gütern zurückbleibt. Voraussetzung hierfür ist, daß die Realpreise für landwirtschaftliche Produkte, d. h. die Preisrelationen untereinander und zu den übrigen Produkten, im Gemeinsamen Markt unverändert bleiben. Damit ist selbstverständlich nicht zu rechnen, denn die EWG zielt gerade auf eine Veränderung der Preis- und Kostenstruktur in den verschiedenen Ländern hin. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, zu untersuchen, wie sich die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes unter diesem Aspekt auswirken werden.

Von Bedeutung hierfür sind die im Vertragswerk vorgesehenen Sonderregelungen für die Landwirtschaft. Wie immer auch diese Bestimmungen zugunsten der Landwirtschaft in Zukunft ausgelegt werden, man wird keinesfalls von den ganz speziellen Strukturproblemen, auch nicht-ökonomischer Art, absehen können. Daneben sind auch gewichtige ökonomische Gründe anzuführen, die

eine Sonderregelung für die Landwirtschaft rechtfertigen, beispielsweise die vorwiegend durch Familienbetriebe gekennzeichnete Produktionsweise, die geringe Nachfrageelastizität bei Agrarprodukten, die Schwankungen in der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Ertragsunterschiede, Unterschiede in den Gestehekungskosten und in den Verkaufspreisen usw. Hieraus wird die Berechtigung für das landwirtschaftliche Sonderregime abgeleitet. Es besteht u. a. darin, daß nach wie vor Einkaufsmonopole öffentlich-rechtlicher und halbstaatlicher Organe bestehen bleiben sollen und daß saisonbedingte zeitweilige Ein- und Ausfuhrverbote erlassen werden können. Daneben werden in jedem Land interne Abmachungen über die Preise, Anbauflächen und Erzeugnismengen fortbestehen.

Es ist unmittelbar einleuchtend, so folgert der Bericht, daß dieses komplizierte und in den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabte System von öffentlichen und halböffentlichen Interventionen die Konzeption einer gemeinsamen Agrarpolitik voraussetzt, wenn man über die Sonderbestimmungen hinaus bestimmte ordnungspolitische Vorstellungen im Gemeinsamen Markt zu verwirklichen gedenkt. Der Vertrag selbst entwickelt eine solche agrarpolitische Linie weder in den einzelnen Bestimmungen noch etwa durch Aufstellung eines verbindlichen allgemeinen Rahmens. CEPES glaubt nun, daß selbst unter Berücksichtigung des besonderen Charakters der Landwirtschaft eine auf lange Sicht möglichst liberale Lösung der Agrarprobleme angestrebt werden sollte. Auch für die Landwirtschaft müßte die allgemeine Regel gelten, wonach soviel Freizügigkeit wie möglich und nur soviel Eingriffe wie nötig zugelassen werden sollten. Hier also liegen die zukünftigen Möglichkeiten einer Interpretation des Vertragstextes, aber auch das Risiko, durch Festhalten an dem bisherigen System der Interventionen in der Landwirtschaft den Gemeinsamen Markt zu torpedieren.

Das gilt insbesondere für die Vertragsbestimmungen über die Mindestpreise für Agrarprodukte. Dabei sind als Kriterium die durchschnittlichen inländischen Gestehekungskosten vorgesehen. (Auf welche Produkte sich das Mindestpreissystem erstrecken soll, steht noch offen und wird von der Kommission innerhalb der nächsten zwei Jahre zu entscheiden sein.) Kritisch ist hierbei, daß gerade diese Gestehekungskosten in entscheidendem Ausmaß von den sogenannten Grenzbetrieben bestimmt werden, so daß man also befürchten muß, daß die Mitgliedsländer ihre Mindestpreise sehr hoch ansetzen werden. Damit würde das Wachstum des EWG-Handels zwar nicht verhindert, aber erheblich beeinträchtigt werden. Es wird also darauf ankommen, daß bei der Definition der Kriterien nicht das Prinzip der Kostendeckung zugrunde gelegt wird, da dann eine zweckmäßige und ausdrücklich gewünschte neue Standortverteilung nach dem Gesichtspunkt der höchsten Produktivität mit Sicherheit verhindert wird. Ein weiterer, ebenso ausdeutbarer Bestandteil des Vertrags ist der Artikel 45, wonach langfristige Abnahmeverträge zwischen den EWG-Ländern erlaubt sind. Abgesehen davon, daß mit dieser Regelung eindeutig Drittländer gegenüber den EWG-Ländern zusätz-



lich benachteiligt werden, ist auch dies eine Bestimmung, die weitestgehender Manipulierung offensteht.

Zusammenfassend kommt man auf Grund der Studie zu folgendem Ergebnis: CEPES hält einen Umbau des bisherigen nationalstaatlichen Systems der Preisbeeinflussungen zu einem funktionsfähigen Binnenagrarmarkt für unerlässlich. Dies mag ein Ausscheiden unrentabler Produzenten zur Folge haben; man darf jedoch eine solche Entwicklung zu stärkerer innereuropäischer Konkurrenz nicht scheuen. Gewisse private Umstellungslasten sind nicht nur nicht zu vermeiden, sondern geradezu notwendig, weil sie der Preis sind für die größeren Integrationsgewinne, die in der Wirtschaftsgemeinschaft anfallen können. Zu diesem Zwecke müssen gewisse Anpassungshilfen jedenfalls vorübergehend gewährt werden. Dies sind vom Vertrag vorgesehene Beihilfen zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder natürliche Bedingungen benachteiligt sind. Aber die allgemeine Produktionsorientierung sollte auf jeden Fall die Impulse ausnutzen, die der natürliche Marktmechanismus liefert. „Dasjenige agrarpolitische System ist am besten und entspricht am meisten europäischen Traditionen, das einen hohen Grad bäuerlicher Selbständigkeit und Initiative zu erhalten und zu entwickeln vermag.“

Die Studie war in der jetzt vorliegenden Fassung (mit statistischem Anhang als Ergänzung zum Textteil) als ein mehr grundsätzlicher Beitrag zur Agrardiskussion gedacht. Sie hat aber durch den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung, nämlich kurz vor Beginn der Landwirtschaftskonferenz von Stresa, am 18. Juni 1958, einen stark aktuellen Bezug bekommen. Tatsächlich liegen die Beschlüsse von Stresa durchaus auf der Linie der CEPES-Vorschläge (vgl. den nachfolgend abgedruckten Wortlaut der Entschließung). Daß sie von allen Vertretern der Mitgliedsländer einstimmig angenommen wurden, ist ebenso überraschend wie bedeutungsvoll; denn es ist jetzt zu erwarten, daß sich die EWG-Kommission die in Stresa erarbeiteten Grundsätze, welche sie nach den Bestimmungen des Vertrags nur zu „berücksichtigen“ hätte, zu eigen machen wird. Damit könnten innerhalb von zwei Jahren bereits konkrete Maßnahmen zur Durchführung dieses Entwurfs von Stresa erwartet werden. Das ist ein beachtliches Ergebnis, das im Grunde das Ende der nationalstaatlichen Landwirtschaftspolitik bedeutet und den Beginn einer gemeinsamen Agrarorientierung im Gemeinsamen Markt, wenn auch vorerst noch zögernd und versuchsweise, einleitet.

N. Kohlhasse

#### *Entschließung der Landwirtschaftskonferenz der EWG in Stresa vom 3. bis zum 11. Juli 1958*

Die Landwirtschaftskonferenz der Mitgliedstaaten, die gemäß Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) einberufen wurde,

##### I

nach Kenntnisnahme der Memoranden, die der Konferenz von den Mitgliedstaaten vorgelegt wurden;  
nach Anhörung der Erklärungen der Delegationsleiter der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft;  
nach Annahme der Berichte der drei während der Konferenz gebildeten Arbeitsausschüsse;  
unter Berücksichtigung des im Vertrag vorgesehenen Verfahrens für die Vorbereitung der Vorschläge der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik;

##### II

in der Erwägung, daß die Durchführung der im Vertrag vorgesehenen gemeinsamen Agrarpolitik neue Aussichten für die Regelung der bestehenden Probleme eröffnet;  
in Erwägung der Lage der Landwirtschaft und der gegenwärtigen Agrarpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und insbesondere in Erwägung

- der Zunahme der landwirtschaftlichen Erzeugung, die im Laufe der letzten Jahre stärker war als die Verbrauchszunahme,
  - der Verminderung der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung,
  - der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft,
  - der trotz der Produktivitätssteigerung eingetretenen relativen Schlechterstellung der landwirtschaftlichen Einkommen,
  - der Tatsache, daß die Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen oft zu Produktionssteigerungen geführt haben, die die auf den Märkten bereits anzutreffenden Schwierigkeiten verstärkt haben;
- in Erwägung der zwischen den Mitgliedstaaten bestehen-

den Unterschiede in der Agrarstruktur und in der Agrarpolitik und insbesondere in der Organisation der Märkte;  
in Erwägung der unterschiedlichen Bedingungen, die in den Mitgliedstaaten für den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und für die diese Erzeugnisse verarbeitende Industrie bestehen;

in Erwägung der Bedeutung, die auf dem Agrarsektor die durch den Vertrag hergestellten Bindungen mit den der Gemeinschaft assoziierten überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten einnehmen;

in Erwägung der Bedeutung des Güteraustausches zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern sowohl auf dem Gebiet der Landwirtschaft als auch auf dem gewerblichen Sektor;

##### III

stellt bei Abschluß ihrer Arbeiten fest, daß eine allgemeine Übereinstimmung über die nachstehenden Grundgedanken deutlich wurde:

1. Die Landwirtschaft ist als integrierender Bestandteil der Wirtschaft und als wesentlicher Faktor des sozialen Lebens anzusehen.
2. Die Durchführung des Vertrages muß aus sich heraus zu einer fortschreitenden Entwicklung des Güteraustausches innerhalb der Gemeinschaft führen; gleichzeitig wird der Notwendigkeit Rechnung zu tragen sein, die Handelsbeziehungen und die vertraglichen politischen und wirtschaftlichen Bindungen mit dritten Ländern zu unterhalten und die Möglichkeit aufrechtzuerhalten, sich gegen verfälschte Konkurrenz von außen zu schützen.
3. Zwischen der Politik zur Strukturverbesserung und der Marktpolitik muß eine enge Wechselbeziehung hergestellt werden; die Strukturverbesserung soll zu einer Annäherung der Gestehungskosten und zu einer rationalen Ausrichtung der Erzeugung beitragen; die Marktpolitik soll so durchgeführt werden, daß sie die Verbesserung der Produktivität fördert.
4. Zwischen Produktion und Absatzmöglichkeiten muß ein Gleichgewicht gesucht werden, wobei die mögliche Aus-



fuhr und Einfuhr sowie eine den wirtschaftlichen Strukturen und den natürlichen Bedingungen in der Gemeinschaft entsprechende Arbeitsteilung zu berücksichtigen sind.

5. Die so unternommenen Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung sollen die Durchführung einer Preispolitik zulassen, die Ueberproduktionen vermeidet und zugleich ermöglicht, wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden; gleichzeitig wird eine Politik der Gewährung von Hilfen an benachteiligte Gebiete oder Betriebe die erforderlichen Umstellungen möglich machen.
6. Die Beseitigung von Subventionen, die dem Geist des Vertrages widersprechen, muß als wesentlich erachtet werden.
7. Bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Agrarpolitik soll die Entwicklung von Produktion und Nachfrage in den assoziierten Ländern und Hoheitsgebieten in Betracht gezogen werden.
8. Die Verbesserung der Agrarstruktur soll es ermöglichen, daß dem Kapital und der Arbeit in der europäischen Landwirtschaft Erträge zufließen und erhalten bleiben, die den Erträgen, welche dieses Kapital und diese Arbeit in den anderen Wirtschaftsbereichen erzielen würden, vergleichbar sind.
9. Angesichts der Bedeutung der durch den Familienbetrieb gekennzeichneten Struktur der europäischen Landwirtschaft und angesichts des einmütigen Willens, dieses spezifische Merkmal zu erhalten, sollten alle Mittel eingesetzt werden, um Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Familienbetriebe zu heben. Eine berufliche Umorientierung der freiwerdenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und eine stärkere Industrialisierung der ländlichen Gebiete werden eine schrittweise Regelung der Probleme der Marginalbetriebe ermöglichen, die unter wirtschaftlichen Bedingungen nicht rentabel gestaltet werden können.

#### IV

lenkt die Aufmerksamkeit der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Notwendigkeit:

- die Gegenüberstellung der Produktionsmöglichkeiten und des Bedarfs auf der Grundlage statistischer Angaben fortzusetzen, die in den sechs Ländern nach einheitlichen Methoden erstellt wurden und sich auf nach einheitlicher Nomenklatur bezeichnete Erzeugnisse beziehen; außerdem ist bei der Auswertung dieser Statistiken der Entwicklung und den in den Zahlen zum Ausdruck kommenden Tendenzen besondere Bedeutung beizumessen;

- die Entwicklungstendenzen der Nachfrage zu untersuchen;
- die Ursachen für die relative Schlechterstellung der landwirtschaftlichen Einkommen zu untersuchen;
- eine Bestandsaufnahme und kritische Gegenüberstellung der Probleme vorzunehmen, die sich bei der Entwicklung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturen in den Mitgliedstaaten stellen;
- vor der Durchführung wichtiger Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur Beratungen im Rahmen der Organe der Gemeinschaft abzuhalten;
- den Bedarf an Kapital zu ermitteln, das erforderlich ist, um die Verbesserung der Agrarstruktur während der Uebergangszeit vorzunehmen;
- eine Untersuchung über den Einfluß der einzelstaatlichen Marktordnungen auf Produktion und Arbeitsteilung durchzuführen;
- eine Bestandsaufnahme der Maßnahmen und Faktoren vorzunehmen, welche die Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Landwirtschaft der Gemeinschaft entscheidend beeinflussen;
- eine Bestandsaufnahme der Handelsbeziehungen und Handelsabkommen der Mitgliedstaaten vorzunehmen; lenkt die Aufmerksamkeit der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Dringlichkeit der Vorschläge, die für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte gemäß Artikel 40 Ziffer 2 des Vertrages zu machen sind;
- lenkt die Aufmerksamkeit der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Bedeutung folgender Probleme:
  1. schrittweise Annäherung der Preise für die landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse, insbesondere für Futtergetreide;
  2. Bereitstellung von Kapital für die Landwirtschaft zu Bedingungen, die den besonderen Erfordernissen des Agrarsektors entsprechen;
  3. Angleichung der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Handels und auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet;

#### V

nimmt mit Befriedigung die von der Kommission geäußerte Absicht zur Kenntnis, mit den Regierungen und den berufsständischen Organisationen, insbesondere zur Durchführung der in dieser Entschließung vorgesehenen Aufgaben, eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 11 vom 1. August 1958.



## Zeittafel vom 1. bis zum 30. September 1958

### Die Ereignisse in Europa

#### Bulgarien

22. Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, *Dimitri Ganeff*, beschuldigt auf einer Massenversammlung die jugoslawischen Behörden, die bulgarisch-fühlende Bevölkerung in Mazedonien zu benachteiligen und zu verfolgen. Die jugoslawischen Maßnahmen würden zu einer Massenauswanderung nach Bulgarien führen.

#### Dänemark

- 8.—9. Die Außenminister *Oskar Lange* (Norwegen), *Oesten Undén* (Schweden) und *Johannes Virolainen* (Finnland) und der isländische Botschafter in Kopenhagen treffen sich unter dem Vorsitz des dänischen Ministerpräsidenten und Außenministers, *Hans C. Hansen*, um die bevorstehende Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu erörtern. Die Außenminister setzen sich in dem Kommuniqué für eine globale Lösung der Frage der See- und Fischereigrenzen im Rahmen der Vereinten Nationen ein. Sie erklären sich zur Förderung aller realistischen Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung bereit.

#### Deutschland

2. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes verurteilt in einer auf seiner Sitzung in Berlin gefaßten Entschliebung die Erschwerungen und Beschränkungen, die die Regierung der DDR den Beziehungen und dem Verkehr zwischen den Deutschen aus beiden Teilen des Landes in den Weg legt. Der Gewerkschaftsbund appelliert an die Großmächte, an die ausländischen Gewerkschaften und an das deutsche Volk, die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands tatkräftig zu unterstützen.
3. Der Vorstand der SPD verabschiedet eine Entschliebung, in der die Partei die Fortsetzung ihrer Kampagne gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen und ihre weitere Unterstützung der Bemühungen des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ ankündigt.
4. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Willy Brandt*, berichtet vor dem Berliner Abgeordnetenhaus über das Anwachsen der Zahl der in Berliner Auffanglagern eintreffenden Flüchtlinge aus der DDR. *Brandt* appelliert an die Bevölkerung der DDR, „so lange zu bleiben, wie es geht“. Die Erhaltung der Volkssubstanz entscheide mit darüber, wie und wann die Wiederherstellung der staatlichen Einheit erreicht werde.  
Erklärung der Regierung der DDR zur deutschen Frage. (Vgl. den Wortlaut auf S. 11 121 dieser Folge sowie Wortlaut entsprechender Noten vom 5. September auf S. 11 124.)
9. Das Auswärtige Amt übermittelt den Regierungen der vier Großmächte mit einer Verbalnote ein Aide-mémoire, in welchem der Beschluß des Bundestages

vom 2. Juli betr. die Errichtung eines Vier-Mächte-Gremiums auf Botschaferebene zur Erarbeitung gemeinsamer Vorschläge für die Lösung der deutschen Frage mitgeteilt wird. (Vgl. den Wortlaut auf S. 11 125). Der Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenhauer*, kritisiert am gleichen Tage in einer der Presse übergebenen Erklärung die Tatsache, daß der Beschluß des Bundestages den Großmächten erst nach 69 Tagen und nur als Verbalnote übermittelt werde. Damit habe man der Regierung der DDR die Möglichkeit gegeben, vorher ihren Vorschlag vom 4. September (s. oben) zu formulieren.

11. Der Bundesvorsitzende der FDP, *Reinhold Maier*, plädiert in einer Rede vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart für eine von allen Parteien des Bundestages gemeinsam erarbeitete Außenpolitik. *Maier* spricht sich entschieden gegen Verhandlungen mit der Regierung der DDR aus. An der Grundidee von militärischen Entspannungsräumen an Stelle einer Massierung von Streitkräften auf deutschem Boden halte er fest; bei der gegenwärtigen Weltlage sei sie jedoch nicht aktuell. Die FDP bekenne sich zum Nordatlantikpakt, betrachte ihn jedoch nicht als ein Heiligtum; sie wünsche eine lebendigere und wirkungsvollere NATO mit mehr diplomatischem Effekt. In der Frage der deutschen Einheit müsse man von allen Verbündeten verlangen, daß sie „kapitelfest“ seien.
16. Bundeskanzler *Adenauer* erklärt auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß nach seinen Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten, *Charles de Gaulle* (vgl. Frankreich), die deutsch-französische Politik unverändert fortgeführt werde. *De Gaulle* sei kein Nationalist und kenne genau die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für Europa und die Welt. Aus der Tatsache, daß keine konkreten Beschlüsse gefaßt worden seien, dürften keine falschen Schlüsse gezogen werden.

Das Politbüro der SED befaßt sich in einer Sitzung mit der Lage der Aerzte in der DDR. Fehler in der Ausführung der Parteibeschlüsse hätten den „imperialistischen Politikern“ Gelegenheit gegeben, die Aerzte durch Abwerbung und Organisierung der Republikflucht zum Verlassen der DDR zu bewegen. In Zukunft sollen die wissenschaftliche Forschung und Lehre und die Tätigkeit des Arztes eine intensivere Förderung erfahren. Das Politbüro weist darauf hin, „daß die Ausübung des Arztberufes und die wissenschaftliche Tätigkeit in der DDR von den fachlichen Fähigkeiten und Kenntnissen abhängt und keiner weltanschaulichen Verpflichtung für den dialektischen Materialismus unterliegt“.

- 18.—19. Auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED, die sich mit den Vorbereitungen für die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen der DDR befaßt, wendet sich Ministerpräsident *Otto Grotewohl* in seinem Referat u. a. gegen „die Hetze und die Ab-



werbungsmaßnahmen des Gegners“. Der Wahlkampf müsse dazu benutzt werden, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie einer glücklicheren sozialistischen Zukunft entgegenstehe.

- 18.—21. Bundesparteitag der CDU in Kiel. Bundeskanzler Adenauer geht in seinem Grundsatzreferat auf die Lage in der DDR ein und fordert die Sowjetunion auf, sie solle „endlich diese Last von uns Deutschen nehmen“. Die DDR sei zu einem einzigen großen Gefängnis gemacht worden. Der SPD hält Adenauer vor, daß die Sowjetunion schon lange die Bundesrepublik und andere europäische Länder in ihren Machtbereich einbezogen hätte, wenn man die außenpolitische Linie der Sozialdemokraten befolgt hätte. Um so entschlossener werde die CDU ihre Außenpolitik fortsetzen, bis eine allgemeine Entspannung durch kontrollierte Abrüstung erreicht sei. Im innenpolitischen Teil seiner Rede erklärt Adenauer u. a., es müsse dafür gesorgt werden, daß keine wirtschaftlichen Machtzusammenballungen entstehen, die das wirtschaftliche und damit das politische Leben beherrschen könnten. Das gelte gleichermaßen für Unternehmer, Organisationen, Kartelle und auch für die Gewerkschaften. Der Präsident des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, bezeichnet in der Einleitung der sozialpolitischen Debatte die Gestaltung Deutschlands zu einem sozialen Rechtsstaat als innenpolitisches Leitbild der Partei. Das sei aber scharf von dem „neosozialistischen Lieblingsgedanken des Versorgungsstaates“ zu trennen. Bundeskanzler Adenauer wird durch Akklamation einstimmig für weitere zwei Jahre zum Ersten Vorsitzenden, Eugen Gerstenmaier und Kai Uwe von Hassel zu stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Als Nachfolger des verstorbenen Karl Arnold und des zurückgetretenen Jakob Kaiser wählt der Bundesparteitag Theodor Blank und Heinrich Krone zu stellvertretenden Vorsitzenden.
22. Der III. Kongreß der Nationalen Front der DDR verabschiedet einen Aufruf zu den Volkskammer- und Bezirkstagswahlen und wählt Prof. Erich Correns wiederum zum Präsidenten.
22. Ernst Scholz übernimmt als Nachfolger des tödlich verunglückten Heinz Winkler das Amt des Ministers für Bauwesen der DDR.
24. Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, nimmt in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer zur Deutschlandfrage Stellung und plädiert erneut für die Errichtung eines Vier-Mächte-Gremiums zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages. Die bevorstehende Sitzung des Bundestages in Berlin bezeichnet er als Ausdruck einer politischen Hysterie. Die regierenden Kreise der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik bezeichnet Grotewohl als die „aggressivsten Kräfte der Welt“, denen die „Friedenspolitik“ der DDR entgegenstehe. Im Zuge einer Umbildung der Regierung der DDR wird die Auflösung des Staatssekretariats für die örtliche Wirtschaft sowie der Ministerien für Berg- und Hüttenwesen, für Chemische Industrie, für Kohle und Energie, für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau, für Leichtindustrie, für Lebensmittelindustrie und für Arbeit und Berufsausbildung bekanntgegeben. Die Minister werden

ihrer Funktionen entbunden, und die Ressorts der aufgelösten Ministerien werden der Staatlichen Planungskommission unterstellt. Gleichzeitig wird die Amtsenthebung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Franz Selbmann bekanntgegeben.

28. Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ergeben folgende Sitzverteilung: CDU 33 (bisher: 25), SPD 26 (25), BHE 5 (10), FDP 3 (5), Südschleswigscher Wählerverband 2 (—).

#### Frankreich

4. Ministerpräsident Charles de Gaulle erläutert auf einer Kundgebung in Paris den Verfassungsentwurf, der am 28. September zur Volksabstimmung vorgelegt werden soll, und fordert die Franzosen zur Zustimmung auf.
5. Auf einer Pressekonferenz lehnt Pierre Mendès-France den Verfassungsentwurf der Regierung ab, weil er dem Staatspräsidenten die Stellung eines Monarchen gebe und weil die wichtigsten Organe des Staates, der Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Senat und der Verfassungsrat, nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehen würden.
6. Der erweiterte Vorstand der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) erklärt sich mit 121 gegen 12 Stimmen für die Annahme des Verfassungsentwurfs der Regierung.
11. Nach Besprechungen mit Ministerpräsident Charles de Gaulle und mit Außenminister Maurice Couve de Murville erklärt der belgische Außenminister, Pierre Wigny, in Paris vor der Presse, er habe auf französischer Seite den festen Willen zur Einhaltung der europäischen Verpflichtungen und keinerlei ungünstige Vorurteile für die zukünftige europäische Zusammenarbeit angetroffen. In einem Interview mit der Zeitung *Le Monde* spricht sich Jean Monnet für eine Annahme des Verfassungsentwurfs der Regierung aus, obwohl die vorgesehene starke Stellung des Staatspräsidenten sein Mißfallen erzeuge. Die Regierung werde jedoch auch die Möglichkeit haben, sich mit größerer Entschlußkraft der Europapolitik zu widmen.
- 11.—14. Der Kongreß der Radikalsozialistischen Partei in Lyon beschließt nach heftigen Debatten, in denen sich Félix Gaillard als Befürworter und Pierre Mendès-France als Gegner gegenüberstehen, mit 716 gegen 544 Stimmen, die Annahme des Verfassungsentwurfs der Regierung zu empfehlen. Anschließend wird Félix Gaillard als einziger Kandidat zum Vorsitzenden gewählt.
- 11.—14. Der Kongreß der Sozialistischen Partei beschließt mit 2786 gegen 1176 Stimmen bei 62 Enthaltungen, die Annahme des Verfassungsentwurfs zu empfehlen. In einer Resolution zur Algerienpolitik spricht sich der Kongreß für eine Trennung der militärischen und zivilen Gewalt und die Auflösung der Wohlfahrtsausschüsse aus. Die Politik der „Integration“ in Algerien müsse abgelehnt werden, weil sie nicht dem Willen der Bevölkerung und nicht einmal dem echten Wunsche ihrer Befürworter in Algerien entspreche. Der Kongreß plädiert für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Waffenstillstand und über eine politische Lösung in Algerien. Guy Mollet wird als Vorsitzender wiedergewählt.



14. Nach einem Zusammentreffen zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und Ministerpräsident *Charles de Gaulle* in Colombey-les-deux-Eglises wird in einem gemeinsamen Communiqué erklärt, die Staatsmänner hätten eine Aussprache „in voller Offenheit und im Geiste aufrichtigen Einverständnisses“ gehabt. Sie erklären gemeinsam, daß die enge Zusammenarbeit der beiden Länder die Grundlage jedes konstruktiven Aufbaues in Europa sei. Die Zusammenarbeit müsse organisiert werden und die anderen westeuropäischen Nationen einschließen.
15. Auf Informationsminister *Jacques Soustelle* verüben algerische Nationalisten in Paris ein Attentat. Der Minister wird nur leicht verletzt.
28. Die Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf der Regierung ergibt im Mutterland 17 666 828 (79,25 vH) Ja-Stimmen und 4 624 475 (20,75 vH) Nein-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 84,9 vH. In Algerien und den überseeischen Territorien spricht sich eine Mehrheit zwischen 75 und 99 vH für die Verfassung aus. Lediglich Guinea stimmt mit 97 vH gegen die Verfassung und damit für die sofortige Unabhängigkeit.
30. Noten zur Deutschlandfrage (vgl. den Wortlaut auf S. 11 127 ff).

#### Griechenland

18. In einer Note werden die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages von Lausanne von 1923 (Großbritannien, Frankreich, die Türkei, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien) darauf aufmerksam gemacht, daß die britische Regierung durch die Akkreditierung eines Vertreters der türkischen Regierung beim Gouverneur von Cypern den Vertrag von Lausanne verletze. Die Türkei habe in dem Vertrag auf alle Souveränitätsrechte verzichtet, und Artikel 27 verbiete ihr jegliche Ausübung politischer Macht auf Cypern.
27. Erzbischof *Makarios* schlägt in einem Schreiben an die britische Regierung vor, Cypern unter einer Garantie der Vereinten Nationen nach einer Selbstregierungsperiode die Unabhängigkeit zu gewähren. Ein Anschluß an Griechenland oder eine Teilung der Insel solle nach Erlangung der Unabhängigkeit auf jeden Fall von der Zustimmung der Organisation der Vereinten Nationen abhängen. Am 29. September gibt die Regierung in einem Communiqué bekannt, daß sie den Vorschlag von Erzbischof *Makarios* einmütig billige.

#### Großbritannien

- 1.—5. Jahrestagung des Gewerkschaftskongresses in Bournemouth. In einer Resolution fordert der Kongreß von der Regierung Bemühungen um eine Konferenz der Regierungschefs zum Abschluß eines Abkommens über die Einstellung der Produktion und der Benutzung von Kernwaffen. In weiteren Resolutionen setzt sich der Kongreß für eine friedliche Stabilisierung der Lage im Mittleren Osten, für die Aufhebung der Handelsbeschränkungen gegenüber den Ostblockstaaten, für die Errichtung einer europäischen Freihandelszone und für die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie ein.
5. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt zur Lage um Formosa, daß die Regierung „die Besorgnis

der amerikanischen Regierung hinsichtlich jeden Versuchs, territoriale Änderungen durch die Anwendung von Gewalt herbeizuführen“, teile. Zur Ausdehnung der Territorialgewässer durch die Volksrepublik China (vgl. Volksrepublik China) stellt der Sprecher fest, daß die Regierung keine Territorialgewässer außerhalb der Dreimeilenzone anerkenne.

10. In einer Note an die Sowjetregierung wird das Einverständnis zur Teilnahme an einer zum 31. Oktober nach Genf einzuberufenden Konferenz Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Einstellung der Kernwaffenversuche erklärt.
12. Der polnische Außenminister, *Adam Rapacki*, führt auf der Durchreise in London mit Außenminister *Selwyn Lloyd* Besprechungen, die, wie ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, einen außenpolitischen „Tour d'horizon“ zum Gegenstand haben. In ihrer Antwort auf das Memorandum der tschechoslowakischen Regierung vom 31. Mai (vgl. Zeittafel in EA. 12/1958, Tschechoslowakei) beschuldigt die Regierung die Sowjetunion, jeden Fortschritt in bezug auf eine mögliche Konferenz der Regierungschefs aufgehalten zu haben. Es sei zu früh, über den Teilnehmerkreis der Konferenz zu beraten, solange man sich noch nicht über die Tagesordnung geeinigt habe.
15. In einem Schreiben an Premierminister *Harold Macmillan* ersucht Oppositionsführer *Hugh Gaitskell* die britische Regierung um die Klarstellung, daß Großbritannien an einem Krieg zur Verteidigung von Quemoy nicht teilnehmen würde. Dies solle dem amerikanischen Verbündeten vollauf klargemacht werden. In seiner Antwort vom gleichen Tage stellt *Macmillan* fest, daß sich die Regierung für eine friedliche Regelung des Streites einsetze, ohne „in aller Öffentlichkeit zu Schwierigkeiten Stellung zu nehmen, die wir gemeinsam zu bereinigen hoffen“.
- 18.—20. Jahreskongreß der Liberalen Partei in Torquay. Der Parteivorsitzende, *Joseph Grimond*, bezeichnet die Außenpolitik der Regierung als katastrophal und auf veralteten Auffassungen beruhend. Niemand kenne das Ziel der britischen Politik im Mittleren Osten oder in der Deutschlandfrage. Gegenüber dem kleinen Island wende man „Machtmethode des 19. Jahrhunderts“ an. Der Parteikongreß empfiehlt in Resolutionen u. a. einen einseitigen Verzicht auf Kernwaffen durch Großbritannien, die kampflose Aufgabe der Inseln Quemoy und Matsu durch die Nationalchinesen und die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die Organisation der Vereinten Nationen.
30. Noten zur Deutschlandfrage (vgl. den Wortlaut auf S. 11 127 ff).

In seiner Antwort auf das Schreiben von Erzbischof *Makarios* vom 27. September (vgl. Griechenland) erklärt Premierminister *Harold Macmillan*, der Vorschlag von *Makarios* passe nicht in den Rahmen der sofortigen Regelung und der Wiederherstellung der Ordnung auf Cypern. Er könne natürlich mit anderen Vorschlägen zusammen bei der endgültigen Lösung in Erwägung gezogen werden.



### Island

1. In einer Note an die britische Regierung wird gegen die Tätigkeit britischer Fischkutter und begleitender Marineeinheiten in der von Island beanspruchten Territorialzone von 12 Seemeilen protestiert.
2. Ein britischer Fischkutter wird von einem Kommando eines isländischen Fischereischutzbootes geentert. Anschließend wird der Fischkutter von der Entermannschaft einer britischen Fregatte besetzt, und das isländische Kommando wird festgenommen. Ähnliche Zwischenfälle ereignen sich an den folgenden Tagen.

### Italien

2. Ministerpräsident *Amintore Fanfani* empfängt den libyschen Außenminister, *Wahdi Elbury*, zu einem Meinungsaustausch.

### Norwegen

29. In der Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 15. Juli (vgl. den Wortlaut in EA 18/1958, S. 11 064—11 068) wird festgestellt, daß die Verpflichtungen des von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Vertrages für Freundschaft und Zusammenarbeit bereits in der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen enthalten seien. Die von der Sowjetregierung aufgeworfenen speziellen Fragen könnten am besten im Rahmen der Vorbereitungen für eine Konferenz der Regierungschefs behandelt werden.

### Polen

15. In Warschau beginnen Besprechungen zwischen den Botschaftern der Vereinigten Staaten und der Chinesischen Volksrepublik über die Regelung der beiderseitigen Beziehungen einschließlich des Problems der Küsteninseln Quemoy und Matsu.

### Schweden

6. In ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 15. Juli (vgl. Zeittafel in EA 15—17/1958, Sowjetunion) erklärt die Regierung eine Entspannung in Europa für wünschenswert. Gewisse im sowjetischen Vertragsentwurf vorgesehene Bestimmungen würden jedoch nicht über die Verpflichtungen hinausgehen, die die Mitglieder der Vereinten Nationen ohnehin schon übernommen hätten. Den Plan für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa halte die Regierung einer Prüfung wert.

### Sowjetunion

5. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschließt, *Nikolai Bulganin* seiner Funktionen als Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees zu entheben. Für den 27. Januar 1959 wird der 21. Parteikongreß einberufen.
6. In einer Note an die israelische Regierung wird erneut festgestellt, Israel leiste der amerikanischen und britischen „Aggression“ im Mittleren Osten Vorschub, indem es britischen und amerikanischen Flugzeugen das Ueberfliegen seines Territoriums erlaube.
7. In einem Schreiben an Präsident *Eisenhower* erklärt Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow*, ein Angriff

auf die Volksrepublik China werde einen Angriff gegen die Sowjetunion darstellen. Im Fernen Osten werde es keinen Frieden geben, solange die amerikanischen Streitkräfte nicht aus dem Gebiet von Formosa zurückgezogen seien. Die Menschheit stehe erneut vor der direkten Gefahr eines Konflikts, der zum Kriege führen könne. Chruschtschow regt eine Prüfung des Problems im Rahmen der Vereinten Nationen an.

In einer Note an die deutsche Bundesregierung wird der Bundesrepublik erneut vorgeworfen, durch die Bereitstellung von Flugplätzen und Häfen für den amerikanischen Nachschub zum Mittleren Osten die britisch-amerikanische „Aggression“ zu unterstützen.

15. In ihrer Antwort auf die Note der Vereinigten Staaten vom 31. Juli (vgl. den Wortlaut in EA 18/1958, S. 11 073—11 075) erklärt sich die Sowjetregierung mit der Aufnahme von Besprechungen zwischen Sachverständigen zur Verhütung von Ueber-raschungsangriffen einverstanden und schlägt vor, diese Besprechungen am 10. November in Genf unter Teilnahme von Vertretern aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien beginnen zu lassen.
16. Die Sowjetregierung weist die japanische Regierung in einer Note darauf hin, daß sie sich durch eine Bereitstellung japanischen Territoriums für die Nachschuborganisation der amerikanischen Streitkräfte in der Straße von Formosa „zum Komplizen der gegen die Volksrepublik China gerichteten aggressiven Handlungen der Vereinigten Staaten“ mache.
18. Noten zur Deutschlandfrage (vgl. den Wortlaut auf S. 11 125 ff).
19. In einem Schreiben an Präsident *Eisenhower* verurteilt Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow* in scharfer Form die Haltung der Vereinigten Staaten in der Straße von Formosa. Die amerikanischen Streitkräfte müßten Formosa und das Seegebiet um die Insel verlassen. Andernfalls bleibe der Volksrepublik China kein anderer Weg als die „Vertreibung der ihr feindlichen Streitkräfte von ihrem eigenen Territorium“. Die Sowjetunion stehe voll und ganz auf der Seite der Volksrepublik China und werde ihre Politik unterstützen.
22. In einem Interview mit der *Prawda* vergleicht Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow* die gegenwärtige Lage Frankreichs mit der Deutschlands zur Zeit der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933. Die Haltung der französischen Sozialisten, besonders von *Guy Mollet*, bei dieser „Einführung faschistischer Zustände“ sei verwerflich. Bundeskanzler *Adenauer* habe bei seiner Besprechung mit Ministerpräsident *de Gaulle* in Colombey-les-deux-Eglises am 14. September (vgl. Frankreich) den Versuch eingeleitet, „Frankreich ins Schlepptau der deutschen Panzer zu nehmen und zu einem Feldzug gegen Osten zu veranlassen“.
26. In einem Interview mit der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* erklärt Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow*, bei den Besprechungen zwischen Ministerpräsident *de Gaulle* und Bundeskanzler *Adenauer* vom 14. September (vgl. Frankreich) sei die Errichtung einer „Achse Bonn—Paris“ erörtert worden, die



in ihren Zielsetzungen an die „Achse Berlin—Rom“ und den „Drei-Mächte-Pakt“ erinnere. Auf die Frage, ob die Sowjetunion im Falle eines Verzichts auf die atomare Aufrüstung und einer Beschränkung der Rüstungen der Bundeswehr zur Wiedervereinigung Deutschlands beitragen werde, stellt Chruschtschow fest, daß eine solche Maßnahme „zu einer

Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten“ beitragen würde, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit zum Ziele hätte. Zur Förderung dieses Zieles würde die Sowjetunion dann alles, was in ihrer Macht liege, beitragen.

30. Die Sowjetunion nimmt ihre am 31. März 1958 eingestellten Kernwaffenversuche wieder auf.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AFRIKA

#### Algerien

19. In Kairo wird die Bildung einer „Provisorischen Regierung der Algerischen Republik“ bekanntgegeben. Ministerpräsident wird Ferhat Abbas, Außenminister Mohammed Lamine Dehaghine. Die Regierung gibt bekannt, daß sie sich im Kriegszustand mit Frankreich befinde. In den folgenden Tagen wird die Regierung von den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga sowie von der Volksrepublik China, von Nordkorea, Nordvietnam und Indonesien anerkannt. Die amerikanische Regierung gibt am 25. September bekannt, daß sie die algerische Exilregierung nicht anerkenne, da sie nicht die Voraussetzungen erfülle, die die amerikanische Regierung für eine solche Anerkennung für erforderlich halte.
28. Der Ministerpräsident der Exilregierung, Ferhat Abbas, erklärt auf einer Pressekonferenz, die Exilregierung sei jederzeit zu Verhandlungen mit Frankreich bereit, wenn das Recht Algeriens auf Unabhängigkeit und Souveränität anerkannt werde.
30. Die Exilregierung stellt in einem Kommuniqué fest, das Ergebnis der Volksabstimmung vom 28. September (vgl. Frankreich) sei völlig wertlos, da es nur „den Willen der Armee“ ausdrücke.

#### Guinea

29. Der Gouverneur der französischen überseeischen Gebiete, Jean Risterucci, übergibt Ministerpräsident Sekou Touré eine Erklärung, in welcher festgestellt wird, daß Guinea durch die Ablehnung des Verfassungsentwurfs in der Volksabstimmung am 28. September seine Unabhängigkeit erlangt habe. Die Hoheitsrechte und Pflichten der Französischen Republik gegenüber Guinea seien aufgehoben, und die finanziellen Zuschüsse seitens Frankreichs würden eingestellt. Die französischen Beamten würden für einen Zeitraum von zwei Monaten als Berater zur Verfügung stehen.

#### Südafrikanische Union

2. Das Parlament wählt mit 98 gegen 75 Stimmen Hendrik F. Verwoerd zum Premierminister. Im übrigen bleibt das Kabinett unverändert.

#### Vereinigte Arabische Republik

3. In Anwesenheit von Staatspräsident Gamal Abdel Nasser und des jemenitischen Kronprinzen und Ministerpräsidenten, Emir Mohammed el-Badr, tritt der Unionsrat der Vereinigten Arabischen Staaten zu seiner ersten Sitzung zusammen.
- 3.—6. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, führt Besprechungen mit Staatspräsident Gamal Abdel Nasser.

27. Staatspräsident Gamal Abdel Nasser unterzeichnet ein Gesetz, das eine Bodenreform in Syrien vorsieht. Gegen Entschädigung wird der 80 Hektar übersteigende Grundbesitz an künstlich bewässerten Grundstücken und der 300 Hektar übersteigende Grundbesitz an unbewässerten Grundstücken entignet.

### AMERIKA

#### Brasilien

10. Der italienische Staatspräsident, Giovanni Gronchi, stellt zum Abschluß seines am 4. September begonnenen Staatsbesuchs zusammen mit Präsident Juscelino Kubitschek in einer Gemeinsamen Erklärung fest, daß sich die beiden Präsidenten für die Förderung der Entwicklungsländer einsetzen wollen und auf ein Nachlassen der internationalen Spannungen hoffen.

#### Chile

4. Der Kandidat der Liberalen und der Konservativen Partei, Senator Jorge Alessandri, wird in allgemeinen Wahlen zum Präsidenten gewählt.

#### Kanada

26. Abschluß der am 15. September begonnenen Konferenz der Finanzminister des Commonwealth in Montreal, an welcher alle Dominions einschließlich der Zentralafrikanischen Föderation teilnehmen. Nigeria, Westindien, Kenia, Tanganjika, Uganda, Sierra Leone und Hongkong sind durch Beobachter vertreten. Im Abschlußkommuniqué kommt zum Ausdruck, daß die Finanzminister über folgende Fragen einig geworden seien und die erforderlichen Maßnahmen beschlossen hätten: Förderung und Sicherung eines freien Handels- und Zahlungsverkehrs, Verminderung der Schwankungen der Grundstoffpreise, Sicherung des Pfundes und die Wiederherstellung der Konvertierbarkeit, Unterstützung der Entwicklungsländer, Förderung des Nachwuchses, Verbesserung des Fernmeldewesens und die Errichtung eines Wirtschaftlichen Konsultativrates zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

#### Vereinigte Staaten

2. In einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen beantragt die amerikanische Regierung, ein „Programm für internationale Zusammenarbeit in der Stratosphäre“ auf die Tagesordnung der 13. Vollversammlung der Vereinten Nationen zu setzen.
4. Außenminister Dulles weist nach einer Unterredung mit Präsident Eisenhower in Newport darauf hin, daß die Inseln Quemoy und Matsu seit 13 Jahren



der Herrschaft der Regierung der Republik China unterstützen. Der Präsident sei bis jetzt noch nicht zu dem Schluß gekommen, daß der Einsatz amerikanischer Truppen notwendig sei, um die Verteidigung Formosas sicherzustellen. Der Präsident würde jedoch nicht zögern, eine solche Entscheidung zu treffen, falls die Umstände es erfordern.

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt zu der von der Regierung der Volksrepublik China beanspruchten Zwölfmeilenzone der Hoheitsgewässer (vgl. Volksrepublik China), daß die Vereinigten Staaten nur die Dreimeilenzone als völkerrechtlich verbindlich anerkennen.

7. In einer Erklärung von Präsident *Eisenhower* wird festgestellt, daß die Regierung zu der von dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, *Tschu En-lai* (vgl. Volksrepublik China), vorgeschlagenen Wiederaufnahme der Botschafterbesprechungen bereit sei. Der amerikanische Botschafter in Warschau stehe sofort für solche Verhandlungen zur Verfügung.
10. In einer Note an die Sowjetregierung wird das Einverständnis zur Teilnahme an einer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche erklärt. (Wortlaut in EA 18/1958, S. 11 072.)
11. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache erklärt Präsident *Eisenhower* zur Lage um Formosa, daß ein zweites „München“ die Angreifer ermutigen und die Verbündeten enttäuschen könne und damit nicht zum Frieden im Fernen Osten beitragen würde. Es werde seitens der Vereinigten Staaten kein Zurückweichen angesichts einer bewaffneten Aggression geben.
12. Zum Abschluß von zweitägigen Besprechungen erklären Außenminister John Foster *Dulles* und der japanische Außenminister, Aichihiro *Fujiyama*, in einem gemeinsamen Kommuniqué, daß die Gewaltanwendung der Chinesischen Volksrepublik im Fernen Osten eine große Spannung verursacht habe. Die beiden Minister seien sich darüber einig, daß die Lage in der Straße von Formosa friedlich und ohne Gewaltanwendung geklärt werden sollte.
13. In einem Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, weist Präsident *Eisenhower* darauf hin, daß die Chinesische Volksrepublik drei Wochen nach dem Besuch Chruschtschows in Peking (vgl. das Kommuniqué in EA 18/1958, S. 11 080) mit der Beschießung von Quemoy begonnen und die Eroberung Quemoy und Formosas zu ihrem Ziel erklärt habe. Die Vereinigten Staaten erfüllten lediglich ihre Verpflichtung, einem Verbündeten gegen eine Aggression beizustehen. Die Vorwürfe, die Chruschtschow in seinem Schreiben vom 7. September (vgl. Sowjetunion) gegen die Vereinigten Staaten erhoben habe, seien daher völlig unbegründet. Chruschtschow möge seinen Einfluß bei der Volksrepublik China geltend machen, damit sie ihre militärischen Operationen einstelle und sich der Politik einer friedlichen Beilegung des Streits zuwende.
15. Beginn von amerikanisch-chinesischen Botschafterbesprechungen in Warschau (vgl. Polen). In einer Antwort auf die Note der tschechoslowakischen Regierung vom 31. Mai (vgl. 12/1958, Tschechoslowakei) werden die darin erhobenen Beschul-

digungen, die Vereinigten Staaten würden das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz behindern, als unbegründet zurückgewiesen. Ueber die Zusammensetzung der Konferenz könne erst gesprochen werden, wenn über die Tagesordnung Uebereinstimmung erzielt worden sei.

20. Das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, an Präsident *Eisenhower* vom 19. September (vgl. Sowjetunion) wird zurückgewiesen und dem Absender wieder zugestellt mit der Feststellung, das Schreiben sei „voll von falschen Anschuldigungen“, beleidigend und maßlos und enthalte unstatthafte Drohungen.
22. Der Chefberater von Präsident Eisenhower, Sherman *Adams*, erklärt seinen Rücktritt. Am 27. September wird Generalmajor Wilton B. *Persons* zu seinem Nachfolger ernannt.
25. Außenminister John Foster *Dulles* erklärt in einer Rede vor dem Fernost-Amerikarat für Handel und Industrie in New York, die Bedeutung der Küsteninseln Quemoy und Matsu für die Republik China sei vergleichbar mit der Berlins für den Westen. Es gehe nicht um den Besitz einiger Quadratmeilen, sondern um eine kommunistische Herausforderung.
27. In einer Ansprache vor der Atlantic Treaty Association in Boston weist Außenminister John Foster *Dulles* darauf hin, daß die Vereinigten Staaten keine militärische Hilfe der Nordatlantikpakt-Organisation im Fernen Osten erwarten. Dulles geht auch auf andere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten, z. B. in der Cypern-Frage, ein und erklärt, aus solchen Differenzen solle nicht auf eine Schwächung des gemeinsamen Verteidigungswillens der Bündnispartner geschlossen werden.
30. Noten zur Deutschlandfrage (vgl. den Wortlaut auf S. 11 127 ff). Die Atomenergie-Kommission gibt bekannt, daß die Durchführung von nuklearen Explosionen in der Sowjetunion festgestellt worden sei. Das Außenministerium bemerkt dazu in einer Erklärung, daß sich damit die sowjetische Erklärung vom 31. März betr. die Einstellung der Kernwaffenversuche in erster Linie als eine Propagandaangelegenheit erwiesen habe.
30. Außenminister John F. *Dulles* erklärt auf einer Pressekonferenz, daß es töricht sei, auf den Küsteninseln Quemoy und Matsu so viele nationalchinesische Truppen zu belassen, wenn es zu einer vereinbarten oder auch nur tatsächlichen Waffenruhe kommen würde. Er sehe eine leichte Tendenz zur Stabilisierung der Lage in der Straße von Formosa. Ein Zusammentreffen zwischen ihm und dem chinesischen Außenminister sollte nur bei wirklichen Erfolgsaussichten ins Auge gefaßt werden. Dulles stellt fest, daß eine Rückkehr der Nationalchinesen auf das Festland bestimmt nicht aus eigener Kraft erfolgen würde, sondern allenfalls als Folge von Ereignissen auf dem Festland.

## ASIEN

### Afghanistan

6. Zum Abschluß eines am 2. September begonnenen Besuchs des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam *Široky*, wird in einem gemeinsamen Kom-



muniqué u. a. festgestellt, daß mit Ministerpräsident Mohammed Daud Gespräche in der Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens stattgefunden hätten und daß sich die Gesprächspartner zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen bekennen.

#### China (Formosa)

7. Das nationalchinesische Verteidigungsministerium gibt bekannt, daß Einheiten der amerikanischen Flotte zum Geleitschutz für die Versorgung von Quemoy eingesetzt würden.
12. Außenminister Huang Shao-ku erklärt vor der Presse, er bezweifle, ob es klug sei, mit den „kommunistischen Aggressoren“ Verhandlungen aufzunehmen. Als legitime Regierung des chinesischen Volkes sei die nationalchinesische Regierung verpflichtet, ihre Rechte und Interessen selbst zu verteidigen.
29. Generalissimus Tschiang Kai-schek erklärt auf einer Pressekonferenz, die nationalchinesischen Truppen würden gegebenenfalls auch ohne amerikanische Hilfe die Küsteninseln verteidigen und Vergeltungsschläge gegen das chinesische Festland durchführen.

#### Volksrepublik China

4. Die Regierung gibt die Erweiterung der Territorialgewässer auf 12 Seemeilen bekannt. Damit werden die Küsteninseln, einschließlich Quemoy und Matsu, zu Inseln der chinesischen Binnengewässer erklärt. Ausländische Luft- und Seefahrzeuge werden vor einer Verletzung der Hoheitsgewässer gewarnt.
6. Ministerpräsident und Außenminister Tschu En-lai erklärt in einer Rede auf der Obersten Staatskonferenz, die Volksrepublik China habe das Recht, ihr Territorium auf den Küsteninseln und auf Formosa von den Truppen Tschiang Kai-scheks zu befreien. Die amerikanische Intervention verletze in grober Weise die primitivsten Regeln internationaler Beziehungen. Um eine weitere Anstrengung zur Gewährleistung des Friedens zu unternehmen, sei die Regierung bereit, die Gespräche mit den Vereinigten Staaten auf Botschafterebene wiederaufzunehmen.
15. Beginn von chinesisch-amerikanischen Botschafterbesprechungen in Warschau (vgl. Polen).

#### Indien

7. Premierminister Jawaharlal Nehru spricht sich auf einer Pressekonferenz für eine friedliche Eingliederung der Inseln Quemoy und Matsu in die Volksrepublik China aus. Er hege nicht den geringsten Zweifel, daß die Inseln mit China vereinigt würden. Dies solle man erkennen und friedlich danach handeln.
10. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird festgestellt, daß der pakistanische Premierminister, Firoz Khan Noon, und Premierminister Jawaharlal Nehru in zweitägigen Besprechungen die meisten unstrittenen Grenzfragen um Ostpakistan geregelt und den Austausch von Enklaven vereinbart hätten. Die Regierungschefs wollten in Zukunft in Fühlung bleiben, um die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu entwickeln.

#### Indonesien

4. Die Regierung gibt bekannt, daß Staatspräsident Achmed Soekarno die Staatsoberhäupter von Indien,

Pakistan, Nord- und Südvietnam zu einer „freundschaftlichen Konferenz“ nach Djakarta eingeladen habe.

#### Irak

8. Zum Abschluß von zweitägigen Besprechungen zwischen der Regierung und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, erklärt Außenminister Abdel Johar Jomard, die Regierung habe genügend klargemacht, daß der Abzug der fremden Truppen aus Jordanien das grundlegende Problem der gegenwärtigen Lage des Mittleren Ostens bleibe.
12. Der Souveränitätsrat enthebt den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister, Abdul Salam Aref, seines Amtes als stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Am 30. September wird Aref auch seiner Kabinettsämter enthoben; die deutsche Bundesregierung wird um ihr Agrément für seine Entsendung als Botschafter nach Bonn ersucht.

#### Israel

6. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, führt Besprechungen mit Ministerpräsident David Ben Gurion in Jerusalem, die er anschließend vor der Presse als „sehr nützlich“ bezeichnet.

#### Japan

1. Außenminister Aichiro Fujiyama erklärt auf einer Pressekonferenz, Japan lehne jede indirekte Beteiligung an der Krise um Formosa ab. Die Regierung wünsche eine Revision des amerikanisch-japanischen Sicherheitsabkommens dahingehend, daß die Vereinigten Staaten verpflichtet würden, die japanische Regierung zu konsultieren, bevor eine Aktion unternommen wird, an der in Japan stationierte Truppen beteiligt sein könnten.

#### Jordanien

9. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, beendet zweitägige Besprechungen mit Ministerpräsident Samir Rifai über die Lage im Mittleren Osten. Dabei werden die Ergebnisse der bisherigen Konsultationen des Generalsekretärs mit den arabischen Regierungen erörtert.

#### Libanon

- 10.—12. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, führt in Beirut Verhandlungen mit der Regierung. In einem Kommuniqué heißt es, der Generalsekretär habe die interessierten Länder von der Notwendigkeit überzeugt, einen sicheren Transitverkehr vom Libanon nach Jordanien zu erlauben. Die Regierung habe den Generalsekretär warnend darauf aufmerksam gemacht, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch und eine Massenauswanderung im Libanon drohen, falls nicht durch geeignete Maßnahmen das nationale Vertrauen wiederhergestellt und der Aggression Einhalt geboten werde.
20. Ministerpräsident Sami Solh erklärt seinen Rücktritt und begibt sich in die Türkei.
23. Nach Ablauf seiner Amtsperiode übergibt Staatspräsident Camille Chamoun seine Amtsgeschäfte an den gewählten Nachfolger, General Fuad Chehab.



In seiner Antrittsrede ruft Chehab die Bevölkerung zur Ruhe und Einigkeit auf und kündigt auf außenpolitischem Gebiet die Aufnahme besserer Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten und Vorbereitungen für den baldigen Abzug der amerikanischen Truppen an.

24. Der bisherige Führer der Aufständischen in Tripolis, Raschid *Karame*, bildet eine neue Regierung, in der Philippe *Takla* das Außenministerium übernimmt.

#### Oman

7. Die Regierung gibt bekannt, daß sie das Territorium von Gwadar an Pakistan abtritt.

### Internationale Organisationen

#### Organisation der Vereinten Nationen

- 1.—13. In Genf findet die zweite Internationale Konferenz der Vereinten Nationen zur friedlichen Verwendung der Kernenergie statt.
16. In der Eröffnungssitzung wählt die 13. ordentliche Tagung der Vollversammlung den libanesischen Außenminister, Charles *Malik*, zu ihrem Präsidenten.
18. In der Generaldebatte der Vollversammlung legt der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, die Haltung der amerikanischen Regierung um Formosa und im Mittleren Osten sowie zur Abrüstungsfrage dar und setzt sich für die Errichtung einer Ständigen Streitmacht der Vereinten Nationen ein. Zur Unterstützung der Entwicklungsländer würden die Vereinigten Staaten sich im kommenden Jahr für die Weiterführung ihres Auslandhilfeprogramms, die Förderung der Privatinitiative bei Investitionen für regionale Entwicklungsprogramme, für eine Erhöhung des Grundkapitals der Weltbank und der Quoten des Internationalen Währungsfonds und für die Errichtung einer Internationalen Entwicklungsbehörde einsetzen. Der sowjetische Außenminister, Andrej *Gromyko*, legt die Politik der Sowjetregierung im Hinblick auf Abrüstung und Entspannung dar. Er fordert, daß die Abrüstungskommission zur Hälfte aus Staaten bestehen müsse, die nicht „den von den Vereinigten Staaten und Großbritannien geschaffenen Militärblocks angehören“. Die Abrüstungsfrage könne vielleicht besser schrittweise in Abschnitten gelöst werden, wobei am Anfang die aktuellsten Fragen herauszuheben wären. Die gleichen Thesen sind Gegenstand eines Memorandums, das die Sowjetregierung der Vollversammlung zur Abrüstungsfrage vorlegt.
22. Die Vollversammlung beschließt mit 61 gegen 10 Stimmen bei 10 Enthaltungen die Aufnahme der Ungarnfrage in die Tagesordnung. Gleichzeitig nimmt sie die Algerienfrage und die Rassenfrage in der Südafrikanischen Union in die Tagesordnung auf. Die französische Delegation erklärt darauf, sie werde an der Algeriendebatte nicht teilnehmen; das gleiche erklärt die südafrikanische Delegation für die Debatte über die Rassenfrage in Südafrika.
23. Die Vollversammlung lehnt mit 40 gegen 29 Stimmen bei 12 Enthaltungen einen Antrag Indiens ab, die Frage der Vertretung Chinas in der Organisation der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung zu setzen.
30. In einem Bericht über seine Verhandlungen im Mittleren Osten teilt Generalsekretär Dag *Hammar-skjöld* mit, daß sich in Amman ein Vertreter des Generalsekretärs mit Verbindungsstellen in Beirut und Damaskus niederlassen werde. Zusammen mit der Beobachtergruppe im Libanon werde er über die Ach-

tung der Prinzipien der guten Nachbarschaft, der Souveränität und Nichteinmischung in diesem Raum wachen. Die Vereinigte Arabische Republik und der Irak hätten die Niederlassung eines Vertreters des Generalsekretärs auf ihrem Territorium abgelehnt.

#### Arabische Liga

6. Generalsekretär Abdel Khalek *Hassouna* gibt bekannt, daß die Regierungen Tunesiens und Marokkos den Beitritt als ordentliche Mitglieder zur Arabischen Liga beschlossen haben.

#### Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

- 8.—13. Eine Konferenz von Vertretern der Verwaltungen für Post- und Fernmeldewesen der Mitgliedstaaten in Brüssel erarbeitet den Entwurf des Statuts für eine „Europäische Gemeinschaft für Post- und Fernmeldewesen“, die integrierender Bestandteil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden soll. Das Statut sieht als Ziel der neuen Organisation „die Anpassung des Aufbaus ihrer Dienste und der Benutzungsbedingungen für die Ziele des Gemeinsamen Marktes“ vor.
- 18.—20. Der Rat der EWG erörtert auf seiner Tagung in Venedig die Probleme einer Europäischen Freihandelszone und legt in einem Arbeitsdokument vier Grundsatzthesen fest, über die prinzipielles Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern erzielt worden ist: Die Freihandelszone solle noch am 1. Januar 1959 in Kraft treten und die Uebergangszeit nach 18 Jahren auslaufen. Die Institutionen der Freihandelszone sollten weitgehend an die des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) angeglichen werden. Bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, bei Verkehrsverlagerungen und bei Dumping sei den Mitgliedern eine Schutzklausel zu gewähren. Das Problem der Ursprungskontrolle müsse noch weiter erörtert werden.

#### Organisation der Amerikanischen Staaten

24. Abschluß einer Wirtschaftskonferenz der amerikanischen Republiken in Washington (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 11 105 dieser Folge).

#### Libérale Weltunion

6. Zum Abschluß einer dreitägigen Sitzung in Kopenhagen bezeichnet der Rat der Liberalen Weltunion in einer Resolution die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als einen wertvollen Beitrag zu einer engeren Gemeinschaft der europäischen Nationen. In einer zweiten Resolution wird festgestellt, daß die Vorschläge für ein „Disengagement“ in Europa nur im Zusammenhang mit der internationalen Lage und mit der „Offensive, die von der Sowjetunion pausenlos gegen die gesamte freie Welt geführt wird“, beurteilt werden könne.



## Bücher und Broschüren

Afrika und Europa. Bonn: Europa-Union Deutschland 1958. 113 S. (Schriftenreihe der Europa-Union Deutschland, Heft 4).

Annuaire Européen. European Yearbook. Vol. IV. Publié sous les auspices du Conseil de l'Europe. Den Haag: Martinus Nijhoff 1958. XXII, 708 S. Lw. Gulden 37.50.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der Ministerrat des Europarats im März 1957 die Fortsetzung dieses Jahrbuchs auf unbegrenzte Zeit beschlossen hat. Durch die ersten drei Bände, 1955—1957 erschienen, waren die Verträge und Statuten, weitere Dokumente und Chronologien der Tätigkeit aller europäischen Organisationen bis zum Ende des Jahres 1955 zusammengefaßt und jeweils in einem Aufsatzteil wertvolle Artikel von hervorragenden Sachkennern publiziert worden (vgl. EA 2/1957, S. 9579, und EA 1/1958, S. 10 455). Jetzt kann man der regelmäßigen Erscheinungsweise dieses unersetzlichen zentralen Handbuchs aller Organisationen und Probleme der europäischen Integration gewiß sein.

Der IV. Band, gleich sorgfältig wie seine Vorgänger gearbeitet, enthält im 1. Teil wiederum Aufsätze, speziell zu den Problemen der europäischen Integration, die im Jahre 1956 im Mittelpunkt standen. C. F. Ophüls berichtet über „La Relance Européenne“ und die Arbeit der Brüsseler Konferenz; L. Armand und G. R. Nelson erörtern „Euratom“ und die Anstrengungen anderer Stellen zu einer europäischen Organisation für Atomenergie; M. F. de Nerée tot Babberich und R. Monaco untersuchen Ergebnisse der Gemeinsamen Versammlung und der auswärtigen Beziehungen der Montanunion; A. Elin gibt eine gründliche Analyse der Struktur der OEEC, E. Löchen eine vergleichende Studie über die verschiedenen europäischen Parlamente. Besonders zu begrüßen ist die Aufnahme auch kritisch diskutierender Beiträge: R. W. G. Mackay, „Strasbourg in perspective“, R. L. Bindschedler, „La suisse et l'Intégration de l'Europe“, L. Gelberg (Warschau), „Quelques observations sur le problème de l'unification de l'Europe“, sowie des Berichtes von E. J. Patterson (Saarkommission der WEU), „The Saar Referendum“.

Der 2. Teil unterrichtet wiederum lückenlos über die Tätigkeit aller europäischen Organisationen, nunmehr während des Jahres 1956, in Chronologien und dokumentarischen Texten. Das neue Kapitel über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beginnt mit dem Abdruck des vollständigen Wortlauts des Vertrages vom 25. März 1957 einschließlich aller Anhänge (S. 413—639). — Der 3. Teil führt die sehr nützliche Bibliographie aller wichtigen Schriften zur Frage der europäischen Einigung mit 16 ausführlichen Besprechungen und 240 angezeigten Titeln des Erscheinungsjahres 1956 fort.

Walter Lipgens

L'application du Traité instituant la C.E.C.A. au cours de la période transitoire. Luxembourg, Assemblée Parlementaire Européenne 1958. 294 S.

Baade, Fritz: Weltenergiewirtschaft. Hamburg: Rowohlt 1958. 191 S. (Rohwohlt's deutsche Enzyklopädie, Band 75). DM 1.90.

Badia, Gilbert: La Fin de la République Allemande 1929 bis 1933. Paris: Editions sociales 1958. 134 S.

Bedjaoui, Mohammed: Fonction Publique Internationale et Influences Nationales. Published under the auspices of The Carnegie Endowment for International Peace, European Centre. London: Stevens & Sons Ltd. 1958. XVIII, 674 S. £ 3/5.—.

Seit dem Jahre 1955 veranstaltet das Europäische Zentrum der Carnegie-Stiftung jährlich einen Wettbewerb für wissenschaftliche Studien, die sich mit den Problemen internationaler Organisationen befassen. Der vorliegenden Arbeit ist der erste Preis für das Jahr 1956 zugesprochen worden. Der

in Algerien geborene Autor, Jurist und politischer Wissenschaftler, gehört gegenwärtig zum Mitarbeiterstab des Centre National de la Recherche Scientifique in Paris. Sein Buch, das sich mit dem Status, den Rechten und Pflichten des „internationalen Beamten“, d. h. dem Personal der internationalen Organisationen, befaßt, basiert auf einem gründlichen Studium sowohl der Praxis als auch der Rechtsproblematik. Besondere Aufmerksamkeit wird der Frage der Beeinflussung des Personals durch ihre internationalen Regierungen geschenkt.

Bohn, Helmut, u. a.: Die Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen). Bonn: Deutscher Bundes-Verlag 1958. 174 S.

Davison, W. Philipps: The Berlin Blockade. A Study in Cold War Politics. Princeton, N. J.: Princeton University Press 1958. XIV, 423 S. (Rand Corporation Research Study). \$ 7.50.

La Défense Nationale. Paris: Presses Universitaires de France 1958. 622 S. (Bibliothèque des Centres d'Etudes supérieures spécialisés, Band IV).

Fainsod, Merle: Smolensk under Soviet Rule. Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1958. 484 S. (Rand Corporation Research Study). \$ 8.50.

Fischer, George: Russian Liberalism. From Gentry to Intelligentsia. Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1958. IX, 240 S. \$ 4.50.

Hagemeyer, Maria: Zum Familienrecht in der Sowjetzone. Der „Entwurf des Familiengesetzbuches“ und die „Verordnung über Eheschließung und Eheauflösung“. Herausgeb. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn: Deutscher Bundes-Verlag 1958. 75 S.

d'Hérouville, Hubert: L'Economie Méditerranéenne. Paris: Presses Universitaires de France 1958. 128 S. („Que sais-je?“, Le Point des Connaissances Actuelles Nr. 785).

International Tax Agreements. Band VII. New York: United Nations 1958. X, 384 S. (Sales No.: 58. XVI. 1.) \$ 2.50.

Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. Mit Bildtafeln, Karten und Dokumenten. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH 1958. 522 S.

Kopp, Fritz: Chronik der Wiederbewaffnung in Deutschland. Daten über Polizei und Bewaffnung 1945—1958 — Rüstung der Sowjetzone — Abwehr des Westens. Köln: Markus Verlag GmbH 1958. 160 S.

Current Legal Problems 1958. Band 11. Herausgegeben von George W. Keeton und Georg Schwarzenberger im Namen der Faculty of Law, University College, London. London: Stevens & Sons Ltd. 1958. 35 s.

Der vorliegende 11. Band dieser Reihe enthält im wesentlichen die Vorlesungen, die im Rahmen der juristischen Fakultät des University College in London während des Studienjahres 1957/58 gehalten wurden. Für das Gebiet der internationalen Beziehungen ist der Beitrag des Studiendirektors des Londoner Institute of World Affairs, Dr. G. Schwarzenberger, zum Thema der Legalität der Atomwaffen hervorzuheben, der inzwischen auch in deutscher und spanischer Uebersetzung erschienen ist.



Lettres de fusillés. Vorwort von Jacques Duclos. Paris: Editions Sociales 1958. 77 S., ffrs. 180.

Lindsay, Kenneth: Vers un Parlement Européen. Strasbourg: Conseil de l'Europe 1958. XXI, 188 S.

Miksche, Ferdinand Otto: Der Atomkrieg findet nicht statt. Das Versagen der Atomstrategie. Stuttgart: Friedrich Vorwerk Verlag 1958. 256 S. DM 14,80.

Nacou, Démosthène: Du Kolkhoze au Sovkhoze. Commune — Artel — Toze — Kolkhoze — M.T.S. — Sovkhoze. Paris: Les Editions de Minuit 1958. 277 S.

In the Service of Europe. Ten years of international cooperation in the United Nations Economic Commission for Europe. Genf: United Nations 1957. (United Nations Sales No.: 58.I.6.). 35 cents; £ —/2/6.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Economic Commission for Europe (ECE) geben die Vereinten Nationen diese Broschüre heraus, in der in großen Umrissen die Gliederung und die Aufgaben der Kommission dargestellt werden. Daß die Kommission bei der politischen und wirtschaftlichen Spaltung Europas über eine verhältnismäßig bescheidene Beratungstätigkeit für einzelne Regierungen nicht hinauskommen kann, ist nicht verwunderlich, und daß die Arbeit innerhalb der Kommission mit ihren Mitgliedern aus westlich und östlich orientierten Ländern mühsam genug ist, läßt sich denken. Gerade deshalb aber verdient eine Institution Interesse und Förderung, die im neutralen Rahmen der Vereinten Nationen einen vernünftigen Zusammenhang des künstlich getrennten europäischen Wirtschaftsraumes zu erhalten sucht. Die Broschüre gibt eine gute Uebersicht, wie das auf zahlreichen Gebieten noch immer möglich ist.

Spulber, Nicolas: The Economics of Communist Eastern Europe. Published jointly by the Technology Press of Massachusetts Institute of Technology and John Wiley & Sons, Inc., New York. London: Chapman & Hall, Ltd. 1957. XI, 525 S. \$ 12,50.

Bei diesem Buch handelt es sich um eine sehr sorgfältige und eingehende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in den osteuropäischen Ländern, ihrer Einbeziehung in das sowjetische Planungssystem und der daraus folgenden strukturellen Veränderungen. Dem Verfasser ging es dabei um die Analyse von drei Problemkreisen: dem Prozeß der Rationalisierung innerhalb der osteuropäischen Wirtschaft und der Errichtung einer zentral gelenkten Planwirtschaft, der Auswirkungen der Unterordnung aller nationalen Wirtschaftssysteme unter diese Organisationsform und schließlich der Gegenüberstellung von autonomistischen nationalen Tendenzen und der von Moskau aufgezwungenen „Integration“ innerhalb des sogenannten demokratischen Weltmarktes. Unter diesen Gesichtspunkten wird — um Vergleichsdaten zu gewinnen — zunächst die Wirtschaftslage der einzelnen Länder vor und unmittelbar nach dem Kriege dargestellt; dann die Ergebnisse der Nationalisierung auf den verschiedenen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens geschildert. In einem dritten Abschnitt zeigt der Verfasser die weitreichenden Folgen der Durchführung der langfristigen Wirtschaftspläne, ihrer Formen, Zielsetzungen und Hindernisse auf dem Wege zur Verwirklichung. Deutlich geht daraus hervor, daß es der Sowjetunion gelang, ihre Schlüsselpositionen überall zu behaupten und insbesondere in den Handelsbeziehungen innerhalb des Ostblocks zu festigen. Es fügen sich in einem letzten Kapitel einige allgemeine, sehr lesenswerte Schlußfolgerungen über Investierung und National-einkommen an. Zu begrüßen ist außerdem das reiche, viele osteuropäische Publikationen berücksichtigende Literaturverzeichnis.

Statistical Yearbook 1957. Annuaire Statistique 1957. Ninth Issue. Hrsg.: Statistical Office of the United Nations Department of Economic and Social Affairs. New York: United Nations 1957. 674 S. Zweisprachig. (Sales No.: 1957—XVII—1.). \$ 6,50.

Das vom „Statistical Office of the United Nations“ herausgegebene englisch- und französischsprachige „Statistical Yearbook“ gibt eine umfassende statistische Darstellung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung fast sämtlicher Länder der Erde. In der neuen Ausgabe von 1957 sind, zum Teil erstmalig, die osteuropäischen Länder und die DDR mit ausführlichem Material erfaßt. Als neues umfangreiches Sachgebiet wurde u. a. „International Economic Aid“ behandelt.

Das „Statistical Yearbook“ ist systematisch und innerhalb der Systematik nach Ländern angeordnet. Zu Anfang wird eine kurze Einführung mit den nötigen Hinweisen auf die Anordnung der Tabellen, die territorialen Veränderungen und Quellen usw. gegeben. Am Ende des Bandes finden sich, ebenfalls in englischer und französischer Sprache, je ein „Subject Index“ und ein „Country Index“.

Das gebotene statistische Material übertrifft an Reichhaltigkeit noch die vorangehenden Jahrgänge des „Statistical Yearbook“; dieser Umstand ist in erster Linie der guten Zusammenarbeit der nationalen statistischen Behörden zu danken. I. Brunken

Ein Tagebuch aus Prag 1945—46. Aufzeichnungen von Margarete Schell. Herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1957. 279 S. (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 2. Beiheft). Zu beziehen durch Verlag „Christ Unterwegs“, Buchenhain vor München. DM 8,50.

Transport of Perishable Foodstuffs. Notes on Transport Temperatures and Transport Equipment. (Drafted in cooperation with the International Institute of Refrigeration). New York: United Nations 1958. 16 S. (United Nations Sales No.: 58.VIII.1.). \$ 0,20.

Das Verhältnis des deutschen Kartellrechts zu den kartellrechtlichen Vorschriften des Vertrags über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Rechtsgutachten, erstattet vom Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1958. 44 S. (Schriften des Instituts für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Frankfurt am Main, Bd. 7).

Das im Februar 1958 abgeschlossene Gutachten befaßt sich mit der Rechtswirkung der Kartellvorschriften des Vertrages über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Art. 85 ff. EWG-Vertrag vom 25. März 1957). Dabei wird den bisher vertretenen Meinungen — volle Verbindlichkeit der Art. 85 ff. mit Inkrafttreten des Vertrages am 1. Januar 1958 und Nichtverbindlichkeit dieser Vorschriften als bloße Programmsätze — eine Mittelmeinung entgegengestellt. Danach sollen die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages insoweit sofort verbindlich sein, als sie dazu dienen, die Ziele des Vertrages zu sichern. Daraus folgt nach Meinung der Verfasser u. a., daß sämtliche Vereinbarungen oder Maßnahmen privatrechtlicher Natur mit dem Vertrag unvereinbar sind, die über die erlaubten öffentlich-rechtlichen Beeinträchtigungen des zwischenstaatlichen Handels hinausgehen. Nach diesem Grundsatz sollen demzufolge z. B. auch die in den §§ 2 ff. des deutschen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957 statuierten Ausnahmen vom Kartellverbot zu beurteilen sein. Die in diesem Zusammenhang in der Praxis interessierende Frage, ob die Kartellbestimmungen des EWG-Vertrages angesichts der uneinheitlichen, nationalen Wettbewerbsregeln oder gar, wie in Holland, angesichts ihres Fehlens nicht zu einer Diskriminierung bestimmter nationaler Wirtschaften führen können, wird gestreift; Befürchtungen dieser Art werden jedoch von der Hand gewiesen. E. Wallrapp

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1957. Bd. IV/1: XIII, 357 S.; Bd. IV/2: XVI, 818 S. (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen



aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV/1 u. Bd. IV/2). Zu beziehen durch Verlag „Christ Unterwegs“, Buchenhain vor München, DM 20,—.

Zemanek, Karl: Das Vertragsrecht der internationalen Organisationen. Wien: Springer-Verlag 1957. XI, 159 S. (Rechts- und Staatswissenschaften, Bd. 15).

Der Verfasser, Dozent an der Universität Wien, unternimmt mit diesem Buch die nicht sehr einfache Aufgabe, Bedeutung und Auswirkung des Vertragsrechts der internationalen Organisationen in seinem Verhältnis zum allgemeinen Völkerrecht und zum nationalen Recht zu bestimmen. Dieses Vorhaben ist nur zu begrüßen. Die Entwicklung der internationalen Organisationen in den letzten 40 Jahren auf politischem, technisch-administrativem und wirtschaftlichem Gebiet hat eine Vielfalt von neuen Rechtsformen des Völker-

rechts wie des Internationalen Privatrechts mit sich gebracht, deren Erfassung, Definition und Einordnung in die zwischenstaatliche Rechtsordnung erst am Anfang stehen.

Zemanek beschränkt sich auf diesem weiten Felde richtigerweise auf ein — allerdings wichtiges — Teilproblem. In einem ersten Hauptabschnitt stellt er die internationalen Organisationen als Handlungseinheiten in der Völkerrechtsgemeinschaft vor; eine von ihm gegebene tragfähige Definition des viel diskutierten und schwer faßbaren Begriffes der internationalen Organisation gibt ihm die Grundlage für die Behandlung ihrer Rechtspersönlichkeit und inneren Struktur. Von hier aus behandelt er im zweiten Teil die internationale Organisation als Vertragspartei unter den drei möglichen Aspekten des Völkerrechts, der internen Staatengemeinschaft und des Landesrechts. Damit ergibt sich ein guter Ueberblick über diesen Problemkreis, der Anreiz zur Vertiefung dieses interessanten Themas bietet.

## Hans Joachim Heiser†

Am 5. Juli 1958 wurde Dr. iur. Hans Joachim Heiser, Legationsrat an der deutschen Botschaft in Paris, Opfer eines Verkehrsunfalls. Auf unauffällige Weise ist ein Leben ausgelöscht, das in besonderem Maße hoffnungsvoll und glücklich war. Eine glänzende Karriere schien ihm sicher. Wenige Wochen vor seinem Tode hatte er geheiratet.

Heiser wurde am 7. Februar 1922 in Potsdam geboren. Den Krieg erlebte er als Offizier — zeitweise eines Traditionsregiments seiner Heimatstadt — in Afrika und Rußland. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Hamburg und Frankfurt trat er nach Ablegung der beiden Staatsexamen und der Doktorpromotion unmittelbar in den Ministerialdienst. Sein lebhafter und zielsicherer Verstand drängte ihn aber neben seiner Arbeit im Bundesjustizministerium und dann im Auswärtigen Amt auch noch zu publizistischen Veröffentlichungen. Er war glücklich, daß sich ihm auch das Europa-Archiv hierfür zur Verfügung stellte. Drei Aufsätze, in denen er Erfahrungen seiner amtlichen Tätigkeit verwertete, erschienen in dieser Zeitschrift: „Großbritannien und die europäische Integration“ (Folge 15/1952, S. 5073 ff.), „Die Interimsarbeit an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (Folge 12/1953, S. 5761 ff.) und „Die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses und des Rüstungskontrollamtes der Westeuropäischen Union“ (Folge 19/1956, S. 9213 ff.). Aus dem ersten dieser Aufsätze erwuchs ein im Auftrage des Europarats in englischer Sprache abgefaßtes größeres Manuskript, das noch der Veröffentlichung harret: „The British Policy with Regard to the Unification on the European Continent“. Er hat es in sehr bezeichnender Weise „Bonn—Paris—London, 1956—1957“ datiert; tatsächlich entstanden diese soliden, durch juristische und politische Klarheit ausgezeichneten Arbeiten mitten in einem rastlosen Hin und Her zwischen den Brennpunkten politischen Geschehens. Wir müssen dankbar dafür sein, daß wenigstens dieses „Greifbare“ geblieben ist und — vielleicht kaum merkbar — weiterwirken wird neben dem Gedenken, das ein ungewöhnlich großer Freundeskreis seiner gradlinigen, durch strahlende Fröhlichkeit gewinnenden Persönlichkeit bewahrt.

Ellinor v. Puttkamer

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt des Verlags August Lutzeyer, Baden-Baden, bei.



## Die Tätigkeit des Europarats im August 1958

### VORSCHAU AUF DIE OKTOBERSITZUNG

Am 4. September tritt der Ständige Ausschuß der Beratenden Versammlung in Brüssel zusammen, um die vorläufige Tages- und Geschäftsordnung des Zweiten Teils der Zehnten Ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung, der am Freitag, dem 10. Oktober, in Straßburg beginnen soll, festzusetzen. Für den Nachmittag vor der Wiederaufnahme der Sitzungsperiode sind Tagungen der Ausschüsse und der politischen Gruppen vorgesehen.

Zu den politischen Fragen, über welche die Versammlung beraten wird, gehört als regelmäßig wiederkehrendes Thema die *Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage*, mit besonderer Berücksichtigung der Frage der *Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedstaaten*; Bericht-erstatte für die Frage der allgemeinen Politik ist in diesem Jahr Herr Pierre de Félice (Franzose, Rad. Soz.). Eine Hauptdebatte wird außerdem der *institutionellen Reform des Europarats* gewidmet sein, einschließlich der Vorschläge, die hierzu von dem Generalsekretär in seinem Bericht an die Versammlung im vergangenen April gemacht wurden. An weiteren vorgesehenen Themen sind zu nennen: die *Freihandelszone und der Gemeinsame Markt* in ihren politischen sowie wirtschaftlichen Aspekten, die Frage der *Beziehungen zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft* und schließlich die Frage des *Sitzes der europäischen Institutionen*. Bericht-erstatte für diese letzte Frage ist Herr Frode Jakobsen (Däne, Soz.-Dem.).

Unter den *Wirtschaftsthemen*, die zur Beratung stehen, befindet sich das Problem der europäischen Zusammenarbeit in Fragen der *Atomenergie*. Der Landwirtschaftsausschuß hat Berichte über den *Schlachtvieh- und Fleischmarkt*, über den Kampf gegen die *Maul- und Klauenseuche* und über die *Weinerzeugung und den Weinhandel* in Europa ausgearbeitet.

Zu den Themen aus *juristischem Gebiet*, die von der Versammlung behandelt werden sollen, zählt der Entwurf der Europäischen Konvention über die *Pflichtversicherung für Kraftfahrzeuge*, der durch einen Ausschuß von Regierungssachverständigen auf Grund eines ersten, durch die Versammlung vorgelegten Entwurfs ausgearbeitet worden ist. Herr Séan Flanagan (Irländer, Fianna Fail) wird eine Empfehlung bezüglich des Entwurfs einer neuen Europäischen Konvention über die Regelung der *Unterhaltungspflicht gegenüber Kindern* vorlegen, und Herr Charles Hale (Engländer, Soz.) hat eine Empfehlung bezüglich der *Strafrechts-*

*reform* vorbereitet. Für die Frage der *Verschmutzung des Meeres durch Atommüll* ist Herr Hermod Lannung (Däne, Soz.-Lib.) Bericht-erstatte.

Schließlich sind drei Fragen aus *kulturellem Gebiet* zu nennen, die durch den Ständigen Ausschuß voraussichtlich zur Aufnahme in die endgültige Tagesordnung vorgeschlagen werden: als erste die *Krise der wissenschaftlichen Forschung in Europa*; Bericht-erstatte des Kulturausschusses zu diesem Punkt ist Herr Pierre Grégoire (Luxemburger, Chr.-Soz.). Herr William van Remoortel hat gewisse Vorschläge hinsichtlich des *Kulturfonds des Europarats* vorbereitet. Was den Antrag für eine Empfehlung über die *Gleichwertigkeit der Diplome der landwirtschaftlichen Ausbildung* betrifft, der durch Herrn René Charpentier (Franzose, MRP) im Januar eingebracht worden war, so hat der Kulturausschuß Herrn Mehmed Karasan (Türke, Dem.) zum Bericht-erstatte darüber benannt.

Die Oktobersitzung der Versammlung wird voraussichtlich am Samstag, dem 18. Oktober, beendet werden.

### I. TAGUNGEN DES RATES

Im vergangenen Monat fanden folgende Tagungen statt:

*Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses der Versammlung* zur Prüfung der „Auswirkungen der Freihandelszone auf den europäischen Handel der Nichtmitgliedstaaten“: Paris, 4. August.

Lehrgang über „Differenzierung und Ausbildungszweige in Einheitsschulen“: Sigtuna (Schweden), 11. bis 19. August (siehe unter „Kulturelle Fragen“).

Konferenz über die „Revision der Geschichtslehrbücher“ (1870 bis zur Gegenwart): Istanbul, 25. August bis 3. September (siehe unter „Kulturelle Fragen“).

*Ausschuß für die nicht vertretenen Nationen*: Paris, 27. und 28. August.

15. Sitzung der Europäischen Menschenrechts-Kommission: Straßburg, 27. August bis 1. September.

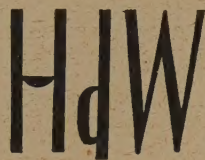
### II. SOZIALE FRAGEN

**Ratifizierung der Abkommen über Soziale Sicherheit durch Italien**

Am 26. August hinterlegte ein Vertreter der italienischen Regierung bei dem Direktor der Beratenden Versammlung, Herrn Schlösser, der den Generalsekretär vertrat, die Ratifikationsurkunden seines Landes zu



Band I liegt vor, Band II erscheint Ende 1958



# HANDBUCH DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Herausgegeben von

Prof. Dr. Karl Hax, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Theodor Wessels, Köln

2 Bände, 1700 Seiten, Ganzleinen DM 88,—, Studentenpreis DM 75,—.

## **Band I Betriebswirtschaft**

1958, 904 Seiten, DM 48,—, Studentenpreis DM 42,—.

## **Band II Volkswirtschaft**

etwa 800 Seiten, DM 40,—, Studentenpreis DM 33,—.

*Das Werk wird nur geschlossen abgegeben, daher verpflichtet der Bezug von Band I zur Abnahme des II. Bandes. Der ermäßigte Preis für Studenten wird nur bei Einsendung einer Studienbescheinigung eingeräumt.*

In dem „Handbuch der Wirtschaftswissenschaften“ wird der gegenwärtige Stand dieser Disziplinen in den Grundzügen dargestellt. Das Werk soll dem Studenten wie dem Praktiker in gleicher Weise nützlich sein; dem Lernenden will es als Einführung in die Wirtschaftswissenschaften dienen; es geht aber zugleich über eine bloße Einführung insofern erheblich hinaus, als es eine zusammenfassende Darstellung des Hauptinhalts aller wichtigen Gebiete der Volkswirtschaftslehre, der Betriebswirtschaftslehre und ihrer Hilfsdisziplinen Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsstatistik, Wirtschaftsrecht bietet. Das Werk enthält für jede Disziplin umfangreiche Literaturangaben zu den einzelnen Beiträgen, die insbesondere dem lernenden Leser ein weiterführendes Studium ermöglichen werden.

Das „Handbuch der Wirtschaftswissenschaften“ will indessen nicht nur Lehrbuch, sondern zugleich Nachschlagewerk und in dieser Eigenschaft vor allem dem Praktiker dienlich sein. Nur scheinbar widerspricht dieser Aufgabe, daß von einer lexikalen Anordnung abgesehen und statt dessen die Form umfangreicher Einzeldarstellungen gewählt wurde. Die geschlossene Behandlung größerer Einzelgebiete erlaubt es, tiefer in die Materie einzudringen, als dies bei lexikalen Beiträgen meist möglich ist, vor allem aber gestattet sie in weit größerem Maße, Einzelfragen in ihren Zusammenhängen mit anderen Problemen zu erörtern.

*Ausführliche Prospekte stehen auf Anforderung zur Verfügung!*



WESTDEUTSCHER VERLAG · KÖLN UND OPLADEN



# SCHRIFTEN ZUR EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSINTEGRATION



## HANDBUCH FÜR EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT

Loseblattausgabe in laufender Folge, herausgegeben von Hans von der Groeben, Mitglied der Europäischen Kommission, und Ministerialdirigent Hans von Boeckh, Bundeswirtschaftsministerium. Preis DM 48,— (Grundwerk 2 Ganzleinenordner mit Hebelmechanik einschließlich aller bisher erschienenen Lieferungen über 2000 Seiten). Nachlieferungen nach Bedarf, pro Seite DM 0,08.



## SCHRIFTENREIHE zum Handbuch für Europäische Wirtschaft

Heft 1 DER GEMEINSAME MARKT, DM 8,80

Heft 2 DIE EUROPÄISCHE ATOMGEMEINSCHAFT, DM 6,80

Heft 3 DIE DEUTSCHE INDUSTRIE IM GEMEINSAMEN MARKT, DM 19,80

Heft 4 DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT IM GEMEINSAMEN MARKT DM 19,80



## Zeitschrift EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Zeitschrift für EWG — EURATOM — Montan-Union — Freihandelszone — GATT — OEEC — EZU — Internationaler Währungsfonds — Weltbank.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Bezugspreis: Im Abonnement vierteljährlich DM 12,— zuzüglich Zustellgebühren. Probeheft kostenlos.



VERLAG AUGUST LUTZEYER · BADEN-BADEN · BONN · FRANKFURT/MAIN

# PARLIAMENTARY AFFAIRS

The Quarterly Journal of the Hansard Society for Parliamentary Government

## RECENT ISSUES INCLUDE ARTICLES ON:

- The Composition of the Committees in the French National Assembly . . . *Martin Harrison*  
The West German Electoral Law . . . . . *U W. Kitzinger*  
Supranational Organization and Democracy in Western Europe . . . . *Dell G. Hitchner*  
Parliamentary Control of Nationalized Industries . . . . . *A. H. Hanson*  
The Italian General Election, 1958 . . . . . *Roy Pryce*  
Parliamentary Crises and Presidial Governments in Finland . . . . *Allan A. Kuusisto*

## BOOK REVIEWS

Single copies 7s. 6d. \$1.25

Annual Subscription 30s. \$4.50

*Specimen copy from:*

**The Hansard Society for Parliamentary Government**

39 Millbank, London, S. W. 1



den Interimsabkommen über Soziale Sicherheit, die im Dezember 1953 im Europarat abgeschlossen worden waren. Diese Abkommen, die acht Monate später in Kraft traten, sind nun von zehn der fünfzehn Mitgliedstaaten des Europarats ratifiziert — von Belgien, Dänemark, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Die Zusatzprotokolle zu diesem Abkommen, durch die ihre Vorteile auch den Flüchtlingen zugute kommen, sind ebenfalls von obenstehenden Ländern ratifiziert worden, mit Ausnahme Dänemarks.

### III. KULTURELLE FRAGEN

#### Der Lehrgang für Pädagogen in Sigtuna

Der fünfte einer Reihe von Lehrgängen, die sich mit Unterrichtsfragen und der europäischen Idee befassen, wurde vom 11. bis zum 19. August in der Kommunkolan in Sigtuna (Schweden) abgehalten. Dieser Lehrgang war durch das schwedische Unterrichtsministerium in Zusammenarbeit mit der Lehrerbildungsanstalt der Universität Stockholm unter persönlicher Leitung des Professors für Pädagogik an der Universität Stockholm, *Torsten Husén*, organisiert worden. 35 Lehrer, Schulaufsichtsbeamte und Erziehungswissenschaftler aus den Mitgliedstaaten des Europarats sowie ein Beobachter der UNESCO nahmen an dem Lehrgang teil.

Im Unterschied zu den vier früheren Lehrgängen dieser Reihe, die das allgemeine Problem der Darlegung der europäischen Idee für Mitglieder des Lehrberufs und durch die Lehrer selbst behandelten, war der Lehrgang in Sigtuna vorwiegend technischen Fragen gewidmet. Die Schulreform ist in den meisten europäischen Ländern entweder im Gange oder wird zur Zeit geplant, und vor allem hat der in mehreren Ländern gefaßte Beschluß, die Schulpflicht auch auf die höheren Schulen auszudehnen, eine Menge neuer Probleme aufgeworfen. Bei dem Lehrgang in Sigtuna, der die Frage „Differenzierung und Ausbildungszweige in Einheitschulen“ zum Hauptthema hatte, wurden zunächst die Erfahrungen geprüft, die man in Schweden im Anschluß an den Erlaß des Schulgesetzes von 1950 gesammelt hat, in dem bestimmt wurde, daß nach Ablauf einer Versuchsperiode Einheitsschulen die bestehenden Typen von höheren Schulen ersetzen sollen. Danach befaßten sich die Mitglieder des Lehrgangs mit den Zielen des Pflichtunterrichts auf höheren Schulen, der Notwendigkeit des Bestehens verschiedener Ausbildungsrichtungen in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft, dem Einfluß technologischer Veränderungen auf die Ziele und die Organisationen der höheren Schulen, den psychologischen Grundlagen für die Differenzierung der Ausbildungsrichtungen (Fähigkeiten, Interessen, andere Faktoren), sowie auch mit einer Reihe von kurzen Vorträgen über Differenzierung und Beratung an höheren Schulen.

Es ist beabsichtigt, gegen Ende des Jahres einen Bericht über die Diskussionen in Sigtuna zu veröffentlichen. Kopien des vorläufigen Berichts sind ab 20. November auf Anforderung bei der Kulturabteilung des Generalsekretariats des Europarats erhältlich.

#### Revision der Geschichtslehrbücher

Die Sechste Konferenz über die Revision der Geschichtslehrbücher, die am 25. August in Istanbul eröffnet wurde, ist die letzte einer Reihe, die im März 1952 ihren Anfang nahm. Zu dieser Zeit empfahl der Ministerausschuß den Mitgliedsregierungen, der Frage der Revision von Geschichts- und Erdkundelehrbüchern besondere Beachtung zu schenken und öffentliche oder private Versuche zu solch einer Revision zu unterstützen. Diesem Gedanken entsprechend wurde ein besonderer Lehrgang über die Revision von Geschichtslehrbüchern im Jahre 1953 in Calw im Schwarzwald abgehalten. In den Schlußfolgerungen dieser Tagung wurde die Notwendigkeit unterstrichen, historische Tatsachen objektiv und unter Vermeidung herkömmlicher Irrtümer und vorgefaßter Meinungen darzustellen. Es wurde angedeutet, welche verschiedenen Gesichtspunkte bei Lehrbüchern zu beachten seien, und auf eine Anzahl historischer Themen hingewiesen, die bisher nicht genügend berücksichtigt worden seien. Schließlich regten die Teilnehmer dieses Lehrgangs die Aufstellung eines Lehrplans an, dessen Annahme den Geschichtslehrern empfohlen werden könnte; außerdem die Errichtung einer Bibliothek von Geschichtslehrbüchern und die Schaffung eines europäischen Verbandes der Geschichtslehrer.

Seit diesem ersten Lehrgang sind fünf weitere abgehalten worden — 1954 in Oslo, 1955 in Rom, 1956 in Royaumont (Frankreich), 1957 in Scheveningen (Niederlande) und nun in Istanbul. Bei jedem Lehrgang haben die Teilnehmer sich mit aufeinanderfolgenden Perioden der europäischen Geschichte befaßt und versucht, so weit wie möglich aus den Lehrbüchern für die einzelnen Perioden sowohl Fehler als auch Beispiele von nationalem Vorurteil auszumerzen. Im ganzen sind 900 Lehrbücher, die aus den in den Schulen gebräuchlichsten ausgewählt wurden, von etwa siebzig Universitätsprofessoren und Lehrern an höheren Schulen — darunter häufig die Verfasser der betreffenden Lehrbücher — in dieser Weise geprüft worden. Die Ergebnisse dieser Tagungen werden durch den Europarat veröffentlicht werden, um eine Verbesserung des Geschichtsunterrichts in seinen Mitgliedstaaten zu erreichen. Die erste dieser Veröffentlichungen, ein Spezialwörterbuch für Fachausdrücke, ist zur Zeit in Vorbereitung.

Die Konferenz von Istanbul war durch die türkische Regierung, insbesondere durch das Unterrichtsministerium in Ankara, organisiert worden; Geschichtslehrer aus allen Mitgliedstaaten nahmen daran teil. Das Generalsekretariat wurde durch Herrn *Raty* von der Kulturabteilung vertreten.

### IV. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für beim Europarat nicht vertretene Nationen hat am 27. und 28. August unter Vorsitz von Herrn *Karl Bøgholm* (Däne, Kons.) in Paris getagt. Der Ausschuß setzte die Prüfung der Berichte fort, die von seinem Präsidenten und von Herrn *Peter Strasser* (Österreicher, Soz.) vorgelegt wurden und sich mit der gegenwärtigen Lage in Polen beziehungsweise Ungarn befaßten. Außerdem



prüfte er einen durch Herrn Frederick Mulley (Engländer, Lab.) unterbreiteten Bericht über die gegenwärtige Lage in Jugoslawien. Ferner nahm er Kenntnis von einem Appell der Studenten des Kollegs des Freien Europa in Straßburg-Robertsau, das geschlossen werden soll, an die Stadt Straßburg, das Département Bas-Rhin, den Europarat und die französische Regierung.

Am Schluß seiner Tagung veröffentlichte der Ausschuß folgende Erklärung:

*„In Anbetracht der Begleitumstände der Flucht des Rektors der Universität Jena nach der Bundesrepublik Deutschland und der Einladung, die an die Universitäten der Freien Welt ergangen ist, an der bevorstehenden 400-Jahr-Feier der Universität Jena teilzunehmen, spricht der Ausschuß sein Bedauern darüber aus, daß die Universität Jena es wagen konnte, solch eine Feier zu veranstalten und eine derartige Einladung zu verschicken in einer Zeit, in der in so dramatischer Weise demonstriert wurde, daß es keine akademische Freiheit an dieser Universität gibt. Er ist der Ansicht, daß die Teilnahme an solchen Feiern unter diesen Umständen nur den Zwecken der internationalen kommunistischen Propaganda in Ostdeutschland dienen kann.*

Nach Kenntnisnahme von der letzten Entwicklung in Jugoslawien drückt der Ausschuß ferner seine Bestürzung darüber aus, daß Milovan Djilas, Bogdan Krekic, Alexander Pavlovic und viele andere hart bestraft worden sind für kein größeres Verbrechen als das der freien Meinungsäußerung; er fordert die jugoslawische Regierung auf, ihnen und allen anderen Amnestie zu gewähren, soweit sie für Vergehen, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht als Verbrechen angesehen würden, zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, und damit ihre Behauptung unter Beweis zu stellen, daß in Jugoslawien der freie Meinungs Austausch erlaubt sei.“

## V. VERSCHIEDENES

### Tod von Herrn Treves

Der ehemalige italienische Unterstaatssekretär für Außenhandel und Abgeordnete bei der Beratenden Versammlung seit 1949, Herr Paolo Treves, verstarb in der Nacht vom 3. zum 4. August im Alter von 50 Jahren.

Herr Treves, Sohn eines bekannten Sozialistenführers, war selbst einer der prominentesten italienischen Sozialdemokraten. Als überzeugter Antifaschist und aktives Mitglied der Widerstandsbewegung ging er 1938 ins Exil und verbrachte die Kriegsjahre in London, wo er bei der BBC im italienischen Rundfunkdienst tätig war.

### Neue Ausgabe von „Europa“-Briefmarken

„Die Europäische Postunion im Dienst der europäischen Idee“ ist das Thema der neuen „Europa“-Briefmarken, die gleichzeitig in Belgien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden ab 13. September zum Verkauf kommen. Wie im Jahre 1956 werden die Marken das gleiche Bild tragen — eine Brieftaube über dem Buchstaben „E“ — eine Arbeit des holländischen Künstlers André van der Vossen aus Overveen. Sie können bis zum 31. Dezember 1959 zum Freimachen gebraucht werden.

Die neuen Briefmarken werden an ihrem Ausgabe-tag in dem Sonder-Postamt im Europahaus verkauft werden, das sonst nur während der Sitzungen der

europäischen Versammlungen geöffnet ist. Bei dieser Gelegenheit wird auch eine Ausstellung europäischer Briefmarken zu sehen sein.

### Mandatsniederlegung von Herrn Rolin

Herr Henri Rolin (Belgier, Soz.), ein hervorragender Jurist, der Abgeordneter bei der Beratenden Versammlung seit ihrer ersten Sitzung im Jahre 1949 war und jahrelang im Rechtsausschuß den Vorsitz führte, hat bekanntgegeben, daß er sein Mandat in der Versammlung niederlegt.

### Europäischer Filmtag in Venedig

Bei Gelegenheit des „Europäischen Filmtags“, der im Rahmen der Filmfestspiele in Venedig 1958 abgehalten wurde, verlieh die internationale Jury unter dem Vorsitz von Herrn Denis de Rougemont die von dem Generalsekretär des Europarats gestiftete Silbermedaille für den französischen Film „Europa“, einem kurzen Dokumentarfilm unter der Regie von Roger Leenhardt. Der Preis der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde für den Film „La Loi, c'est la Loi“ (Gesetz ist Gesetz), eine italienisch-französische Produktion unter Regie von Christian-Jacque, verliehen. Der Vertreter des Generalsekretärs in der Jury war der stellvertretende Leiter der Informations-Abteilung, Herr H. H. Soli.

## VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- |                                  |   |
|----------------------------------|---|
| 15.—27. September:               | Arbeitsgruppe über die Klassifizierung von Erfinderpapenten (Stockholm)           |
| 16. September und folgende Tage: | Stellvertreter der Minister (Straßburg)   |
| 22.—26. September:               | Ausschuß der Rechtssachverständigen (Wiederansiedlungsfonds) (Straßburg)          |
| 22.—23. September:               | Politischer Ausschuß der Versammlung (Straßburg)                                  |
| 24.—25. September:               | Wirtschaftsausschuß und Unterausschuß der Versammlung (Paris)                     |
| 29. September bis 4. Oktober:    | Sachverständigenausschuß für die Behandlung von juristischen Personen (Straßburg) |
| 2.—4. Oktober:                   | Verwaltungsrat des Wiederansiedlungsfonds (Paris)                                 |
| 3.—11. Oktober:                  | Unterausschuß der Kommission für Menschenrechte (Straßburg)                       |
| 6.—10. Oktober:                  | Haushaltsausschuß (Straßburg)   |
| 10.—18. Oktober:                 | 2. Teil der Zehnten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)        |
| 10.—18. Oktober:                 | Achter Kurzlehrgang für Europäische Studien (Straßburg)                           |
| 21. Oktober und folgende Tage:   | Europäisches Parlament (Straßburg)  |
| 29.—31. Oktober:                 | Zweite Europäische Konferenz der Kommunalbehörden (Straßburg)                     |